

## Inhalt

Grußwort Oskar Lafontaine	
Grußwort Gerhard Schröder	
Vorwort Gerhard Glogowski	
Vorläufige Tagesordnung	
Vorläufige Geschäftsordnung	
Bezirksvorstand	
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	
Finanzen	
Beitagswerte	
Einnahmen - Ausgaben	
Mitgliederbewegung 1995 - 1996	
Bildungsarbeit	
Bericht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten	
Bericht der Europaabgeordneten	
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten	
Arbeitsgemeinschaft für Selbstdändige	
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen	
Bericht des Sportbeirates	
Bericht des Sicherheitspolitischen Ausschusses	
Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses	
Bericht des Arbeitskreises Ausländer	
Bericht des Arbeitskreises Mitgliederwerbung	
Bericht des Großraumverbandes	
Adressen und Anschriften	
Anhang Wahlergebnisse	

**Bezirksparteitag  
am Sonnabend,  
dem 19. April 1997  
in Goslar,  
Hotel Achtermann**



## Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,  
zu Eurem Bezirksparteitag übermittelte ich Euch meine herzlichen Grüße.

Die Regierung Kohl hat unser Land in eine schwere Krise geführt: Rekordarbeitslosigkeit, Rekordstaatsverschuldung und Rekordbelastung bei Steuern und Abgaben, das sind die Folgen der falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik von CDU, CSU und FDP. Diese falsche Politik muß beendet werden.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit untergräbt das Vertrauen in die Demokratie. Sie ist ein gefährlicher Nährboden für Kriminalität und Gewalt. Sie treibt die Staatsverschuldung in die Höhe. Und sie gefährdet die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb braucht unser Land greifbare Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen eine sofortige Senkung der Lohnnebenkosten, Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Familien schon zum 1. 1. 1998, eine Innovationsoffensive zur Förderung neuer Technologien und zur Erschließung neuer Märkte sowie eine Modernisierung des Sozialstaats.

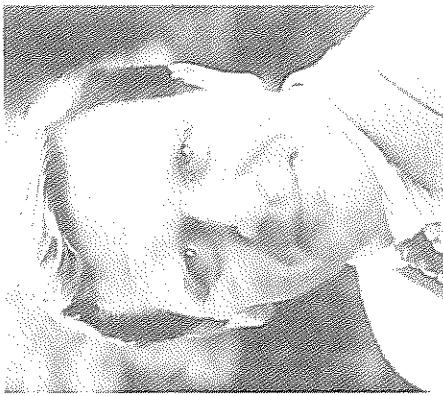
Damit es in Deutschland wieder aufwärts geht, muß es 1998 in Bonn einen Regierungswechsel geben. Dazu könne Ihr durch Eure Vertrauensarbeit vor Ort - im Land und in den Städten und Gemeinden - einen wesentlichen Beitrag leisten. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, daß zwei Ziele in den Mittelpunkt der deutschen Politik gestellt werden: Neue Arbeitsplätze und mehr soziale Gerechtigkeit.

In diesem Sinne wünsche ich Eurem Bezirksparteitag einen guten Verlauf und unserer gemeinsamen Arbeit viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen  
Euer

Oskar Lafontaine

Oskar Lafontaine



### Grußwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
die beiden vergangenen Jahre waren für unsere Partei nicht einfach.

Da war im November 1995 der Parteitag in Mannheim. Wie immer er zu beurteilen ist, eines ist gewiß: mit der Wahl von Oskar Lafontaine zum Vorsitzenden hat die SPD wieder Tritt gefaßt. In den meisten Umfragen liegen wir bundesweit nur noch wenige Prozentpunkte hinter der Union, in manchen sogar vor ihr. Mit anderen Worten, es gibt eine gute Chance, 1998 den Machtwechsel und damit den Politikwechsel im Bund zu schaffen.

Vor der Bundestagswahl aber wird Anfang 1998 in Niedersachsen gewählt. Es gilt, unsere absolute Mehrheit im Landtag zu verteidigen, ja nach Möglichkeit auszubauen.

Die Kommunalwahl hat gezeigt, daß es uns vor allem in den Ballungsgebieten nicht gelungen ist, unser Wählerpotential hinreichend zu mobilisieren. Das müssen und das werden wir ändern.

Daß unsere Partei auch weiterhin die Mehrzahl der Landräte und Oberbürgermeister stellt, daß sie in ganz vielen Bereichen des Landes in ihrer Kommunalpolitik bestätigt wurde, das ist eine gute Ausgangsposition für die Wahlkämpfe des Jahres 1998. Ich weiß, daß die SPD im Bezirk Braunschweig besonders gute Ergebnisse erzielt hat, und ich weiß auch, daß ich den gleichen Einsatz auch 1998 von Euch erwarten kann; und vielleicht noch ein bißchen mehr.

Aus gutem Grund stand auf unserem Kommunalwahlplakaten „Erst die Arbeit...“ Denn darum geht es, darum wird es auch 1998 gehen. Es geht um diejenigen, die Tag für Tag in die Betriebe und Verwaltungen gehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen; es geht um die Sicherheit derer, die nach dem Arbeitsleben ihre Rente beziehen; und es geht um die jungen Menschen, die ihren Weg in das Arbeitsleben suchen und die wir darüber nicht allein lassen werden.

Denn ein Zusammenhang muß jedem von uns klar sein: die Altersversorgung ist um so sicherer, je mehr Menschen Erwerbsinkommen haben, aus dem sie die Beiträge für unsere sozialen Sicherungssysteme entrichten. Und mehr Beschäftigung heißt schließlich auch: Mehr neue Ausbildungsplätze.

„Erst die Arbeit ...“ dieses Thema wird auch in den nächsten Jahren das Herzstück unserer Politik bleiben, mit dem wir in die Auseinandersetzungen mit unseren politischen Gegner gehen werden. Wir werden das gemeinsam und geschlossen tun, wie es für die niedersächsische SPD inzwischen selbstverständlich ist.

Ich wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gerhard Schröder

### Vorwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zwei ereignisreiche Jahre liegen hinter uns, in denen die Kommunalwahlen 1996 ein herausragendes Ereignis gewesen sind. Wir haben bei uns im Bezirk mit einem Zuwachs von 3,7 % überdurchschnittlich gewonnen und auch erhebliche Erfolge erzielt. Wir stellen nicht nur die deutliche Mehrheit der kommunalen Repräsentanten, sondern konnten erreichen, daß in den Räten und Kreistagen eindeutig diejenigen gestärkt wurden, die in der Region verankert, die Gesamtsituation des Landes Niedersachsen sehen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Region vertreten. Ich denke, daß ist eine gute Voraussetzung für die anstehende Landtagswahl. Für die in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommenden hervorragenden Leistungen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bezirk möchte ich mich bei allen recht herzlich bedanken. Es ist insbesondere auch durch die finanziellen Probleme, die in unseren Gemeinden zu verzeichnen sind, nicht leicht, gute Politik zu machen und erfolgreich zu sein. Darum ist es gut, feststellen zu können, daß wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns in unserer Region in dieser schwierigen Zeit verbessert haben.

Am Anfang des nächsten Jahres werden wir Landtagswahl haben. Es wird darum gehen, die absolute Mehrheit zu verteidigen bzw. auszubauen. Resignation ist hier nicht angesagt. Wir im Bezirk Braunschweig wollen unsere guten Ergebnisse bei der Landtagswahl 1994 mit Erringung von 16 der 18 möglichen Direktmandate verteidigen. Ich denke, wenn wir in den nächsten Wochen die richtigen Antworten für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande finden, dann haben wir eine gute Chance, daß dieses gelingt.



Die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Leistungen, einer hohen Staatsverschuldung und einer Bundesregierung, die nicht in der Lage ist zu handeln und die Probleme zu lösen. Im Gegenteil, dort wo sie es tut, wird zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entschieden. Wir müssen deutlich machen, daß unsere Politik mehr Gerechtigkeit bewirken wird. Von daher werden die Landtagswahlen eine Vorstufe zur Auseinandersetzung im Herbst 1998 sein. Es muß im Interesse der Menschen in unserem Lande sein, nicht nur unsere Regierungsleistungen im Lande positiv zu bewerten, sondern auch auf Bundesebene den Wechsel herbeizuführen.

Die Landespolitik ist in den vergangenen Wochen immer wieder durch bundespolitische Entscheidungen tangiert worden; so durch die Belastungen des Castor-Transports. In meiner Rede vor dem Bundestag, aber auch in vielen Statements und Gesprächen, habe ich deutlich gemacht, daß der Transport unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen nach meiner festen Überzeugung der letzte gewesen sein muß. Als Innenminister habe ich entsprechend dem gesetzlichen Rahmen handeln müssen. Eine Alternative dafür hat es nicht gegeben. Dennoch weiß ich, daß ein kluger Rechtsstaat nicht mit dem Kopf durch jede Wand geht, die ihm hingestellt wird, sondern die politische Vernunft walten läßt. Das bedeutet, daß es zu einem Konsens in der Kernenergiefrage kommen muß, denn mit den Mitteln der Polizei ist dieses Problem nicht zu lösen.

Ich habe mich gefreut, daß es in dieser Zeit auch Solidarität gegeben hat. Denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, daß nur ein gemeinsames solidarisches Handeln Erfolg bringt, gerade in schwierigen Situationen.

Einen herzlichen Dank für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei im Bezirk Braunschweig. Einen Dank an die vielen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz, ohne den die guten Ergebnisse nicht hätten erzielt werden können, die wir für die Lösung der Probleme der Bürgerinnen und Bürger dringend benötigen. Ich möchte mich ganz persönlich für die unterstützende Hilfe, die ich als Bezirksvorsitzender in den vergangenen Jahren erhalten habe, herzlich bedanken und verbleibe

## Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages am 19. April 1997 in Goslar Hotel Achtermann

10.00 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Wahl der Versammlungsleitung

Annahme der Geschäfts- und Tagessordnung

Wahl der Mandatsprüfungskommission und des

Wahlausschusses

Bestätigung der Antragskommission

Rede:

Ministerpräsident Gerhard Schröder

Aussprache

Berichte

a. Bericht des Bezirksvorstandes

b. Bericht der Revisoren

c. Bericht der Mandatsprüfungskommission

d. Aussprache

e. Beschlusftässung über den Bericht der Mandatsprüfungskommission und über den Bericht der Revisoren

Mittagspause

Behandlung von Anträgen

Wahl des Bezirksvorstandes und der Revisoren bzw.  
der Revisorinnen

Wahl der Schiedskommission

Wahl der Mitglieder des Parteirates

Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zu

Bundesparteitagen

Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zu

Landesparteitagen

weitere Behandlung von Anträgen

Schlußwort des Bezirksvorsitzenden

mit freundlichen Grüßen

  
Gerhard Glogowski

## **Vorläufige Geschäftsordnung für den Bezirksparteitag am 19. April 1997, in Goslar, Hotel Achtermann**

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt:
  - a. die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht
  - b. einen Wahlausschuß, der aus 12 Delegierten/Gastdelegierten besteht,
  - c. eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmengleichheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Berichterstatter erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtigung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluß der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlußantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.

9. Während des Bezirksparteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksparteitages aus vier Unterbezirken unterschrieben worden sind und der Parteidag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluß der Antragsfrist eingetreten ist. (Ende der Einreichungsfrist: 19. 4. 1997, 12.00 Uhr).
10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD.
11. Änderungen der Geschäftsordnung und der Tagesordnung während des Bezirksparteitages bedürfen der Zustimmung von mindestens  $\frac{3}{4}$  der stimmberechtigten Mitglieder des Parteidags.

## **Bezirksvorstand**

1. Vorsitzender

Stellvertreter/in

Gerhard Glogowski

Ulrike Block-von Schwartz

Matthias Wehmeyer

Beisitzer/in

Heinz-Dieter Brandt

Eva Folta

Sigmar Gabriel

Marion Lau

Leyla Onur

Muzaffer Perik

Bernhard Reuter

Isolde Saalmann

Peter-Jürgen Schneider

Ute Stockmann

Ingolf Viereck

Hans-Hermann Wendhausen

## **Geschäftsführer**

Rolf-Dieter Backhaus

Revisoren

Achim Dietrich

Giunter Ruppert

Wiltrud Schweingruber

## **Schiedskommission**

Vorsitzender

Stellvertreter/in

Dr. Jürgen Bräcklein

Dr. Willy Boß

Renate Jacobs

Beisitzer/in

Reinhard Odenstein

Joachim Pedroß

Karin Sieber-Persson

Ursula Probst - ausgetreten

## **Die politisch-organistorische Tätigkeit des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses**

Der Berichtszeitraum umfaßt die Jahre 1995, 1996 und 1997 bis zum Bezirksparteitag.

Der Bezirksvorstand, der Bezirksausschuß haben insgesamt 25 Sitzungen / Konferenzen im Berichtszeitraum durchgeführt. Neben den aktuellen politischen Tagesfragen stand die Organisationsreform und die Vorberitung der Kommunalwahl auf der Tagesordnung. Darüber hinaus wurden zahlreiche Gespräche seitens des Bezirksvorstandes oder der von ihm beauftragten Bezirksvorstandsmitglieder mit den verschiedenen Organisationen geführt.

### **19. Mai 1995**

In der konstituierenden Bezirksvorstandssitzung wurde beschlossen, wiederum ständige Gäste zu den Bezirksvorstandssitzungen einzuladen. Rosemarie Wermheuer, MdEP Wilhelm Schmidt, MdB Bodo Seidenthal, MdB, Walter Hiller, Nds Sozialminister bis Nov. 1996 - dann Bezirksvorsitzender der AWO, Renate Jürgens-Pieper, Staatssekretärin im Kultusministerium, Karl-Wilhelm Lange, bis 27. 1. 1997 Regierungspräsident, Wolfgang Schneider, Vorsitzender der Großraumfraktion, Marianne Horstkötter, Mitglied des Parteirates, Peter Kopischke, Mitglied im Landesvorstand, Rudolf Liebermann, Bezirksvorsitzender 60 plus, Michael Hamann, Bezirksvorsitzender AGS, Romec Manns, Bezirksvorsitzender der Juso's, Heike Makus, Bezirksvorsitzende der AfS, Elfriede Lehmburg Bezirksvorsitzende der AfA, Hans-Henning Schridde, Bezirkskassierer, Helga Brüdgam, Betriebsräatin. Des weiteren wurden folgende Aufgabenteilungen im Bezirksvorstand vorgenommen:

Beauftragter für Finanzen:

AfA-Betriebsgruppen, Gewerkschaften

Jungsozialisten

Frauenarbeit

Selbstständige

Politische Bildung

Jugend/Falken usw.

AsJ

AfB

ASG

60 plus

Kommunalpolitische Aufgaben

Matthias Wehmeyer

Hans-Hermann Wendhausen

Muzaffer Perik

Ulrike Block-von Schwartz

Bernhard Reuter

Rolf-Dieter Backhaus

Sigmar Gabriel

Matthias Wehmeyer

Heinz-Dieter Brandt

Eva Folta

Leyla Onur

Sigmar Gabriel

# Einladung

Sonntag, 11. Juni 1995  
**Volksfreundhaus**



Sozialpolitische Bereiche  
Sicherheitspolitischer Ausschuß  
AK-Ausländer

Vertretung in der AWO  
Bezirksvorstand  
Altenpolitik  
Jugend und Familie  
Organisation und Werbung  
Geschäftsführerkonferenz

Klaus-Peter Bachmann  
Bodo Seidenthal  
Muzaffer Perik/Leyla Onur

Gerhard Glogowski/Leyla Onur  
Rudolf Liebermann  
Karl-Heinz Mühe  
Henning Schridde  
Rolf-Dieter Backhausen

Den Bezirk Braunschweig vertreten im Parteirat Gerhard Glogowski, Ulrike Block-von Schwartz und Dr. Marianne Horstköller. Rolf-Dieter Backhausen gehört dem Parteirat mit beratender Stimme an. In den Landesvorstand wurden als stellv. Vorsitzender Gerhard Glogowski, Schatzmeister Peter Kopischke, Beisitzerin Leyla Onur, Rolf-Dieter Backhausen mit beratender Stimme gewählt. Sprecher der Braunschweiger Landtagsabgeordneten ist, nach der Ernennung von Peter-Jürgen Schneider zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Braunschweig Signatur Gabriel. Auch in der Landtagsfraktion wurde Sigmar Gabriel Nachfolger von Peter Jürgen Schneider in der Funktion als stellv. Vorsitzender gewählt. Der Bezirksvorstand hat folgende Kommissionen und Ausschüsse gebildet:

ad hoc-Kommission Abfallwirtschaft  
ad hoc-Kommission Organisationsreform  
Kommission Mitgliederwerbung  
Kommunalpolitischer Ausschuß  
Sicherheitspolitischer Ausschuß  
Sozialpolitischer Ausschuß  
Sportbeirat  
Arbeitskreis Ausländer  
Gesprächskreis SPD/Kirche

## 11. Juni 1995

Am 11. 6. konnte im Beisein der Schatzmeisterin des Parteivorstandes, Inge Wettig-Danielmeier, und vielen Gästen, Gerhard Glogowski als Bezirksvorsitzender den Schlüssel als Zeichen der Übergabe des sanierten und restaurierten Volksfreundhauses entgegennehmen. Der Bezirk Braunschweig hat nach den vielen Jahren wieder Eigentum am „Roten Schloß“ erworben. Die 3. Etage, die Büroräume, Sitzungszimmer und der Volksfreundsaal, sind Eigentum des SPD-Bezirks Braunschweig. Heute erstrahlt das Volksfreundgebäude, das bereits vor mehr als 80 Jahren

wegen seiner roten Backsteinfassade mit den hellen Simsen und Streben als rotes Schloß bezeichnet wurde, in neuem Glanz. Nach dem gelungenen Umbau durch das Architekturbüro Ulrich Decker, Braunschweig, kann es wieder als ein städtebauliches Schmuckstück Braunschweigs bezeichnet werden.

**4. August 1995**  
Die Konstituierung des Bezirksausschusses, der gemäß unserer Satzung über grundlegende landespolitische Entscheidungen, grundsätzliche organisatorische Fragen und die Vorbereitung von Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften anzuhören ist, fand am 4. August 1995 statt. Nach der formalen Konstituierung wurde in der Sitzung über die Bildungspolitik und die veränderten Rahmenbedingungen diskutiert. Peter-Jürgen Schneider, stellv. Fraktionsvorsitzender und Edgar Merkl, Bezirksvorsitzender der AfB, referierten. Das System Schule in Niedersachsen ist im Kern gesund. Auch die enger werdenden materiellen Bedingungen berühren nicht die Qualität von Bildung, Ausbildung und Erziehung in Niedersachsen. Sichtbar wird jetzt allerdings, daß die Schulen sich nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abkoppeln lassen und auch nicht abkoppeln dürfen. Dies setzt eine neue Einstellung im Umgang mit den Ressourcen voraus. Für die Schulen bedeutet dies ein anderes Verhältnis zur Zeit, Arbeitsorganisation und Mittelbewirtschaftung. Die bemerkenswerte und lobenswerte pädagogische Flexibilität, die die Lehrerinnen und Lehrer fast aller Schulen auszeichnet, wird in den nächsten Jahren mit der Reform der Schulverwaltung und der größeren Autonomie für die Schulen vom Kultusminister unterstützt. Auch unter dem Sparzwang haben die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 1995/96 bildungspolitische Handlungsfähigkeit bewiesen, so Peter-Jürgen Schneider. Bildung habe in Niedersachsen auch mit diesem Haushalt absolute Priorität. Der Etat des Kultusministeriums sei trotz der Einsparauflagen um 160 Mio. auf 6,9 Mrd. gestiegen. Er bleibe damit deutlich der größte Einzelhaushalt aller Ressorts. Zusammen mit dem Etat des Wissenschaftsministeriums gebe Niedersachsen für die Bildung insgesamt mehr als 10 Mrd. DM aus. Mit den Pensionsleistungen für Lehrer und Hochschullehrer und den Hochschulbauten macht dies rund 1/3 des Landeshaushaltes aus.

**den.“** Die Geschäftsführung hatte hierzu Vorschläge für eine Organisationsreform im Bezirk Braunschweig erarbeitet. Diese können unter folgenden Punkten zusammengefaßt werden

- Mitgliederwerbeaktion
- Mitgliedsbeiträge
- Finanzierung der Unterbezirksbüros
- Organisationsreform / Unterbezirksgeschäftsstellen
- Personelle Situation

In einer ad-hoc Kommission wurden Vorschläge beraten und in einer Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Unterbezirke diskutiert. Die Unterbezirke und der Betriebsrat wurden gebeten, ebenfalls hierüber zu diskutieren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung war die Fortentwicklung der Niedersächsischen Kommunalverfassung. Gerhard Glogowski erläuterte den Gesetzentwurf und stellte folgende Schwerpunkte heraus:

- Direktwahl des Hauptverwaltungsbeamten
  - Verbesserung der Bürgerbeteiligung
  - Verbesserung der Wirkungsmöglichkeit für kommunale Mandatsträger
- Außerdem wurden Themen wie Änderung des Auszählverfahrens nach d’ Hondt, das Listenwahlrecht und das aktive und passive Wahlrecht für EU-Ausländer diskutiert.

#### 9. September 1995

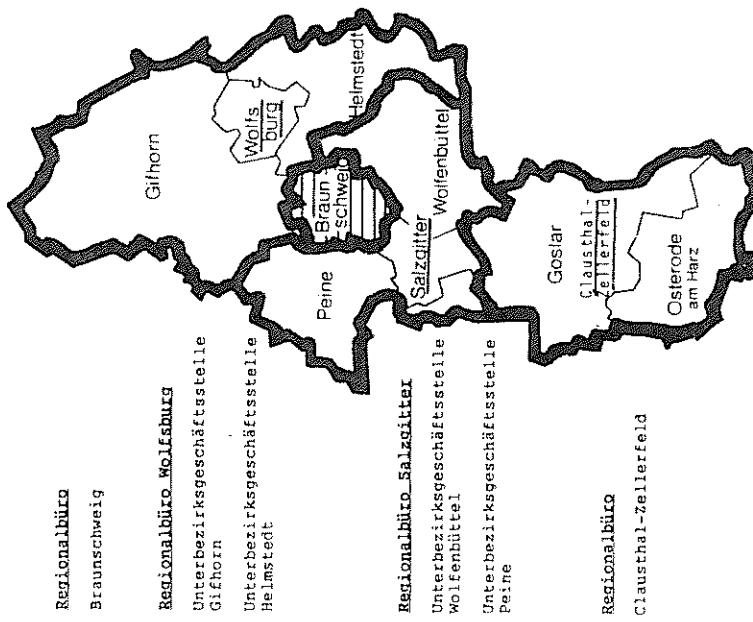
Zu einer Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenz, auf der über die aktuelle politische Situation, aber auch organisatorische Fragen wie z. B. die Organisationsreform im Bezirk Braunschweig, Mitgliederbeiträge sowie die Durchführung einer Mitgliederwerbeaktion diskutiert wurden, trafen sich die Vorsitzenden der Ortsvereine in der Braunschweiger Stadthalle.

**4. August 1995**  
Der Bezirksvorstand behandelte in seiner Sitzung den vom Bezirksparteitag an den Bezirkvorstand überwiesenen Antrag zur Optimierung der hauptamtlichen Arbeit, der lautet:  
„Der Bezirk Braunschweig wird aufgefordert, durch Optimierung und Weiterentwicklung der hauptamtlichen Tätigkeiten, die organisatorische Betreuung der Unterbezirke im Bezirk Braunschweig zu stärken. Wir fordern eine ausgewogene Geschäftsführung in den Unterbezirken, die den Organisationsgrad, die regionalen Gegebenheiten sowie die politische Konstellation berücksichtigen. Auf keinen Fall darf den Geschäftsführern aus finanziellen Gründen ein übergrößer Betreuungskreis zugemutet wer-

- 15. September 1995**  
Der Bezirkausschuß diskutierte und der Bezirksvorstand beschloß wesentliche Teile der Organisationsreform. Der Bezirk Braunschweig gliedert sich in 9 Unterbezirke:
1. Der Unterbezirk Braunschweig, mit Sitz des Büros in Braunschweig.
  2. Die Unterbezirke Peine, Salzgitter und Wolfenbüttel mit dem Sitz des Regionalbüros in Salzgitter.
  3. Die Unterbezirke Gifhorn, Helmstedt und Wolfsburg mit dem Sitz des Regionalbüros in Wolfsburg
  4. Die Unterbezirke Goslar und Osterode mit dem bestehenden Gemeinschaftsbüro in Clausthal-Zellerfeld.

#### 27. Oktober 1995

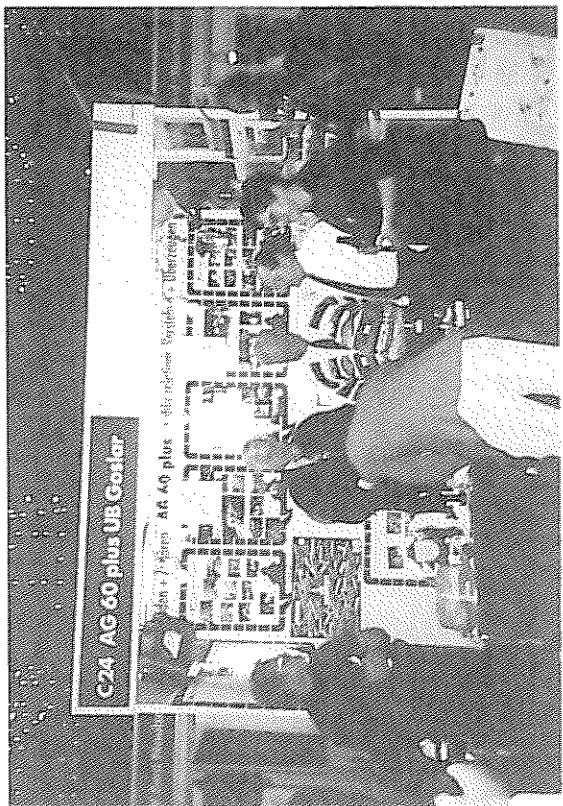
Aktion 16 plus - mit 16 wählen“ und die Änderungen der Kommunalverfassung und des Finanzausgleichsgesetzes standen auf der Tagessitzung der Sitzung; außerdem die Vorbereitung des Bundesparteitages in Mannheim. Nach dem Gesetzentwurf sollen künftig auch die 16- und 17-jährigen bei den Kommunalwahlen wählen dürfen. Die Landesregierung hat sich damit den Beschluss des SPD-Landesparteitages vom 18. März zu eigen gemacht. Jugendlichen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen. Von der aktiven Wahlteilnahme können rund 146.000 Jugendliche, darunter 2.800 EU-Angehörige, Gebrauch machen. Der Gesetzentwurf bezieht auch die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für nicht-deutsche Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der europäischen Union mit einem Wohnsitz in Niedersachsen.



#### 14. - 17. November 1995

Der Bundesparteitag in Mannheim, an dem folgende Delegierten teilnahmen: Marianne Bothe, GS, Eva Folta, PE, Frank Graffstedt, BS, Wolfgang Laas, WF für Gerhard Köhler, Horst Loos, GF, Andrea von Muert, SZ, Barbara Rien, OHA, Bernd Teim, HE, Ingolf Viereck WOB, Gerhard Glogowski BzV, Dr. Marianne Horstkötter, BzV für Ulrike Block-von Schwartz.

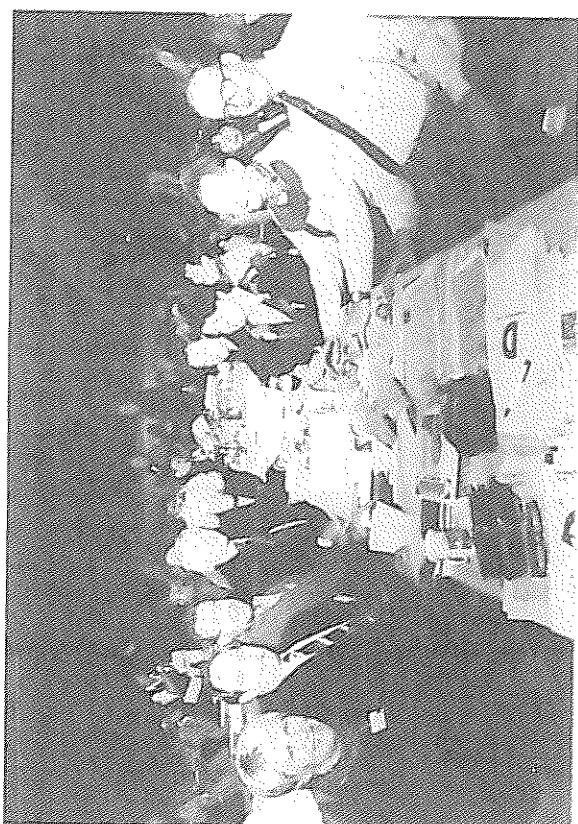
Gäste: Astrid Henkel, BS + Hans-Hermann Baas, PE, brachte mit der Entscheidung der Wahl zum Vorsitzenden der Partei eine Wende. Am Donnerstag, dem 16. November - zu Beginn des 3. Verhandlungsstages - erklärte Rudolf Scharding: „Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich hatte am Anfang dieses Parteitages gesagt: unsere Partei werde gebraucht. Unsere Partei braucht aber auch etwas, sie braucht Klarheit. Sie braucht Klarheit in politischen Entscheidungen, sie braucht Klarheit in ihren personellen Entscheidungen. Was sie nicht gebrauchen



Wettbewerb „Lebendiger Ortsverein“ Stand der AG 60 plus Unterbezirk Goslar anlässlich des Bundesparteitages in Mannheim.

#### 1. Dezember 1995

Der Verlauf und die Ergebnisse des Bundesparteitages von Mannheim waren Thema der Bezirksvorstandssitzung des 1. Dezember 1996. Der Bezirksvorstand begrüßte die Entscheidung und stellte fest, daß ein neuer Anfang möglich ist und genutzt werden sollte. Die vergangenen Monate waren für die Sozialdemokratische Partei nicht leicht. Die Wahlen fielen katastrophal aus, die Umfrageergebnisse waren deprimierend. Die Darstellung der Partei nach außen war für viele Mitglieder unbefriedigend, ja teilweise verheerend und nicht mehr hinnehmbar. Die SPD war in großen Schwierigkeiten, so daß die Entscheidung des Bundesparteitages Oskar Lafontaine zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen von vielen als ein Befreiungsschlag empfunden wurde. Wir sind wieder zu einer Ämtertrennung an der Parteispitze gekommen, die in dieser Situation vernünftig ist und in der Zukunft die Chancen der SPD verbessern wird. Das Ergebnis bewirkt einen neuen Aufbruch in der SPD und stärkt die Zustimmung zur SPD in der Wählerschaft.



TeilnehmerInnen des Bezirks Braunschweig am Bundesparteitag: Eva Folta, Rolf-Dieter Backhaus, Frank Grafsiedl, Gerhard Glogowski, Marianne Horstkötter, Bernd Teim, Leyla Onur, Wolfgang Laas und Ingolf Viereck

kann ist fortlaufende Unsicherheit, fortdauernder gegenseitiger Verschleiß. Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung den bisherigen Parteivorsitzenden zur Wiederwahl vorgeschlagen. Wir haben jetzt eine Situation, in der man etwas klären muß. Ich habe deshalb heute morgen Oskar gefragt, ob er bereit sei, für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Ich erkläre, daß ich dem Vorschlag des Parteivorstandes entsprechend kandidieren werde. Oskar hat auf meine Frage hin geantwortet, daß er ebenfalls kandidieren wird. Die Abstimmung hatte dann folgendes Ergebnis, welches von Bernd Teim, Delegierter des Bezirks Braunschweig, als Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählikommission bekanntgegeben wurde: Abgegebene Stimmzettel 550, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen 513, Enthaltung 2. Oskar Lafontaine 321 Stimmen, Rudolf Schäring 190 Stimmen. Damit war Oskar Lafontaine zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden.

Ein weiterer Punkt in der Dezembersitzung war der Verkauf der Harzwasser-Werke. Dieses wurde mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Alfred Tacke, im Vorstand diskutiert. Ein Antrag des Unterbezirksvorstandes Goslar, der den Verkauf ablehnte, wurde mit in die Diskussion einbezogen.

Wilhelm Schmidt informierte den Bezirksvorstand über die Verkleinerung des Bundestages. Als Obmann der Fraktion gehörte er der sog. Reformkommission, die die Verkleinerung des Bundestages ab 2002 vorbereitete. Für die Änderungen der Wahlkreise im Bezirk Braunschweig wurde ein Vorschlag erarbeitet.

## 2. Dezember 1995

Eine Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenz diskutierte in Braunschweig, Schloßstraße, Volksfreundsaal, über die Themen:

- Bessere Chancen, die Zukunft zu gewinnen - SPD nach dem Mannheimer Parteitag
- Reform der Kommunalverfassung in Niedersachsen

In der Konferenz, die der Vorbereitung der Kommunalwahl diente, wurde festgestellt: „Wir haben gute Chancen bei den kommenden Wahlen positiv abzuschneiden. Wir werden aber deutlich die anstehenden Themen benennen und uns mit aller Kraft, vor allem mit der CDU, auseinandersetzen. Ihr müssen wir Mandate abnehmen und gegen sie Mehrheiten bilden. Dies verspricht nur dann Erfolg, wenn wir in die Offensive gehen. Dazu gehört auch, daß wir deutlich sagen, wer verantwortlich für die schwierige Lage in den Kommunen ist, so daß wir die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern klar an den Pranger stellen. Die CDU versucht vor allem die kleinen Leute zur Finanzierung der Einheit Deutschlands heranzuziehen. Sie läßt es zu, daß die eh schon Vermögenden reicher werden und die normalen Bürgerinnen und Bürger weiter verlieren. Die Sozialhilfe wird zur unerträglichen Belastung der Städte und Gemeinden, weil mit ihr Aufgaben finanziert werden, die ausschließlich in der Bundeskompetenz liegen. Hier liegt das eigentliche Problem der schwierigen Gemeindefinanzen.“

## 19./20. Januar 1996

Die Klausurtagung des Bezirksvorstandes zu der die Unterbezirksvorsitzenden und Mandasträger/innen auf Bundes- und Landesebene eingeladen wurden, befaßte sich mit folgenden Themenkomplexen:

- Politische Situation in Bund und Land
- Parlamentsreform
- Vorbereitung der Kommunalwahlen
- Aufgabenwahrnehmungen des Verbandes Großraum Braunschweig für den öffentlichen Personennahverkehr im Verbandsgebiet.
- Mitgliederentwicklung/Mitgliederbetreuung/Mitgliederwerbung
- Parteienfinanzierung
- Mitgliedsbeiträge

In der sich anschließenden Vorstandssitzung wurden die noch aussichtshenden Beschlüsse zur Organisationsreform gefaßt. Die finanzielle Situation des Bezirks wurde diskutiert und der Haushaltsplan für das Jahr 1996 verabschiedet.

## 15. März 1996

Eine Reform des Landesverbandes wurde von den vier Bezirken, die den Landesverband in Niedersachsen der SPD bilden, angeregt. Die jetzige Organisation wurde als nicht effektiv angesehen. Eine Satzungsänderung, die u. a. eine Verkleinerung des Landesvorstandes vorsah, sollte weiter verfolgt werden. Der Bezirksvorstand machte Personalvorschläge für den Landesvorstand.

## 10. April 1996

Die Mitgliederentwicklung im Bezirk Braunschweig ist in den letzten Jahren negativ verlaufen. Die Situation im Jahr 1995 hat nicht gerade dazu beigetragen neue Mitglieder zu gewinnen. Der Bezirk Braunschweig wird daher im Jahre 1996 gemeinsam mit dem Parteivorstand eine zentrale Mitgliederwerbeaktion und Mitgliederbetreuungsaktion durchführen. Die von dem Arbeitskreis Mitgliederwerbung vorgesehenen Maßnahmen und Kampagnen fanden eine breite Unterstützung des Bezirksvorstandes. Auf einer Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenz in Braunschweig sprach der Bundesgeschäftsführer der SPD, Franz Müntefering, zu diesem Themenkomplex. Die Vorschläge des Arbeitskreises Mitgliederwerbung und die zentralen Maßnahmen des Parteivorstandes wurden vorgestellt.

**11. April 1996**

Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten fanden nicht immer ohne Diskussionen und Wahlantfechtungen statt. So mußte sich der Bezirkvorstand mehrmals damit auseinandersetzen.

**19. April 1996**

Die Vorbereitungen der Kommunalwahl wurden in der Bezirksvorstandssitzung beraten. „Einfach wird's nicht,- aber gerecht“ lautet der Slogan zur Kommunalwahl. Nicht nur der Kommunalwahlkampf, unsere ganze politische Arbeit im Land und in den Kommunen steht im Zeichen schwieriger Veränderungen. Die wirtschaftlichen Umbrüche bedrohen immer mehr Arbeitsplätze. Soziale Leistungen stehen auf dem Prüfstand wie nie zuvor. Bund, Länder und Gemeinden sind zu schmerzhaften Einschnitten bei den Ausgaben gezwungen. Unter diesen Voraussetzungen plante die SPD die Kommunalwahl. Sorgfältige und einheitliche Gestaltung machen die Werbung wirksamer. Das eingesetzte Geld wird also effektiver genutzt.

**15. August 1996**

Der Bezirkvorstand diskutierte den Beitritt des Landkreises Goslar zum Zweckverband Braunschweig. Nachdem keine Lösung, der alle Mitglieder des Verbandes zustimmen konnten oder wollten, gefunden wurde, mußte der Landtag den Beitritt beschließen.

Der kommunalpolitische Ausschuß hat ein Papier zur Kommunalwahl erarbeitet, das der Vorstand beschlossen hat.

**In schwierigen Zeiten zusammenstehen:  
Kommunalpolitik mit Perspektiven**

- Sozialdemokraten in Niedersachsen -

Die Kommunalwahlen am 15. September 1996 finden vor dem Hintergrund einer immer dramatischeren Finanzkrise aller staatlichen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland statt. Gerade Gemeinden, Städte und Landkreise werden von der gegenläufigen Entwicklung sinkender staatlicher Einnahmen und wachsender öffentlicher Aufgaben besonders hart getroffen, weil sie die Ursachen dafür weder zu verantworten haben, noch wesentlich beeinflussen können.

Allein für Niedersachsen hat die Bundesregierung die Steuerzuweisungen seit 1992 um ca. 6 Milliarden DM verringert. Angesichts dieser Verschlechterung der Landesfinanzen durch die Bonner Regierung und die



## Plakate zur Kommunalwahl am 15. September 1996



darüber hinaus geplanten Steuergeschenke des Bundesfinanzministers auf Kosten der Länder- und Gemeindeeinnahmen, waren erhebliche Einsparmaßnahmen unvermeidbar.

Die niedersächsischen Kommunen haben dabei schwierige Zeiten zu überwinden:

- \* Sinkende Steuereinnahmen, unnötige Steuergeschenke der Bundesregierung für die Spitzenverdienner (Abschaffung der Vermögenssteuer, Senkung der Erbschaftssteuer, Senkung des Spitzesteuersatzes, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für gut und besser Verdienende.)
- \* Einnahmemaßfälle durch die anhaltende Wirtschaftskrise und die weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit.
- \* Explosionsartiger Anstieg der Sozialhilfeausgaben durch die Gesetzgebung der Bundesregierung, die die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die kommunale Sozialhilfe verlagert.
- \* Anstieg der Sozialhilfeleistungen durch Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende.
- \* Finanzbelastungen der Kommunen durch die notwendige und gewollte Finanzierung der deutschen Einheit.
- \* Kostenverlagerungen von Bund und Ländern auf die kommunalen Haushalte durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung nicht sichergestellt ist.

Alle Gemeinden, Städte und Landkreise der Bundesrepublik können diese fortschreitende Zerstörung ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit nicht mehr verkraften. Die kommunale Selbstverwaltung und eine engagierte und effektive Daseinsvorsorge in der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik sind akut in Gefahr. Die Verantwortung dafür liegt in einer seit 1990 völlig verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bonner Regierungskoalition!

Wege aus der Krise: Steuergerechtigkeit, Finanzreform, Arbeitsmarktpolitik.

Der Weg aus dieser wachsenden kommunalen Finanznot kann daher nicht allein durch engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker oder durch Landesregierungen gefunden werden, sondern es bedarf einer aktiven Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik und einer bundesweiten Gemeindefinanzreform:

1. Konzentration aller staatlichen Maßnahmen auf eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie Arbeitszeitverkürzungen ohne vollständigen Lohnausgleich und Überstundenabbau zum Erhalt von Arbeitsplätzen.
2. Vernetzung von Arbeitsförderungs- und Sozialhilfegesetz zur Förderung von Arbeitslohn statt Sozialhilfe.

3. Umfassende und sozial gerechte Steuerreform zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen und damit Senkung der Lohnnebenkosten und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

4. Abschaffung der z. Zt. bestehenden legalen Steuerverkürzungsmöglichkeiten und konsequente Steuereintreibung. Stärkung der gemeindlichen Steuerkraft. Stetigkeit in der Einnahmeerwartung. Übereinstimmung von zugewiesenen staatlichen Aufgaben und Einnahmen und Revitalisierung der Gewerbesteuer.

5. Beibehaltung des Solidaritätszuschlages, um den Aufbau von Arbeitsplätzen in den ostdeutschen Bundesländern stützen zu können.

6. Übernahme der durch Arbeitslosigkeit bedingten Sozialhilfekosten durch den Bundeshaushalt.

7. Finanzielle Absicherung von Pflegebedürftigen ohne Sozialhilfebezug.

8. Differenzierung und Staffelung staatlicher Transferzahlungen nach Ein-Kommensgruppen und sozialer Bedürftigkeit.

9. Einführung eines gemeinsamen Ausländerleistungsgesetzes für Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge, um mit einer einheitlichen Absenkung der Sozialhilfebezüge die Leistungsfähigkeit der Solidargemeinschaft zur Aufnahme von gefährdeten Menschen aus anderen Ländern sicherstellen zu können.

10. Abbau der staatlichen Regelungs- und Kontrolldichte für die in kommunaler Verantwortung wahrgenommenen Aufgaben und Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst.

Trotz dieser schwierigen Finanzsituation und der im wesentlichen bündespolitischen Aufgaben ist eine engagierte Kommunalpolitik für Sozialdemokraten unverzichtbar.

Zeit, am 15. September SPD zu wählen.

1. Zeit der Prioritäten: Arbeit und Ausbildung, Umwelt und soziale Sicherheit

Die finanzielle Situation wird auf lange Zeit nicht mehr den früheren Standard erreichen, so daß gerade in den kommenden Jahren eine veränderte und auf politische Schwerpunkte ausgerichtete Kommunalpolitik wichtiger wird. Nicht neue Wahlversprechen und zusätzliche Leistungssagungen werden für die Gestaltung unserer Gemeinden und Städte wichtig, sondern nachvollziehbare Entscheidungen für Schwerpunkttaufgaben auf der einen und Verzichtbares auf der anderen Seite. Sozialdemokratische Prioritäten sind dabei, auch in den Kommunen, Arbeit und Ausbildung, Umwelt und soziale Sicherheit.

2. Zeit der Chancen: unnötige Bürokratien abbauen, Eigenverantwortung stärken.

Zeiten gesellschaftlicher Risiken sind immer auch Zeiten für gesellschaftliche Chancen: Traditionelle Formen kommunaler Leistungserbringung werden wir überprüfen, die Verwaltungen modernisieren und rationalisieren, Bürokratien abbauen, Standards und Leistungen wo notwendig und möglich reduzieren und privaten Wettbewerb und Kooperation stärker zu lassen und fördern. Wir Sozialdemokraten wollen an den bisherigen Aufgabenkatalog auch mit unbekümmerten Fragen und unkonventionellen Lösungen herangehen und kommunalpolitisches Besitzstandsdenken aufgeben.

Nicht alles, was bislang in kommunaler und damit öffentlicher Trägerschaft erbracht und bereitgestellt wurde, muß auch in Zukunft auf diese Weise für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind stärker dazu bereit ihre Erfahrungen und ihr Engagement für die Gestaltung einer lebendigen Gemeinschaft einzubringen, wenn die Kommunalpolitik dafür ausreichend Gestaltungs- und

Entfaltungsspielraum einräumt. Selbsthilfe, Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit werden nicht nur als Sparmaßnahmen, sondern vor allem zur Stärkung der kommunalen Solidargemeinschaft weit mehr Bedeutung erhalten.

### 3. Zeit der Beteiligung: Möglichkeiten ausbauen und nutzen.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Planung für unsere Kommunen einbeziehen und mit ihnen Leitziele und „Stadtphilosophien“ für die Entwicklung unserer Kommunen bereiten. Knappe finanzielle Ressourcen und die Bewältigung von Konflikten über derzeit nicht zu bewältigende Aufgaben erfordern Transparenz, Verbindlichkeit und Planung statt „Geheimratspolitik“.

SPD-Landesregierung und Landtagsfraktion haben dafür in der Gemeindeordnung neue Instrumente zur Verfügung gestellt. Daneben bieten neue Modelle wie die „Planungszelle“ zur Erstellung von „Laiengutachten“ und institutionalisierte Beteiligung von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden Chancen für eine Entwicklung von der Betroffenen- zur Bürgerbeteiligung. Dieses veränderte Verständnis für Bürgerbeteiligung kann mithelfen, verloren gegangenes Vertrauen und Akzeptanz in die Kompetenz politischer Entscheidungen in Rat und Verwaltung zurückzugewinnen.

### 4. Zeit der Konflikte: Lösen der Finanzprobleme

Die Grenzen der Finanzkraft für die Kommunen sind überschritten und eine garantierter Stabilität, die die Gemeinden, Städte und Landkreise in finanzieller und sozialer Sicht den Bürgerinnen und Bürgern bieten konnten, existiert in bisheriger Höhe zukünftig nicht mehr. Besitzstandsgarantien auf unbeschränkte Zeit können nicht gegeben werden. Aufgabe von sozialdemokratischer Kommunalpolitik wird es auch sein, diese Veränderungen mit den Bürgerinnen und Bürgern offen und transparent zu beraten. Wir müssen diese Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit erkennen und mit ihnen leben lernen. Dabei werden immer häufiger Aufgaben und Probleme entstehen, die nicht oder nicht in nachvollziehbaren Zeiträumen gelöst werden können. Hier Lösungen zu finden muß wesentliche Aufgabe einer veränderten Kommunalpolitik sein.

### 5. Zeit für Kooperationen: Kräfte bündeln.

Gemeindegrenzen dürfen Kooperationen und regionale Abstimmungen in der Kommunalpolitik nicht mehr verhindern. Nicht in jeder Gemeinde und Stadt muß ein neues Erfiebnisbad entstehen und nicht jede neue Gewer-

beifläche muß ausschließlich an den örtlichen Grenzen orientiert sein. Sozialdemokratische Kommunalpolitik will die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und Planung stärken. Dies geschieht durch eine fortgeschrittliche Regionalpolitik, die zukunftsorientierte Voraussetzungen für gemeinde- und landkreisübergreifende Planung, für den Nahverkehr und damit für eine verbesserte Wirtschaftsförderungs-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik schafft.

Beschlossen vom Bezirksvorstand am 15. August 1996

### 20./21. September 1996

Der Bezirksvorstand und der Bezirksausschuß analysieren die Kommunalwahlen vom 15. September. Zu den einzelnen Ergebnissen der Kommunalwahl referierte Rolf-Dieter Backhaus - an den Ergebnissen der Landtagswahl im März dieses Jahres gemessen - als die SPD in Baden-Württemberg 4,3 % in Rheinland-Pfalz 5 % und in Schleswig-Holstein 4,6 % einbüßte, ist der Verlust der SPD in den niedersächsischen Kommunalwahlen mit 1,7 % noch glimpflich ausgefallen. Allerdings kann das Ergebnis des Sonntags die niedersächsische SPD nicht befriedigen. Ihn ist es im Wahlkampf nicht gelungen ihre potentiellen Anhänger auch zum Gang zur Wahlurne zu motivieren und die im Land für die SPD eigentlich gute Stimmung auch in Stimmen umzusetzen. So konnten sich auch zu Beginn des Wahlkampfes, 6 Wochen vor dem Urnengang 44 % aller Wahlbürger/innen im Land durchaus vorstellen, der SPD ihre Stimme zu geben. Die CDU wollten zu diesem Zeitpunkt nur 36 % der Wahlberechtigten wählen. Jedoch bei einem hohen Prozentsatz der Unentschlossenen von ca. 35 %. Gewählt haben die SPD aber dann nur 38,5 % der Wähler, die sich an der Wahl beteiligt haben. Von allen Wahlberechtigten sind dies noch nicht einmal 25 %. Mit über 35 % war die Partei der Nichtwähler bei dieser Kommunalwahl größer als die Zahl der SPD-Wähler und die der CDU-Wähler. Die spannende Frage, wie denn die 16-/17-jährigen gewählt haben, kann leider nicht beantwortet werden, da keine Daten auf gesicherter Basis vorliegen. Alle Angaben sind bloße Spekulationen. Hier wird man die Ergebnisse der in einzelnen Städten durchgeführten repräsentativen Wahlstatistik abwarten müssen. Fest steht jedoch, die Wähler in Niedersachsen haben mit ihrer Entscheidung ein Urteil über die lokale Politik gefällt. Umfragen belegen: Bei der Bundestagswahl hätte die CDU, bei einer Landtagswahl die SPD vorn gelegen. Die Wahlergebnisse in Zusammenstellung - siehe Anhang. Die Ergebnisse im Bezirk Braunschweig sind gegenüber den durchschnittlichen Ergebnissen auf Landesebene sehr gut. Dieses ist ein Erfolg der Kommunalpolitischen Arbeit im Bezirk Braunschweig, in den einzelnen Städten, Gemeinden und Land

kreisen. In einigen Städten und Gemeinden wurde bei der Kommunalwahl zum ersten Mal der Bürgermeister direkt gewählt. Die Ergebnisse der Direktwahlen im Bezirk Braunschweig sind wie folgt:

Samtgemeinde Boldecker Land  
Samtgemeinde Liebenburg  
Stadt Langeleheim  
Samtgemeinde Schöppenstedt  
Samtgemeinde Schlüden  
(23. 2. 1997)  
durch Stichwahlen:  
Bad Sachsa

Lothar Leusmann, SPD  
Hubert Spaniol, SPD  
Walter Heine, SPD  
Ruth Naumann, SPD  
Wolfgang Laas, SPD  
Helene Hofmann; SPD

Nicht gewählt:  
Gemeinde Lehrte  
gewählt:  
Gemeinde Lehrte

nicht gewählt:  
Samtgemeinde Oberharz  
gewählt  
Samtgemeinde Oberharz

nicht gewählt:  
Samtgemeinde Oderwald  
gewählt:  
Samtgemeinde Oderwald  
Kar-Heinz Spier, CDU

Bernd Krüger, SPD - fehlten 8  
Stimmen zur Stichwahl

Werner Denneberg - Einzelwahlv.  
(Heinrich Rüscher, CDU)

Walter Lampe - SPD

Wolfgang Mönkemeyer, CDU

Oliver Ganzauer, SPD



Leider mußten wir in Salzgitter den Oberbürgermeister an die CDU abgeben. Dafür gewannen wir den Oberbürgermeisterposten in Wolfsburg. In Helmstedt stellt nunmehr die SPD den Landrat, ebenso im Landkreis Wolfenbüttel.

### Endergebnisse der kreisfreien Städte und Landkreise im SPD-Bezirk Braunschweig

bisher Oberbürgermeister/ Landrat	Wiederwahl/ Neuwahl:	
Braunschweig Werner Steffens - SPD	Werner Steffens, SPD	
Salzgitter Hermann Struck, SPD	Rudolf Rückert, CDU	
Wolfsburg Werner Schlimme, CDU	Ingrid Eckel, SPD	
LK Gifhorn Margret Peritzel, CDU	Margret Peritzel, CDU	
LK Goslar Klaus Homann, SPD	Horst Brennecke, SPD	
LK Helmstedt Rolf Reinemann, CDU	Rolf-Dieter Backhausen, SPD	
LK Osterode Manfred Thoms, SPD	Manfred Thoms, SPD	
LK Peine Otto Heinz Ohlendorf, SPD	Rosemarie Leunig, SPD	
LK Wolfenbüttel Ernst-Henning Jahn, CDU	Burkhard Drake, SPD	

### Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15. September 1995

Gesamtergebnis der Wahlen der Kreistage und der Räte der kreisfreien Städte

Wahl	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf (in v.H.)				
		SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonstige
KW 1996	64,5	38,5	41,6	9	4,6	6,3
KW 1991	68,3	40,2	43,1	6,3	5,9	4,5
KW 1986	72,1	40,5	46,0	5,4	4,9	3,2
LW 1994	73,8	44,3	36,4	7,4	4,4	7,5
BW 1994	81,8	40,6	41,3	7,1	7,7	3,3

### Kommunalwahl in Niedersachsen am 15. September 1996

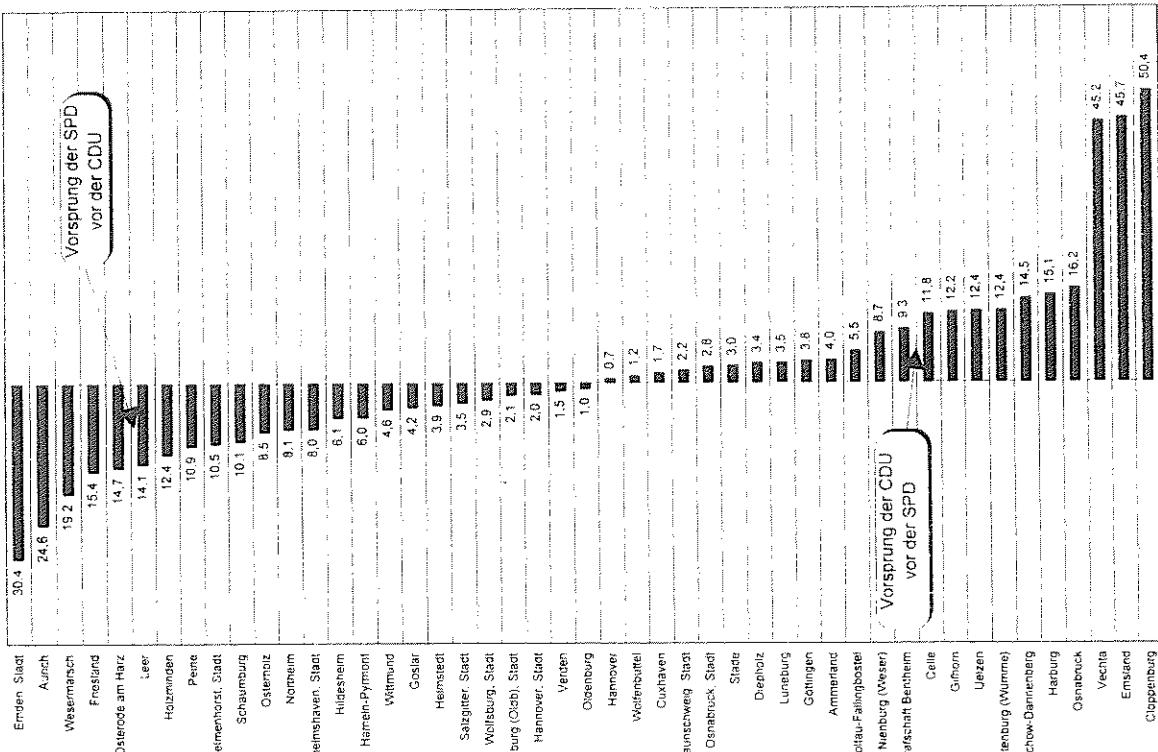
Kreisfreie Städte, geordnet nach Höhe der Gewinne und Verluste für die SPD

Kreisfreie Stadt	Wahl- beteiligung	SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonstige
Wolfsburg	-	3,5	4,6	2,0	-0,5	-0,4
Delmenhorst	-9,5	-1,3	-1,8	-0,1	-0,9	4,1
Osnabrück	-4,9	-2,0	0,6	0,8	-1,4	2,0
Braunschweig	-3,5	-2,8	-3,9	2,9	-1,2	5,0
Wilhelmshaven	-0,4	-3,0	-0,5	1,3	-1,2	3,4
Hannover	-5,3	-4,7	0,4	0,5	-1,8	5,6
Oldenburg i.O.	-3,6	-6,4	-3,7	5,4	-1,9	6,6
Salzgitter	-2,0	-7,1	-3,7	-0,1	-0,3	11,2
Emden	-3,1	-8,1	-1,6	10,4	-2,3	1,6

**Kommunalwahl in Niedersachsen am 15. September 1996**  
Landkreise, geordnet nach Höhe der Gewinne und Verluste für die SPD

**Vorsprung (in Prozentpunkten) der jeweils stärksten Partei von der zweitstärksten bei den Wahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen am 15. Sep. 1996**

Landkreis	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonstige
Wesermarsch	-4,0	2,0	-0,7	-7,5	-0,8	7,0
Rotenburg (Wümme)	-	1,8	-3,8	1,8	-0,4	0,6
Gifhorn	-3,5	1,6	-1,5	0,6	-3,3	2,6
Wittmund	-0,9	1,5	-1,5	1,1	-1,5	0,4
Helmsdorf	-1,0	1,4	-3,7	2,0	-2,3	2,6
Soltau-Fallingbostel	-4,1	1,2	-2,6	0,5	-1,6	2,5
Goslar	-2,3	0,9	-1,3	-6,5	-1,8	8,7
Aurich	-3,9	0,6	0,3	0,3	-1,6	0,4
Oldenburg i.O.	-4,6	0,6	-0,2	1,5	-2,0	0,1
Diepholz	-7,2	0,1	-2,7	1,7	0,1	0,7
Cuxhaven	-5,0	0,0	-1,7	1,9	-1,3	1,1
Osterholz	-	-0,2	-3,6	1,3	-1,3	3,8
Cloppenburg	-5,2	-0,3	-0,8	0,7	-0,3	0,7
Hameln-Pyrmont	-5,4	-0,4	-2,2	2,8	-1,3	1,1
Vechta	-5,7	-0,5	-1,0	1,3	-1,1	1,3
Wolfenbüttel	-2,3	-0,6	-3,8	2,5	-0,4	2,3
Schaumburg	-4,5	-0,8	-2,8	1,2	-1,2	3,6
Hildesheim	-	-0,8	-1,4	2,6	-1,1	0,7
Emsland	-2,0	-0,8	-1,9	1,0	-0,1	1,8
Peine	-3,9	-1,0	-1,4	1,6	-0,5	1,3
Hannover	-3,2	-1,0	-1,0	2,6	-2,1	1,5
Leer	-3,6	-1,2	-2,7	1,6	-0,8	3,1
Verden	-8,7	-1,4	-1,1	2,9	-0,5	0,1
Celle	-	-1,4	-3,6	2,8	-0,9	3,1
Northheim	-3,2	-1,7	-0,7	1,6	-1,0	1,8
Nienburg a.d.W.	-2,7	-1,9	-2,5	1,4	-0,1	3,1
Osnabrück	-2,8	-2,2	1,2	1,2	-1,3	1,1
Stade	-3,0	-2,3	-2,4	4,0	-2,0	2,7
Uelzen	-4,2	-2,6	-1,2	3,9	-1,1	1,0
Göttingen	-3,1	-2,6	-0,8	1,8	-1,2	2,7
Lüneburg	-5,3	-3,3	-4,3	4,2	-1,4	4,8
Ammendorf	-3,4	-3,4	-0,8	2,1	-4,8	6,9
Holzminden	-1,0	-3,8	-1,4	0,8	-3,0	7,4
Grafschaft Bentheim	-2,7	-4,0	1,2	1,5	0,1	1,2
Harburg	-3,3	-4,1	-2,1	3,8	-1,8	4,2
Lüchow-Dannenberg	-1,5	-4,2	-6,1	7,8	0,1	2,3
Friesland	-2,3	-4,8	-3,8	1,2	-0,7	8,1



**Regionale Besonderheiten bei den Kommunalwahlen  
am 15. Sept. 1996 in Niedersachsen**  
Wählen mit den deutlichsten und knappsten Entscheidungen

Name	Stärkste Partei	Zweitstärkste Partei	Vorsprung absolut	In %	Sitze
Cloppenburg	CDU	SPD	100.571	50,4	27
Emsland	CDU	SPD	198.494	45,7	31
Vechia	CDU	SPD	77.492	45,2	23
Emden, Stadt	SPD	CDU	20.312	30,4	15
Aurich	SPD	CDU	66.257	24,6	15
Wesermarsch	SPD	CDU	25.808	19,2	8
Osnabrück	CDU	SPD	83.252	16,2	11
Friesland	SPD	CDU	22.480	15,4	8
Harburg	CDU	SPD	47.963	15,1	10
Osterode am Harz	SPD	CDU	20.324	14,7	6
Lüchow-Dannenberg	CDU	SPD	12.688	14,5	7
Leer	SPD	CDU	30.970	14,1	8
Rotenburg(Wümme)	CDU	SPD	29.334	12,4	7
Holzminden	SPD	CDU	16.656	12,4	5
Uelzen	CDU	SPD	18.693	12,4	5
Gifhorn	CDU	SPD	29.661	12,2	8
Celle	CDU	SPD	30.270	11,8	7
Peine	SPD	CDU	20.759	10,9	5
Deimelhorst, Stadt	SPD	CDU	9.501	10,5	6
Schaumburg	SPD	CDU	24.182	10,1	6
Gräfschaft Bentheim	CDU	SPD	17.882	9,3	5
Nienburg (Weser)	CDU	SPD	15.341	8,7	4
Osterholz	SPD	CDU	13.433	8,5	4
Northeim	SPD	CDU	20.136	8,1	4
Wilhelmshaven, Stadt	SPD	CDU	9.711	8,0	4
Hildesheim	SPD	CDU	27.237	6,1	5
Hamein-Pyrmont	SPD	CDU	14.271	6,0	4
Söhlau-Fallingbostel	CDU	SPD	10.876	5,5	2
Wittmund	SPD	CDU	3.934	4,6	2
Goslar	SPD	CDU	10.021	4,2	2
Ammerland	CDU	SPD	6.161	4,0	2
Heimstedt	SPD	CDU	6.109	3,9	2
Göttingen	CDU	SPD	13.878	3,8	3
Salzgitter, Stadt	SPD	CDU	5.224	3,5	2
Lüneburg	CDU	SPD	7.711	3,5	3
Diepholz	CDU	SPD	9.963	3,4	2
Stade	CDU	SPD	7.770	3,0	2
Wolfsburg, Stadt	SPD	CDU	5.258	2,9	2
Osnabrück, Stadt	CDU	SPD	6.173	2,8	1
Braunschweig, Stadt	CDU	SPD	7.536	2,2	2
Oldenburg(Oldb), Stadt	SPD	CDU	4.145	2,1	0
Hammonia, Stadt	SPD	CDU	12.937	2,0	1
Cuxhaven	SPD	CDU	5.245	1,7	1
Verden	SPD	CDU	2.595	1,5	1
Wolfenbüttel	CDU	SPD	2.309	1,2	0
Oldenburg	SPD	CDU	1.644	1,0	0
Hannover	CDU	SPD	6.407	0,7	1

Die Ergebnisse in den kreisfreien Städten und Landkreisen haben auch eine Veränderung der Sitzzahl im Zweckverband Großraum Braunschweig ergeben. Hier ist die SPD stärkste Fraktion mit 27 Sitzen.

Gefolgt von der CDU mit 26 Sitzen, Bündnis 90/Grüne mit 4 Sitzen und FDP mit 2 Sitzen. Der Bezirksvorstand hat in seiner Sitzung beschlossen, Wolfgang Schneider, Salzgitter, wiederum als Fraktionsvorsitzenden für die SPD-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig vorzuschlagen. Weitere einzelne Ergebnisse - siehe Anhang. Der Bezirksvorstand beschloß, vorbehaltlich der Nominierung des Unterbezirks Braunschweig, Ulrike Block-von Schwartz zur Vorsitzenden der Verbandsversammlung vorzuschlagen. Es sollen Gespräche mit den anderen Fraktionen über die Besetzung geführt werden.

**14. Oktober 1996**  
Unmittelbar nach der Auswertung der Kommunalwahlergebnisse beschäftigte sich der Bezirksvorstand mit der Vorbereitung für den Bezirksparteitag und die Landtags- und Bundestagswahlen. Die Termine für die Konferenzen wurden festgelegt.

**8. November 1996**  
Eine gemeinsame Sitzung des Bezirksvorstandes, Bezirksausschusses, sowie den Delegierten zum Landesparteitag und zum a.o. Bundesparteitag fand zur Vorbereitung des Landesparteitages und des Jugendparteitages in Köln, in Braunschweig, statt.

**25. November 1996**  
Der Bezirk Braunschweig beteiligt sich mit einer Delegation an dem a.o. Parteitag der SPD in Köln, dem Jugendparteitag. Vortäufer des Jugendparteitages waren zahlreiche Gespräche und Diskussionsrunden und die Jugendlkampagne als Teil der Mitgliederkampagne. Das vorgelegte Jugendmemorandum diente als Plattform für den Parteitag und das Angebot an Jugendliche und an Jugendverbände, an Praktika aus dem Bereich der Jugendpolitik und an alle Interessierten, in eine Diskussion einzutreten.

**6. Dezember 1996**  
Der Bezirksausschuß empfahl dem Bezirksvorstand den folgenden Antrag der Jungsozialisten zu beschließen: „Der SPD-Bezirk Braunschweig veranstaltet im Zusammenarbeit mit dem Juso-Bezirk Braunschweig in der ersten Jahreshälfte 1997 einen Jugendkongress. Dieser Jugendkongress hat die Aufgabe, die Beschlüsse des Jugendparteitages vom 25. November gemeinsam mit Jugendlichen zu diskutieren und weiter zu ent-

wickeln. Zu diesem Zweck werden Jugendverbände, Gewerkschaftsjugend, Schülervertreter und andere Jugendliche eingeladen.“

Begründung: Vielfach wurde im Vorfeld und während des Parteitages betont, es reiche nicht aus einen Parteitag zu veranstalten und das Thema Jugend dann beiseite zu schieben. Neben der Umsetzung der Beschlüsse muß die SPD ihre Inhalte auch vermitteln und mit Jugendlichen in eine Diskussion eintreten. Ein Kongreß (auch wenn er unkonventionell konzipiert ist) kann dies zwar nicht in Gänze leisten, ist aber ein Mittel, um mit Jugendlichen und Jugendverbänden überhaupt erst einmal ins Gespräch zu kommen und sich darzustellen.

Eine erste Diskussion erfolgte über die Neueinteilung der Bundestagswahlkreise. Eine Entscheidung sollte auf der Klausurtagung, die im Januar 1997 stattfindet, getroffen werden. Darüber hinaus wurde die Klausurtagung des Bezirksvorstandes vorbereitet.

#### 17./18. Januar 1997

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Klausurtagung des Bezirksvorstandes wurde zu Beginn gemeinsam mit Vertretern der Ortsvereine, Unterbezirke, Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden und des Bezirkausschusses über das „Sozialdemokratische Modell zur Zukunft der Organisationsstruktur und Politiklinie der SPD“ mit Prof. Dr. Peter Lösche von der Universität Göttingen diskutiert. Die Frage, die gestellt wurde, „sind wir am Ende des Parteiestaates, was kommt nach den Parteien, bekommen wir amerikanische Verhältnisse.“ Prof. Peter Lösche analysierte die Krise des Parteiestaates. Er konstatierte eine fundamentale Veränderung des Partiensystems als Folge der Individualisierung der Gesellschaft, der sozialen und ökonomischen Umbrüche. Die traditionellen Formen innerparteilicher Willensbildung funktionieren nicht mehr. Wechselwähler und bewußte Wahlabstinenten sind die Folge der Unübersichtlichkeit. Lösche läßt seiner Analyse keine Empfehlung folgen. Amerikanische Verhältnisse will der Amerikakennen und Parteienexperte nicht. Er warnt vor der Einführung direkter demokratischer Elemente wie der Direktwahl von Kanzlerkandidaten durch innerparteiliche Unwahl. Das würde, meint er, den Erosionsprozeß noch beschleunigen. Nach einer ausführlichen Diskussion konnte man zusammenfassen, daß man weitestgehend darin überein stimmt, was anders werden muß, damit es besser werden kann: Konzentration auf zukunftsorientierte Reformen, sozial- und wirtschaftspolitische Kompetenz, die Bildungs- und Umweltpolitik, Modernisierung des Staates. Und das alles personell richtig transponiert, mit ein bißchen Charisma. Lösche faßte das Postulat wieder

zugespitzt zusammen: „Die SPD muß sich glaubwürdig als Modernisierer darstellen. Die CDU dagegen als verkalkt und verknöchert.“

Am zweiten Tag der Klausurtagung behandelten die Teilnehmer/innen eine Vorlage von Sigmar Gabriel und Matthias Wehrmeyer über die Perspektiven über die hauptamtliche Parteistruktur im SPD-Bezirksverband Braunschweig. In einer Analyse und einer beschreibenden Darstellung wurden neue Überlegungen, wie sich die hauptamtliche Struktur im Bezirk Braunschweig darstellen sollte, diskutiert. Insbesondere die Diskussion vom Vortag wurde mit in die Bewertung einbezogen. Die Klausurtagung beschloß einen Arbeitskreis einzusetzen, der diese Gedanken konkretisieren und einen Vorschlag erarbeiten soll.

Darüber hinaus wurde die Arbeitsplanung für 1997 des SPD-Bezirks Braunschweig vorgelegt und eine Entscheidung bzw. Auswahl über politische Schwerpunkte in der Arbeit des SPD-Bezirks getroffen. Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

- Vorbereitung der Landtags- und Bundestagswahl
  - Politische Themen zum SPD-Landeswahlprogramm
  - Das Modell SPD-Organisationsformen und Politiklinie im Wandel
  - Wirtschaftsformen und Ziel 2000 zu mehr Beschäftigung - Chancen oder Illusionen
  - Europäische Union und Globalisierungsfälle
  - Umbau oder Abbau - Ist der Sozialstaat noch zu retten
- Fachkonferenzen (Hearing)
- Organisierte Kriminalität - Gefahr für die Demokratie
  - Zukunft der Schule - Schule der Zukunft
  - Zukunftswerkstatt der Jugend
  - Selbstverwaltung a. D. - Zur Zukunft der Städte und Gemeinden

In der anschließenden Bezirksvorstandssitzung wurde ein Beschuß zur Neugliederung der Bundestagswahlkreise als Empfehlung für die Diskussion in Bonn verabschiedet. Der Haushalt für das Jahr 1997 wurde beschlossen.

#### 28. Februar 1997

Der Bezirksvorstand diskutiert die Gespräche, die zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierung CDU/FDP in Bonn stattfinden. Der SPD Partevorstand hat am 24. Februar 10 Punkte als Verhandlungs

linie zu den Steuergesprächen mit der Bundesregierung verabschiedet. Die SPD will 1998 eine Senkung der Sozialabgaben. Die Steuerreform muß mit einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge verbunden werden. Wir wollen zum 1. Januar 1998 eine Steuer- und Abgabentreform aus einem Guß. Die seit Jahren geforderte Senkung der Lohnnebenkosten darf nicht weiter verschleppt werden. Durch die Senkung der Sozialabgaben werden Arbeitnehmer und Unternehmer entlastet. Das stärkt die Kaufkraft der Verbraucher und die Investitionskraft der Unternehmen.

Darüber hinaus befürte sich der Bezirksvorstand mit dem Vorschlag zur Wahlkreisreform der Landtagswahlkreise für das Jahr 2003 auf der Basis von 100 Direktwahlkreisen. Die Niedersächsischen Landtagswahlkreise müssen aufgrund der zu großen Unterschiede in der Zahl der Einwohner pro Wahlkreis verändert werden. Nach Möglichkeit wird eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 77.000 angestrebt. Von der zum Zeitpunkt der Neugliederung 2003 um nicht mehr als +/- 20 % abgewichen werden sollte. Für den Bezirk Braunschweig ergibt sich dadurch die Notwendigkeit einen Wahlkreis aufzulösen. Da der SPD-Landesverband eine Neu-einteilung der Wahlkreise innerhalb der SPD-Bezirksgrenzen vornehmen will, ist es nur konsequent, bislang vorhandene Überschneidungen von Wahlkreisen mit den Grenzen der SPD-Bezirke soweit wie möglich aufzuheben. Der SPD-Bezirk Braunschweig hat daher beschlossen, vor diesem Hintergrund den bisherigen Landtagswahlkreis 17 (Harz) aufzulösen und andere Wahlkreise geringfügig zu korrigieren. Darüber hinaus bereitete der Bezirksvorstand den Bezirksparteitag vor.

Der Bericht der letzten zwei Jahre hat die wesentlichen Punkte der Beratungen des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses wiedergegeben. Eine Fülle von Ereignissen, die hier nicht alle berichtet werden können, haben darüber hinaus stattgefunden. Im Bezirk Braunschweig fanden regelmäßig Geschäftsführerversitzungen statt, in denen die Arbeit des Bezirks, alle organisatorischen und politischen Fragen, die den Bezirk Braunschweig betrafen, besprochen wurden. Außerdem die Sitzungen der lfd. Geschäftsführer auf Landesebene in Hannover und in Bonn. In den letzten zwei Jahren hat es keine großen personellen Veränderungen gegeben - bis auf das Ausscheiden von Hans-Ulrich Nitschke im Unterbezirk Salzgitter. Die Stelle wurde nicht wieder besetzt.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bezirk und in den Unterbezirken, allen Helferinnen und Helfern möchte ich recht herzlich Dank für die nicht immer leichte Arbeit in den vergangenen zwei Jahren sagen. Ohne Ihr großes Engagement und Ihre Mithilfe hätten wir die Kommunalwahl nicht so gut abschließen können. Die Aufgaben und Anforderungen an

politische Parteien und damit auch an die Arbeit von Büros haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Dieser Wandel der Rahmenbedingungen stellt die Arbeit der Partezentralen vor neue Aufgaben. Kommunikationsfunktionen müssen gestärkt und Serviceleistungen verbessert werden.

Ich bitte alle, hieran mitzuarbeiten, um damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit in den Jahren 1997 und 1998 - dem Jahr der Landtags- und der Bundestagswahl - zu verbessern.

Rolf-Dieter Backhaus

## **Besetzung der Kommissionen beim Landesverband**

### **Fachausschuß „Schule und Berufsausbildung“**

Christa Burbat  
Guiskard Eck  
Walter Herrmann  
Edgar Merkel  
Renate Möller-Schläfke  
Heinz Dieter Brandt  
Annelies Ihbe  
Renate Jürgens-Pieper  
Dr. Peter Eckardt

### **Fachausschuß „Sport“**

Antje Gleichtfeld  
Wolfgang Kück  
Marion Lau  
Karl-Heinz Mühe  
Wilhelm Schmidt  
Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Umbach  
Ingolf Viereck  
Renate Jürgens-Pieper

### **Fachausschuß „Wirtschaft und Politik“**

Diethard Bendrat  
Rolf-Dieter Backhaus  
Dr. Peter Freirk  
Prof. Dr. Michael Hamann  
Prof. Dr. Gerhard Himmelmann  
Prof. Dr. Bernhard Kiekenap  
Lore Köhne  
Dr. Hermann Oetting  
Dr. Rainer Zirbeck  
Bodo Seidenthal  
Prof. Dr. Klaus Lompe  
Rüdiger Fingerhut

### **Fachausschuß „Gleichstellung“**

Dr. Marianne Horstkötter, Vors.  
Heike Makus  
Ingolf Viereck

## **Fachausschuß „Erwachsenenbildung“**

Dr. Marianne Horstkötter  
Edgar Meiners  
Michael Osann  
Dr. Wolf Schmidt - Vors.  
Isolde Saalmann  
Christiania Steinbrügge

**SGK:**  
Dr. Peter Schroer

## Finanzbericht

Die Finanzen im SPD-Bezirk Braunschweig können als geordnet angesehen werden. Seit Jahren hat der Bezirk seinen Etat und die Finanzplanung den Möglichkeiten und den Organisationsbedürfnissen angepaßt. Gleichwohl haben die Auswirkungen der allgemeinen Parteienverdrossenheit Spuren auch in unserem Parteibezirk hinterlassen.

Die Trendwende bei der Mitgliederbewegung hat (noch) nicht eingesetzt, obwohl wir uns insbesondere nach dem Wechsel im Vorsitz der Bundespartei eine solche Wende versprochen hatten.

Wir stellen zwar fest, daß mehr Menschen in die SPD eintreten als austreten. Wegen der ungünstigen Altersstruktur haben wir aber im Saldo einen Mitgliederverlust zu verzeichnen. Mit entsprechenden Folgen!

Die kontinuierliche Verringerung des Mitgliederbestandes hat die finanziellen Möglichkeiten über die Jahre erheblich geschmälert. Der Verlust von eintausend Mitgliedern bedeutet bei einem Beitragsdurchschnitt von ca. 10 DM den Verlust von mehr als 100 TDM pro Jahr. Die langfristigen Folgen daraus sind für die Organisation und letztlich für die Politik noch nicht abschätzbar.

Und jedes Jahr kommt aufs Neue die Erkenntnis, daß die Einnahmen "statisch" und die Ausgaben "dynamisch" sind.

Deshalb gehört u. a. neben der Überlegung zu neuartigen Angeboten zur Mitarbeit in unserer Partei und der Gewinnung neuer Mitglieder – insbesondere junger Menschen – unsere intensive Aufmerksamkeit dem Organisationsbereich.

Die SPD braucht auch weiterhin handlungsfähige, finanziell starke und den Mitgliedern gegenüber offene Beratungs- und Kommunikationsstätten.

Und die Erkenntnis, daß die Nachfrage nach Dienstleistungsangeboten weiter wachsen wird, ist nicht neu.

Aus diesem Grunde muß für die Finanzverantwortlichen

- die Stabilisierung und Ausweitung der Einnahmenseite
- die Optimierung der internen Finanzorganisation, Leistungsfähigkeit und Mittelverwendung
- und die Organisation der Mittelanlage und -verfügung nach politischen Gesichtspunkten

ein besonderes Anliegen sein.

Für unsere Mitglieder soll deutlich werden, daß jede Beitragsmark eine Investition für eine gute und erfolgreiche Zukunft ist.

Henning Schridde

Unterbezirk	Betrag	Anzahl	%	Abrechnung	durchschn.	Anteil	Monatsbeitrag	Anteil	bis 6,99 DM	Anteil	bis 7,99 DM	Anteil	%	Abrechnung	Anteil	durchschn.	Anteil	Monatsbeitrag	Anteil	%	Betrag	Anzahl	%	
Wolfsburg	15.115	97,1			12,69		17,6							16,7										
Wolfsbuttel	28.926	97,3			10,22		30,3							21,4										
Salzgitter	21.278	100,1			11,31		26,2							16,5										
Piene	31.941	98,4			9,51		26,2							25,6										
Ostrode	20.186	96,7			9,28		23,9							30,2										
Helmstedt	23.593	99,5			9,55		31,2							18,8										
Goslar	27.319	96,2			9,66		29,7							22,8										
Gifhorn	21.883	99,4			10,55		21,1							20,0										
Braunschweig	37.414	94,3			12,77		23,4							17,8										

**Beitragsswerte 1996**

Unterbezirk	Betrag	Anzahl	%	Abrechnung	durchschn.	Anteil	Monatsbeitrag	Anteil	bis 6,99 DM	Anteil	bis 7,99 DM	Anteil	%	Abrechnung	Anteil	durchschn.	Anteil	Monatsbeitrag	Anteil	%	Betrag	Anzahl	%	
Wolfsburg	15.529	96,6			12,47		17,9							17,0										
Wolfsbuttel	29.290	96,5			10,05		29,7							23,1										
Salzgitter	22.241	99,3			11,28		26,3							17,0										
Piene	32.511	97,8			9,53		25,9							26,4										
Ostrode	20.702	96,4			9,13		24,3							32,2										
Helmstedt	23.831	98,6			9,35		31,8							20,4										
Goslar	28.463	96,8			9,50		30,0							24,2										
Gifhorn	21.848	97,8			10,32		21,2							21,7										
Braunschweig	39.017	93,3			12,69		22,3							18,7										

**Beitragsswerte 1995**

**Anzahl der Beitragsswerte und  
Aufschlüsselung in Prozentzahlen**

	1995		1996	
	Anzahl Beiträge	%	Anzahl Beiträge	%
1. Monatsnettoeinkommen	60.227	25,82	59.057	25,94
2. Monatlicher Beitrag lt. Finanzordnung	52.286	22,40	48.185	21,17
1. ohne Einkommen	60.227	25,82	59.057	25,94
2. 4,00 DM				
1. 600 - 700 DM	52.286	22,40	48.185	21,17
2. 7,00 DM				
1. 1.1200 - 1.500	29.305	12,55	29.332	12,88
2. 8,00 + 9,00 DM				
1. 1.1500 - 2.000 DM	52.081	22,31	51.581	22,66
2. 10,00 - 13,00 DM				
1. 1.2.000 - 3.000 DM	37.183	15,93	37.071	16,28
2. 14,00 - 49,50 DM				
1. 1.3.000 - 4.000 DM	1.803	0,77	1.841	0,81
2. 55,00 - 110,00 DM				
1. über 4.000 DM	517	0,22	561	0,25
2. ab 110,00 DM				
<b>Überzahlungen</b>	<b>30</b>	<b>0,01</b>	<b>27</b>	<b>0,01</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>233.432</b>	<b>100,0</b>	<b>227.655</b>	<b>100,0</b>
Bezirk	8,06	9,98	10,02	10,08
Bund	-	-	10,63	10,90
	-	-	11,15	11,42
	-	-	10,50	10,62

UB	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
BS	9,71	9,71	12,15	12,29	12,63	12,69	12,77
GF	7,55	9,47	9,55	9,67	9,99	10,32	10,55
GS	7,16	7,04	9,00	9,17	9,38	9,50	9,66
HE	7,07	8,78	8,82	9,08	9,19	9,35	9,55
OHA	7,04	8,92	8,81	8,86	9,06	9,13	9,28
PE	7,22	9,00	9,14	9,11	9,50	9,53	9,51
SZ	8,83	10,70	10,64	10,83	10,94	11,28	11,31
WF	7,63	9,44	9,51	9,60	9,83	10,05	10,22
WOB	10,02	12,00	12,11	12,07	12,28	12,47	12,69

Durchschnittsbeitrag

Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1995				
Einnahmen	DM	Ausgaben	DM	
Geldbestand 1. 1. 664.413,04 Personalausgaben	1.446.175,19	ffd. Geschäftsbetrieb	1.448.656,06	Mitgl.-Betriebe WF-/Sondemarken
223.711,18	-	Innenp. Grerm. Afb.	61.245,53	Bettl. Mandatsträger
61.245,53	-	Offenlichkeitsarb.	72.350,52	Überl. Mandatsträger
152.910,--	1.114,69	Zuschüsse an Glieberungen	163.946,25	Überl. Mandatsträger aus Vermögen
45.618,80	45.618,80	Sanierungskosten	147.885,87	Spenden
21.222,-	21.222,-	Geldbestand 31.12.	734.758,31	Zuschüsse von Glieberungen
2.552.553,72	2.552.553,72			Zuschüsse von Glieberungen
Geldbestand 1. 1. 1.448.961,67	734.758,31	Personalausgaben	1.420.145,92	Mitgl.-Betriebe WF-/Sondemarken
271.212,95	7.586,50	ffd. Geschäftsbetrieb	55.514,33	Bettl. Mandatsträger
55.514,33	7.586,50	Innenp. Grerm. Afb.	170.449,50	Überl. Mandatsträger aus Vermögen
170.449,50	1.131,43	Offenlichkeitsarb.	19.131,43	Spenderch. aus Vermögen
72.025,52	85.501,48	Zuschüsse an Glieberungen	299.996,-	Überl. Mandatsträger
72.025,52	339.812,-	Sanierungskosten	9.011,74	Spenden
2.777.385,14	2.777.385,14	Geldbestand 31.12.	920.662,93	Zuschüsse von Glieberungen
Geldbestand 1. 1. UB				Zuschüsse von Glieberungen
Mitgliederbestand im Bezirk Braunschweig 31. 12. 1995				
	m	insges.	3.407	
	m		2.383	
	w		1.024	= 30,1 %
BS	m			
GF	m	insges.	1.830	
	m		1.364	
	w		466	= 25,5 %
GS	m	insges.	2.391	
	m		1.735	
	w		656	= 27,4 %
HE	m	insges.	1.987	
	m		1.467	
	w		520	= 26,2 %
AHO	m	insges.	1.756	
	m		1.375	
	w		381	= 21,7 %
PE	m	insges.	2.727	
	m		2.054	
	w		673	= 24,7 %
SZ	m	insges.	1.814	
	m		1.334	
	w		480	= 26,5 %
WF	m	insges.	2.469	
	m		1.794	
	w		675	= 27,3 %
WOB	m	insges.	1.322	
	m		937	
	w		385	= 29,1 %
Bezirk	m	insges.	19.703	
	m		14.443	
	w		5.260	= 26,7 %
	J. 819	Veränd. absolut:		

**Mitgliederbestand im Bezirk Braunschweig  
UB**

---

31.12.1996

BS	Insges.	3.207	
	m	2.234	
	w	973	= 30,3 %
GF	Insges.	1.839	
	m	1.372	
	w	467	= 25,4 %
GS	Insges.	2.343	
	m	1.697	
	w	646	= 27,6 %
HE	Insges.	1.968	
	m	1.450	
	w	518	= 26,3 %
OHA	Insges.	1.724	
	m	1.339	
	w	385	= 22,3 %
PE	Insges.	2.684	
	m	2.003	
	w	681	= 25,4 %
SZ	Insges.	1.728	
	m	1.281	
	w	447	= 25,9 %
WF	Insges.	2.488	
	m	1.786	
	w	702	= 28,2 %
WOB	Insges.	1.272	
	m	896	
	w	376	= 29,6 %
Bezirk	Insges.	19.253	
	m	14.058	
	w	5.195	= 27,0 %
Veränd. absolut:		J. 450	

**Bericht über die Bildungsarbeit 1995/97**

Die Bildungsarbeit im Berichtszeitraum wurde beeinträchtigt durch die Kürzung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel. Diese konnte nur zu einem geringen Teil aufgewogen werden durch eine Anpassung der Teilnehmerbeiträge. Leider ist eine Änderung der Situation für die nahe Zukunft nicht in Sicht, so daß in den nächsten Jahren allenfalls mit einer Stagnation gerechnet werden kann.

In den Jahren 1995 und 1996 wurden jeweils 15 Seminare angeboten. Ziegruppen dieses Seminarangebots waren in erster Linie örtliche Funktions- und Mandatsträger. Ihnen wurden Arbeitshilfen für die Tätigkeit in Vorständen bzw. Kommunalparlamenten zur Verfügung gestellt. An alle Interessierte richteten sich Seminare zur Verbesserung der individuellen, sozialen und kommunikativen Kompetenz, um so die Artikulation und Wahrnehmung eigener Interessen in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu stärken. Inhaltlich und zahlenmäßig soll diese Arbeit 1997 fortgesetzt werden, soweit die Haushaltsmittel dies zulassen.

Neben der Seminararttätigkeit konnten einige aktuelle politische Themen auf Tagungen erörtert werden, so z. B.:

- Impulse für die kommunale Wohnungsversorgung in Braunschweig
- Krise der kommunalen Haushalte - Zwänge und Chancen einer zukunftsorientierten Sportentwicklung
- Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Informations- und Motivationsstrategien.

Werner Wolf  
Rolf-Dieter Backhaus

## Bericht der Bundestagsabgeordneten

### Wir

#### Leyla Onur, direkt gewählte Abgeordnete für Braunschweig,

- Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung,
- stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe der niedersächsischen Abgeordneten,
- stellvertretende Vorsitzende der AG Migration,
- stellvertretendes Mitglied im Europaausschuß,
- stellvertretende Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe.

#### Wilhelm Schmidt, direkt gewählter Abgeordneter für Salzgitter-Wolfenbüttel,

- Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion mit den Aufgabenbereichen Parlamentsreform, Berlin-Umzug, Personal und Organisation,
- Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes,
- Mitglied im Ältestenrat,
- stellvertretendes Mitglied im Sportausschuß.

#### Bodo Seidenthal, Abgeordneter für Helmstedt-Wolfenbüttel,

- Mitglied im Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung,
- stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuß,
- Mitglied der Kommission des Altestenrates für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien,
- Mitglied des Gesprächskreises Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion,
- Gleichberechtigter Vorsitzender des Gesprächskreises "Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler im Deutschen Bundestag",

### tun was für die Region Braunschweig:

#### → Erhalt von Arbeitsplätzen und Einrichtungen:

Die Schließung der Telekom-Bildungsstätte in Braunschweig konnte verhindert werden. Dort wird zur Zeit weiter ausgebildet. Wir haben erreicht, daß bei der DLR die Ausbildung nicht nur erhalten, sondern noch weiter ausgebaut wurde. Wir haben erreicht, daß die Mittelkürzungen bei der **Forschungsanstalt für Landwirtschaft** noch einmal überprüft wurden, um den vorgesehenen dramatischen Personalabbau abzuwenden. Es ist durch unsere Unterstützung gelungen, daß das Oberlandesgericht Braunschweig um die Bereiche Göttingen, Northeim und Osterode erweitert wurde und dadurch in seinem Bestand gesichert ist. Wir haben uns ferner für den Ausbau der **Bundeskademie für Kulturelle Bildung sowie für den Ausbau der Fachhochschule in Wolfenbüttel und Salzgitter** eingesetzt. Kritisch überwachten wir, daß die geplante Privatisierung der bundeseigenen **285 Wohnungen der Deutschbau in Braunschweig** für die Mieter sozialverträglich erfolgt.

#### → VW:

Wir setzen uns mit allen parlamentarischen Mitteln für den Erhalt des **VW-Gesetzes und seiner wettbewerbsfreundlichen und arbeitsplatzfördernden Bestimmungen** ein. Wir wollen diese bewährten Regelungen sogar noch ausweiten statt sie - wie von der Bundesregierung beabsichtigt - abzuschaffen.

#### → Verkehrsprojekte:

Eine optimale Verkehrsinfrastruktur ist das A und O für Wirtschaft und Bürger.  
**Straße:** Deshalb haben wir uns - u. a. durch einen gemeinsamen Appell an Bundeskanzler Kohl - für den **vollständigen Ausbau der A 2** eingesetzt. Reibungslose Planung der A 39, Einsatz für Ortsumgehungen und die **Verhinderung der Herabstufung von Bundesstraßen** (z.B. B 1 Braunschweig-Helmsdorf) waren weitere Schwerpunkte unserer Arbeit. Bei den Verkehrsprojekten muß bei vertretbaren Kosten ein **bestmöglich Lärmschutz** der Bürger gewährleistet werden. Auch dafür haben wir uns eingesetzt.

**Schiene:** Der termingerechte Baubeginn der "**Wedderer Schleife**" war ein hartes, aber erfolgreiches Stück Arbeit. Zudem haben wir an der Realisierung weiterer Projekte wie dem **Lückenschluß Jerxheim - Dedeleben** und **Güterverkehrszentren** mitgewirkt. Den Halt aller ICE-Züge konnten wir leider - trotz großer Anstrengungen - nicht vollständig erreichen.

#### → Kontakte vor Ort:

Bei zahlreichen Terminen z.B. bei **Arbeitsämtern, Gewerkschaften, Krankenkassen, Behinderten- und Wohlfahrtsorganisationen, Jugend- und Sportheinrichtungen, Schulen, Betrieben** und in den regelmäßigen **Bürgersprechstunden** haben wir immer wieder das direkte Gespräch mit den Bürgern gesucht und viele Anregungen erhalten sowie Vorschläge aufgegriffen. Dabei hat sich die **enge Zusammenarbeit mit Kommunal- und LandespolitikerInnen** bewährt. In vielfältigen Veranstaltungen wie z.B. "**Gewerkschafter-Frühstücke**", "**Jugend-Frühshoppen**", "**Wirtschaftsforum**",

"Gesundheitskonferenz" oder das "Wolfenbütteler Sportgespräch" haben wir informiert und die öffentliche Diskussion angeregt.

➔ **Kernenergiopolitik:**

Im Zusammenhang mit einer zukunftsorientierten, nachhaltigen und umweltorientierten Energiepolitik haben wir uns gegen die **Einlagerung von Atommüll im "Schacht Konrad"** zur Wehr gesetzt. Parallel haben wir die **Sicherung des Amtes für Strahlenschutz** in Salzgitter erreicht.

➔ Diese Auflistung unserer Aktivitäten seit 1994 erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll nur einen kurzen Überblick bieten.

## Bericht der Gruppe der Landtagsabgeordneten

Die Gruppe der Landtagsabgeordneten aus dem SPD-Bezirk Braunschweig hat in der Berichtsperiode ihre Arbeit in der gewohnten Art und Weise fortgesetzt.

➔ Sie beackert dabei vor allem zwei Tätigkeitsfelder:

1. **Vertretung der Interessen des Bezirks und der Region in der Landespolitik.**
2. **Vermittlung der Ziele und Ergebnisse sozialdemokratischer Landespolitik in der Region.**

Zum ersten Tätigkeitsfeld sind regelmäßige Zusammenkünfte der Abgeordnetengruppe durchgeführt worden, in denen vor allem die Abgleichung der Vorstellungen zu konkreten Handlungserfordernissen im Vordergrund stand. Wesentliche Klärungen waren dabei vorzunehmen zur Frage der Einbeziehung des Landkreises Goslar in den Großraumverband Braunschweig (mit einer entsprechenden Gesetzgebung am Ende des politischen Prozesses), Verkauf der Harzwasserwerke einschließlich der begleitenden politischen Auseinandersetzungen, Neuordnung der Kataster- und der Schulverwaltung mit entsprechenden Diskussionen um Behördenstandorte sowie der berücksichtigte Neuzuschnitt der Landtagswahlkreise für die Wahl im Jahr 2003.

Neben den regionalbezogenen Themen sind auch Abstimmungen zu anderen Politikfeldern erfolgt, die

ein gemeinsames Auftreten der Abgeordnetengruppe naheliegen. Dies galt regelmäßig dann, wenn entsprechende Beschlüsse des Bezirks ein gemeinsames Handeln erforderlich machten.

Die Vermittlung von Landespolitik in der Region vollzog sich in der Praxis in aller Regel in Form von Bereisungen der Abgeordnetengruppe. Regelmäßig waren dabei mehr als die Hälfte der Abgeordneten des Bezirks vertreten, so daß interessante und auch für die Abgeordneten aufschlußreiche Besuchsprogramme zustande kamen. Wegen der Sitzungsbelastung in Hannover konzentrierten sich solche Bereisungen in der sitzungsfreien Zeit; von Ferien kann also in dieser Zeit nicht immer die Rede sein. Die Bereisen sind, wie auch in der Vergangenheit, schwerpunktmäßig in der Zeit vor Wahlen erfolgt, insbesondere also mit Blick auf die Kommunalwahl im Herbst 1996.

Im Berichtszeitraum gab es einige personelle Veränderungen. Insbesondere hat der Tod von Irmela Hammelein eine schmerzhafte Lücke hinterlassen. Der Wahlkreis Wolfsburg war ebenso verwaist, wie der Platz einer Vizepräsidentin verloren gegangen ist. Peter-Jürgen Schneider wechselte in das Amt des Regierungspräsidenten, so daß darüber hinaus nun auch der Wahlkreis Salzgitter mitbetreut werden muß. Zum Sprecher wählten die Abgeordneten in der Nachfolge Schneiders Sigmar Gabriel, der auch stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion wurde. Im Zuge dieser personellen Umbesetzungen

konnten auch einige andere Positionen aus dem Bezirk Braunschweig heraus besetzt werden, so wurden Peter Kopischke finanzieller Sprecher und Rosemarie Tinius Vorsitzende des Innenausschusses.

Peter-Jürgen Schneider / Sigmar Gabriel

## Bericht von Rosemarie Wemheuer, Mitglied des Europäischen Parlaments

Seit meiner Wahl ins Europäische Parlament 1994 bin ich Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle und stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Eine der wesentlichen Aufgaben des Haushaltskontrollausschusses ist es, zu prüfen, ob die Haushaltsmittel auch sachgemäß ausgegeben worden sind. Gerade in Zeiten, in denen die öffentlichen Kassen leer sind, ist es besonders wichtig, darauf zu achten, daß Steuergelder weder verschwendet werden noch in dunklen Kanälen verschwinden. Im Haushaltskontrollausschuß war ich in der ersten Wahlperiode ständige Berichterstatterin zum Thema „Betragbekämpfung“.

In dieser Funktion war ich maßgeblich an der „Interparlamentarischen Konferenz über die Bekämpfung von Betrugsgereien zu Lasten des Gemeinschaftshaushaltes“ beteiligt, die am 23.-24. April 1996 in Brüssel stattfand und aufgrund des persönlichen Einsatzes des damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Klaus Hänsch einberufen worden war. Diese Konferenz war deshalb so wichtig, weil sie zum ersten Mal nationale und Europa-Abgeordnete zu diesem Thema zusammengebracht hat. Da EU-Gelder zu 80 % von den Mitgliedstaaten direkt und nur zu 20% von Brüssel ausgegeben werden, kann Betragbekämpfung nur erfolgreich sein, wenn sie in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchgeführt wird.

## Aktionprogramm Zoll 2000

Im direkten Zusammenhang mit meiner Tätigkeit im Untersuchungsausschuss stand auch mein Verhandlungsmandat im Vermittlungsausschuss zum „Aktionprogramm Zoll 2000“.

„Zoll 2000“ ist ein 5-Jahres-Programm zur Förderung der Zusammenarbeit der 15 nationalen Zollbehörden, um langfristig ein gleichwertiges Schutzniveau an den EU-Außengrenzen zu erreichen. Obwohl wir einen europäischen Zollkodex haben und alle Zolleinnahmen ausschließlich dem EU-Haushalt<sup>2)</sup> zufließen, liegt die Durchführung dieser Regelungen bei den 15 nationalen Zollverwaltungen, deren Zusammenarbeit noch sehr zu wünschen übrig lässt. „Zoll 2000“ ist ein Beispiel für das neue Gesetzgebungsverfahren, das mit dem Maastrichter Vertrag eingeführt wurde und das dem Europäischen Parlament das Mitsentscheidungsrecht einräumt.

## Seit Januar 1997 SPE-Sprecherin im Ausschuß für Haushaltskontrolle

Zur Halbzeit der Wahlperiode wird nicht nur der Präsident des Europäischen Parlaments neu gewählt sondern auch alle übrigen Funktionen werden neu besetzt. Im Zuge dieser Neukonstituierung bin ich im Januar 1997 zur Sprecherin der SPE-Fraktion der SPE-Fraktion für den Haushaltskontrollausschuss gewählt worden.

## Erster Untersuchungsausschuß zum Zollbetrug

Der erste Untersuchungsausschuß<sup>1)</sup>, den das Europäische Parlament einsetzen konnte, hat sich mit Betrug und mangelhafter Verwaltung im „Gemeinschaftlichen Versandverfahren“ befasst. Vereinfacht gesagt, geht es dabei um eine Form des Zoll- und Steuerbetrugs, der die EU und die Mitgliedstaaten erheblich belastet. Die Arbeit in diesem Untersuchungsausschuss hat den größten Teil meiner Zeit in den letzten 1 1/2 Jahren bestimmt, zumal ich Sprecherin der SPE-Fraktion im Untersuchungsausschuss war. (Zu der Arbeit und den Ergebnissen werde ich dem Parteitag ein gesondertes Info vorlegen).

<sup>1)</sup> Erst mit dem Maastrichter Vertrag wird auch dem Europäischen Parlament das Recht eingeräumt, zur Ausübung seiner parlamentarischen Kontrolle Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

<sup>2)</sup> 10 % der Zolleinnahmen dürfen von den nationalen Zollstellen für Verwaltungsausgaben einbehalten werden.



### Rechenschaftsbericht 1995 - 1997

Die AfA hat im Berichtszeitraum ihre Kompetenzen genutzt, um in der Region bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die sozial-ungerechte Politik der Bundesregierung vor Ort in den Betrieben und Verwaltungen zu diskutieren. Wobei die Haupitarbeit von den AfA-Unterbezirken direkt vor Ort geleistet wurde. Die Unterbezirke berichteten in den Bezirksvorstandssitzungen über die Ergebnisse.

Festgestellt wurde, daß es nicht immer einfach war, das vom Grundsatz gute Programm der SPD bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern klar darzustellen. In den Betrieben und Verwaltungen wurde bemängelt, daß die SPD nicht in der Lage sei, die Schwächen der Sozialpolitik seitens der Bundesregierung für ihre Politik zu nutzen. Leider haben die Wahlergebnisse in einigen Ländern - und speziell die Kommunalwahl in Niedersachsen - dieses bestätigt.

Festzustellen war auch, daß durch die sozial-ungerechte Politik der Bundesregierung der Diskussionsstoff für die AfA nie verebbte. Vom AfA-Bezirksvorstand sind an die Unterbezirke Anregungen gegangen, wie die Arbeit vor Ort noch besser zu leisten sei. Dabei haben uns Gespräche mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten geholfen. Ferner hat die AfA im Kommunalwahlkampf unterstützend mitgewirkt.

Da uns bekannt ist, daß aufgrund der gesamten politischen Situation die vorhandenen Betriebsgruppen rapide zurückgehen, haben wir zur stattgefundenen Bezirkskonferenz im Oktober 1995 einen neuen Weg gefunden. Zu der Konferenz sind auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeladen worden, die keiner Betriebsgruppe angehören. Der Erfolg und das Interesse hat uns in unserer Meinungsbildung bestätigt. In einigen Unterbezirken hat das Interesse an der AfA zugemommen.

Auf der AfA-Bezirkskonferenz wurde die Genossin Elfriede Lehmburg, Peine, für weitere zwei Jahre als Vorsitzende bestätigt.

Als ihre stellv. Vorsitzenden wurden gewählt

Elke Baumann Wolfenbüttel  
Holger Fricke Braunschweig

sowie die von den Unterbezirken vorgeschlagenen Beisitzer.

Auf der im März 1996 stattgefundenen AfA-Bundeskonferenz, an der der Bezirk Braunschweig mit 7 Delegierten teilgenommen hat, wurde die Genossin Elfriede Lehmburg wieder in den Bundesvorstand als Beisitzerin gewählt. Dem Bundesausschuß gehören neben der Genossin Lehmburg auch die Genossen Wilfried Seeger und Gerhard Grütemann an. Dadurch erfolgt eine durchgehende Berichterstattung zur AfA im Bezirk Braunschweig.

Zu beklagen ist, daß im Berichtszeitraum auf Landesebene keinerlei Aktivitäten stattgefunden haben. Bemühungen von Seiten des AfA-Bezirksvorstandes, eine Zusammenkunft auf Landesebene durchzuführen, sind fehlgeschlagen. Selbst die Kontakte zum AfA-Bezirk-Hannover brachten keinen Erfolg.

Die AfA im Bezirk Braunschweig hat im Berichtszeitraum monatliche Sitzungen mit aktuellen Themenbereichen abgehalten. Für das Wahljahr 1998 wird die AfA in gewohnter Form alle Kandidaten des Bezirks im Wahlkampf unterstützen. Unser gemeinsames Ziel muß sein:

- eine SPD-Regierung für Niedersachsen zu erhalten
- eine SPD-Regierung für die Bundesrepublik Deutschland zu bekommen.

Elfriede Lehmburg

## Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Bezirk Braunschweig

### Bericht über die ASF-Arbeit im Zeitraum 1995 bis 1997

Die ASF-Arbeit im Bezirk leidet, wie auch die Arbeit in der Gesamtpartei, unter Nachwuchsmangel. Die Frauen, die in der SPD aktiv werden, sind in allen Ebenen unworben. Die durch die ASF erkämpfte Quote in den Gremien der Partei und bei den Mandaten führt häufig zu einer Mehrfachbelastung der Frauen. Immer noch ist es zudem gesellschaftlich üblich, dass die Frauen die Hauptlast der Haus- und Familienarbeit tragen. So kann frau kaum junge Frauen motivieren, aktiv an der Arbeit in der Partei teilzunehmen.

Der ASF-Bezirk kann nur so stark sein, wie die ASF-Arbeit in den Unterbezirken. Und auch hier ist die Arbeit ein ständiges Auf und Ab, einige Gruppen arbeiten kontinuierlich (Braunschweig, Peine), in anderen Ubs wird immer wieder der Versuch unternommen, die Arbeit zu aktivieren, einige Gruppen arbeiten nur vor Ort (z.B. Seesen).

Der Bezirksvorstand der ASF sieht seinen Arbeitsschwerpunkt in Informations- und Diskussionsangeboten mit frauenteilrelevanten Themen. Das waren im Berichtszeitraum Pflegeversicherung, Gleichstellung (ein „Dauerbrenner“), Weltfrauenkonferenz, Großraumverband Braunschweig, Kommunalpolitik.

Unser Seminar zur „Kommunalpolitik“ vom 16.-18.02.96 hat gezeigt, dass sehr viele Frauen gerade an der Kommunalpolitik Interesse hatten. Die mehr als 30 Frauen, darunter auch viele jüngere, informierten sich über die Struktur in den Kommunen; viele hatten sich schon für kommunale Mandate aufstellen lassen. Unseren besonderen Dank nochmals an Matthias Wehrmeyer, der über die Änderungen der niedersächsischen Kommunalverfassung referierte.

Obwohl die Quotierung in die Satzung des Bezirks aufgenommen wurde, konnte sie nicht in allen Bereichen erfüllt werden. Bei der Aufstellung der Kandidatinnen zur Kommunalwahl gab es, wie eigentlich immer, einige Ärger. Positiv zu vermerken ist, dass sich der Frauenanteil bei den Kandidaturen insgesamt erhöht hat.

Mußte ich noch in meinem Bericht 91-93 feststellen, dass es leider keine Landrätin und Bürgermeisterin im Bezirk Braunschweig gab, so hat sich die Situation nach der Kommunalwahl 96 geändert: Landrätin in Peine ist Rosemarie Leuning; Oberbürgermeisterin in Wolfsburg wurde Ingrid Eckel; als hauptamtliche Bürgermeisterinnen wurden Helene Hoffmann (Bad Sachsa) und Ruth Naumann (Samtgemeinde Schöppenstedt) gewählt; Rosemarie Werner wurde Bürgermeisterin in Büddenstedt und Gudrun Decker (Ilsede) die einzige Fraktionsvorsitzende im Bezirk. Orts- und Bezirksbürgermeisterinnen zähle ich nicht auf.

Der Frauenanteil in den Kreistagen und Räten hat sich erfreulich verändert, obwohl wir immer noch weit entfernt sind von der gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an der Politik.

Der Anteil der von Frauen in Niedersachsen erworbenen Mandate stieg im Vergleich zur letzten Kommunalwahl 1991 um 5,2% auf 21,7% an. Daran ist die SPD nicht unwe sentlich beteiligt.

Hier einige Vergleichszahlen aus dem Bezirk Braunschweig:

Stadt/ Landkreis	erreichte SPD- Mandate	davon Frauen	Frauenanteil	Vergleich zu KW '91
Braunschweig	22	9	40,9 %	+ 10,5 %
Salzgitter	20	7	35,0 %	+ 17,6 %
Peine	25	8	32,0 %	+ 14,6 %
Wolfenbüttel	21	6	28,6 %	+ 18,6 %
Helmstedt	22	6	27,3 %	+ 5,1 %
Osterode	22	4	18,2 %	+ 8,7 %
Gifhorn	20	5	25,0 %	- 2,8 %
Goslar	25	5	20,0 %	- 5,0 %
Wolfsburg	21	10	47,6 %	+ 20,8 %

Auf der ASF-Bezirkskonferenz am 02.03.96 in Peine referierte unsere ASF-Landesvorsitzende Christiane Reckmann „Frauen gehören ins Rathaus“. Von ihr ging ein engagierter Aufruf an die Frauen, sich in der Kommunalpolitik einzumischen. In Arbeitsgruppen wurden die Themen Soziales, Gleichstellung und Zweckverband Großraum Braunschweig diskutiert. Anträge zu Expo 2000, Vernetzungsstelle der Gleichstellungsbeauftragten und geringfügig Beschäftigte wurden verabschiedet. Der neue Vorstand besteht aus: Heike Makus (Peine), Annegret Ihbe (Braunschweig), Gisela Dittmar (Helmstedt), Rosi Ausmeier (Braunschweig), Liesel Herbig (Peine), Doris Schmidt (Osterode), Edelgard Hahn (Helmstedt), Christa Scholz (Salzgitter), Bettina Stechert (Gifhorn), Gertrud Steschukat (Osterode).

Die Bundeskonferenz der ASF vom 14.-16. Juni 96 in Rostock war für die Braunschweiger Delegation ein Erlebnis. Das Zusammentreffen mit Frauen aus der ganzen Republik, die Diskussionen während der Konferenz und in den Vorräumen haben manche interessante Anregung für die Arbeit vor Ort gebracht, vor allem die Ansätze zu einer Steuerreform aus Frauensicht. Es war auch ein Erlebnis, als ca. 200 Frauen am Samstagabend in das beschauliche Seebad Kühlungsborn einfielen und dort eine Strand-Party veranstalteten.

Seit den Neuwahlen auf der ASF-Landeskonferenz in Bückeburg am 21.09.96 wurde Heike Makus erneut zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Besitzerinnen sind Isolde Saalmann und Annegret Ihbe.

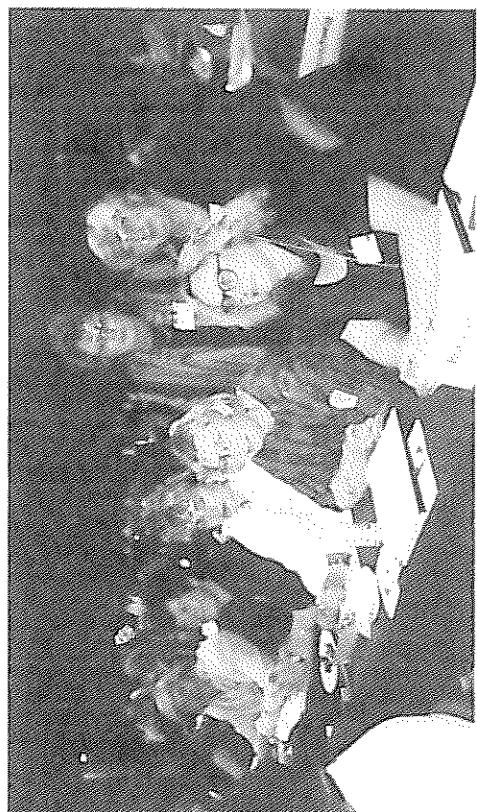
Unser diesjähriges Seminar findet vom 28.02. bis 02.03.97 im Falkenheim Langleben statt. Weil viele Teilnehmerinnen des letzten Seminars es wünschten, wählen wir das Thema „Wie behauptet mich in der Fraktions- und Parteiarbeit?“ Professional wird das Seminar begleitet von Bettina Stechert vom ASF Bezirksvorstand.

Der Weltfrauentag am 8. März wird wieder von vielen ASF-Unterbezirken zusammen mit anderen Frauen gefeiert werden.

Zielsetzung der ASF in diesem Jahr wird es sein, die aktiven Frauen zu motivieren, weiter in und mit der Partei zu arbeiten, und neue Frauen für die Arbeit zu gewinnen.

Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl werden wir beobachten, daß die Quotierung eingehalten wird. Dies wäre zu erreichen, wenn freierwährende Wahlkreise mit Genossinnen besetzt würden. Bei den Listenaufstellungen wird der Bezirk darauf achten müssen, dass eine quotierte Besetzung der Mandate erreicht wird.

Heike Makus  
Bezirksvorsitzende der AsF



ASF-Bundeskonferenz Rostock - Braunschweiger Delegation von links: Erika Bolm (SZ), Gerda Grete (GF), Bettina Stechert (GF), Christa Hartz (OHA), Heike Makus (Peine) stehend: Annegret Ihbe (BS), Eva Voges (BS)

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig 1995-1997

Wenn es nach den Machern der Mitgliederwerbekampagne ginge, bestände die SPD bald nur noch aus Inline-, Ethno- und Crazysozis, die alle das Buch der Bücher besitzen und sich damit Mega-In fühlen, weil das eben hipp und trendy ist ! Vor diesem Hintergrund möchten wir Jusos uns entschuldigen. Wir gestehen, wir haben tatsächlich gedacht, die Jusos wären die Jugendorganisation einer politischen Partei und als solche müssten wir dann auch politisch arbeiten. Das Schlimmste ist, daß wir genau das auch getan haben. Unser nicht ganz vollständiges aber die schwerwiegendsten Untaten aufdeckendes Geständnis ist folgendes:

### Wer nicht ausbildet, wird umgelegt

Intensiv befaßten sich die Jusos im Bezirk Braunschweig mit Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Arbeitskreis arbeitete dazu mit IG-Metall-Jugend, DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen. Wichtigste Punkte unserer Betrachtung waren dabei Beschaffungsstrategien und gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten.

Die Appellpolitik ist weitgehend am Ende, wir benötigen eine neue interventionistische Politik. Deshalb war ein wichtiger Punkt unserer Arbeit die solidarische Ausbildungsfinanzierung. In mehreren Sitzungen und einem Seminar kamen wir zu dem Standpunkt, daß gerade an dieser Stelle die gerechte und vernünftige Lösung für das Problem fehlender Ausbildungssätze nur eine gesetzliche Umlage sein kann, wie sie auf dem Jugendparteitag in Köln beschlossen wurde. Zur Zeit widmen wir uns in diesem Bereich der Steuerpolitik und werden dazu mehrere Tagungen mit kompetenten ReferentInnen durchführen.

### Stopp dem Rechtsruck

Ein für uns weiterhin wichtiges Feld politischer Betätigung ist die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen in der Bundesrepublik. Dazu veranstalteten die JusoSchülerInnen ein Seminar mit einer Reihe von Gästen aus dem Bereich der SchülerInnenarbeit, um gerade in einer Zeit mit großen sozialen Verwerfungen wieder für das Thema zu sensibilisieren. Daraus entwickelte sich auch ein Arbeitskreis, der in erster Linie Informationsmaterialien zu Organisationsstrukturen der Neuen Rechten und den sozialen Ursachen für Rechtsradikalismus erstellt.

## Hoch die Internationale Solidarität

Ein weiterer wichtiger Bereich unserer Arbeit war der sogenannte Intern-Bereich. Hier beschäftigten wir uns mit der Lage in Kurdistan, Entwicklungshilfekonzepten in Zeiten veränderter Bedingungen im Welthandel und vor allem mit der Zukunft der Europäischen Union. Hierzu veranstalteten wir ein Seminar mit den Themen Politische und Soziale Union, Währungsunion und Europa als linkes Projekt. Höhepunkt der Intern-Arbeit war das IUSY Festival in Bonn zu dem aus dem Bezirk eine 23köpfige Delegation anreiste. Im Zusammenhang mit dem IUSY-Festival ist mittlerweile ein fester Kontakt mit den ungarischen „Jusos“ zustande gekommen.

### Lieber Jusoaktiv als radioaktiv

Unser Bezirk ist das Atomklo der Nation. Gerade aus dieser persönlichen Betroffenheit engagieren sich viele Sozialdemokraten in der Anti-Atombewegung. Auch wir Jusos haben unseren Protest vielfach in Aktionen, wie zum Beispiel dem bezirkswiseen Anti-Schacht-Konrad Aktionstag am 13.4.1996 zum Ausdruck gebracht. Auch bei den Protesten in Gorleben waren Jusos dabei. Wir sind gegen die Atompolitik der Bundesregierung und gegen Bauernopfer des Gerhard Schröder, weil Kernenergie Arbeitsplätze vernichtet, volkswirtschaftlich unrentabel und ökologisch unverantwortbar ist. Es gibt, nicht nur von uns Jusos, ausreichend Konzepte zum Solaren Umbau der Energiewirtschaft. Wir Jusos haben gemeinsam mit Verbänden und Bürgerinitiativen (z.B. AG Schacht-Konrad oder Elm-Asse-Windstrom) an solchen Konzepten zur Umsetzung hier vor Ort gearbeitet.

**S8** Seit ca. 1 Jahr gibt der Juso-Bezirk seine neue Zeitung („S8“) heraus. Sie erscheint regelmäßig in einer Auflage von 2000 Exemplaren und wird zum größten Teil aus Werbeanzeigen finanziert. Die Zeitung kann sich bundesweit sehen lassen, weil sie nicht die alte Jusokrankheit guter Artikel und Schnippel-Layout hat, sondern neben hervorragenden Redakteuren auch professionell Lay-Outet wird.

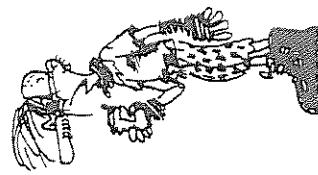
### Wenn schon Elitebildung, dann auch für alle

Anziehungspunkt für viele neue, junge Leute sind schon seit einiger Zeit die JusoSchülerInnenGruppen. Neben verschiedensten Aktionen und Arbeit vor Ort, in den Schulen, veranstalten die „JSGier“ auf Bezirksebene kontinuierlich hervorragend besuchte Seminare, auf denen nicht nur trockene inhaltliche Arbeit stattfindet, sondern die darüber hinaus auch die beste „Mitgliederwerbekampagne“ ist, die wir haben.

## Go for SPD

Auch wenn Jusos eigentlich nie ein gutes Haar an ihrer Partei lassen. Wenn Wahlkampf ansteht, sind sie dann doch wieder zur Stelle. So stellten die Jusos im Bezirk Braunschweig im Kommunalwahlkampf ein Wahlkampfbüro, Wahlkampfmaterialien und einen Wahlkampfbus zur Verfügung. Einiges hat im Kommunalwahlkampf noch nicht so gut geklappt, wie wir das gerne gehabt hätten. Daraus lernen wir aber und spätestens '98 sind wir dann soweit, uns gebührend daran zu beteiligen, Kohl sturmreif zu schießen!

### Jusos in der SPD Wählen



oder was?!

### We are one Team

Nachdem der Vorstand 1995 im Streit auseinandergegangen war, wurde auf der Bezirkskonferenz am 21.1.1996 ein Vorstand (Vorsitzender: Romec Manns (PE), Stellv.: Carmen Tschentscher (GF), Britta Behrbohm (WF), Jan Langehein (SZ), Jens Erier (GS)) gewählt, der einen erfolgreichen Neuanfang geschafft hat. Mittlerweile können wir von erfolgreicher, kontinuierlicher Juso-Arbeit sprechen, die auch Spaß macht und neue Leute anzieht. Auf der Bezirkskonferenz am 8.2.1997 wurde Romec Manns (PE) als Vorsitzender wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind nun Jörn Jan „J“ Leidecker (SZ), Susanne Perkampus (WF), Patrick Vossler (SZ), Michael Banse (GS), Janina Schirmer (GS) und Shida Kiani (GS). Seit der Landeskonferenz am 2.2.1997 stellt der Juso-Bezirk Braunschweig nun auch im 5-köpfigen Juso-Landesvorstand als einziger Bezirk 2 Mitglieder. Diese sind Sylva Ruschmeyer (WOB) und Jan Langehein (SZ).

Romec Manns

## AGS - Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl hat uns ein ganzes Bündel trauriger Rekorde beschert:

- die Arbeitslosenzahlen treiben in Richtung 5 Millionen
- die hohe Staatsverschuldung gefährdet eine deutsche Teilnahme beim Start der Euro-Währung
- trotz hohen Dollar-Wechselkurses gibt es keinen Aufschwung in der Investitionsgüterindustrie
- die Baisse in der Bauwirtschaft greift um sich
- erstmalig ist 1996 der Einzelhandelsumsatz, in realen Werten, gefallen

Selbst Herr Kopper, als Vorstandssprecher der Deutschen Bank häufig auf Distanz zur SPD, hat im Februar 1997 deutliche Kritik erhoben und gesagt: „So geht es nicht weiter!“

Dies ist auch die Meinung der AGS.

Die AGS als Zusammenschluß von Unternehmern und Selbstständigen, von Handwerkern und Gewerbetreibenden ist das wirtschaftspolitische Gesprächsforum der SPD. Die Mitglieder der AGS sind Meinungsmultiplikatoren in ihren Betrieben. Im Wettbewerb des Marktes beweist jedes einzelne AGS-Mitglied seinen Sachverständ durch wirtschaftlichen Erfolg. Arbeitsplätze und Ausbildung werden durch den Mittelstand, und das heißt, durch die Mitglieder der AGS geschaffen und gesichert.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen suchten und suchen wir das Gespräch mit anderen Unternehmern, Politikern und Gewerkschaftern. Im Berichtszeitraum 1995 und 1996 diskutierten wir die Themen:

- die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, mit Arbeitgeber-Präsident Dr. Murrmann
- Geldpolitik und Wirtschaftswachstum, ein Streitgespräch zwischen Prof. Dr. Hesse und Herbert Ehrenberg
- Wohlstand - Gerechtigkeit - Sicherheit: das Grundgesetz verwirklichen (AGS-Tagung in Berlin)

- Was wird aus der Mark, wenn der Euro kommt, mit Jürgen Hösel
- Zukunftsperspektiven für den Standort Niedersachsen, mit Gerhard Schröder

Für den Bundesparteitag erarbeiteten wir einen Antrag zu dem Gewerbesteuern im Rahmen einer AGS-Bundesvorstandssitzung in Frankfurt. Auf einer Reson-Konferenz in Peine kommentierten wir die Ansätze, neue Wege für den Großraum Braunschweig zu entwickeln.

Wir führten Betriebsbesichtigungen bei der Firma Sommer-Alilibert und bei der Stadtparkasse in Peine durch, ließen uns von Prof. Herrenberger den Wiederaufbau der Alten Waage in Braunschweig erläutern, besuchten gemeinsam die Ausstellung „800 Jahre Heinrich der Löwe“ und unternahmen unter Führung von Dr. Ottmar Hesse und Ekkehard Langanke einen Stadtroundgang durch Goslar.

Am 06.02.1996 diskutierten wir während unserer Jahreshauptversammlung mit dem Staatssekretär Dr. Alfred Tacke die „Wirtschaftspolitik in Niedersachsen“. Gleichzeitig wurde der Bezirksvorstand neu gewählt:

Vorsitzender:

3 stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Michael Hamann  
Erna Böning-Lehmann  
Manfred Michael  
Willi Schröder

Beisitzer:

Ulrike Schulz  
Wilma Strübing-Vorderwisch  
Harald Damke  
Anoir El-Cherkeh  
Claus Huhnholtz  
Reinhard Kettler  
Ekkehard Langanke  
Karl Milkau  
Felix Rehwald

Neben Diskussionsveranstaltungen und Betriebsbesichtigungen ist ein besonderer Schwerpunkt unserer „Vor-Ort-Arbeit“ die Bereisung der Region. Nach Helmstedt und Gifhorn waren wir im Berichtszeitraum in Goslar und haben dort zu einem Unternehmer-Gespräch über die Zukunftsperspektiven der Region eingeladen. Mit unserer Veranstaltung brachten wir den Arbeitgeberverband und den DGB, die Leiter verschiedener Unternehmen und das Arbeitsamt an einem Tisch. Für eine SPD-Veranstaltung war dies eine recht ungewöhnliche Mischung.  
Zur Zeit wird die nächste Station unserer Bereisung, d. h. ein Unternehmengespräch in Salzgitter, vorbereitet.

Zu unseren AGS-Veranstaltungen erhielten wir stets ein positives Presse-Echo, so daß die AGS-Arbeit eine wichtige und gute Werbung für die SPD war.

AGS - Wir bieten ein interessantes Programm zu Fragen der Wirtschaftspolitik.

AGS - Wir stehen für wirtschaftspolitische Vernunft:  
Es lohnt sich mit uns zu reden !

Michael Hamann

Bei der AGS-Bundeskonferenz vom 30.09. - 01.10.1995 in Bochum vertraten Wilma Strübing-Vorderwisch, Felix Rehwald und Michael Hamann den Bezirk Braunschweig. Die nächste AGS-Bundeskonferenz wird am 19. und 20.04.1997 in Köln stattfinden. Auch dabei wird der Bezirk Braunschweig wieder tatkräftig mitwirken.

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Im Sommer 1995 beschloß unsere Bezirkskonferenz Richtlinien für die AG 60 plus, die dann auch vom Bezirkvorstand unserer Partei genehmigt wurden. Seit dieser Zeit hat sich unsere Arbeit innerhalb der Partei manifestiert und ist zu einem festen Bestandteil unserer Parteiarbeit geworden. Und gerade weil unsere Altersgruppe beachtliche Aktivitäten zum Wohle der Partei entwickelt hat, stellen wir ganz selbstbewußt und erneut fest, daß der technologische Wandel nicht allein durch die schrumpfende nachwachsende Generation zu bewältigen ist. Deshalb sollten wir auch Abschied nehmen von den immer noch vorhandenen Vorstellungen der Altersdekadenz und Altersunbeweglichkeit einerseits und vom Inneins setzen von Jugend und Fortschritt andererseits.

Die vor uns liegenden Aufgaben - welcher Art sie auch immer sein mögen - können nur gemeinsam - von Jung und Alt - bewältigt werden. Die ältere Generation weiß natürlich, daß das Fortbestehen der Partei nur dann gewährleistet ist, wenn auch der Nachwuchs gepflegt und damit auch in die allgem. Parteiarbeit aktiv eingebunden wird. Ein bedachter Altersmix in allen Gremien unserer Partei ist deshalb anzustreben.

Sicherlich ist unsere Arbeit in der AG 60 plus vornehmlich geprägt durch die Entwicklung in der Demographie, also dem Zustand und der Veränderung der Bevölkerungszahl und der Bevölkerungszusammensetzung.

Nun ist es sicherlich nicht die Aufgabe dieses Berichtes, die Gründe für den demographischen Wandel aufzuzeigen. Gleichwohl müssen wir uns aber damit auseinandersetzen und Wege aufzeigen, wo sich ältere Menschen, die früher noch am Rande, nunmehr aber in das Zentrum unserer Gesellschaftspolitik hineinrücken, bewegen und ganz ihren individuellen Interessen nachgehen können. Wir in der AG 60 plus bieten älteren Menschen u. a. die Möglichkeit, sich unserer Arbeitsgemeinschaft anzuschließen, deren Ziel es ist, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten, das Engagement der Älteren zu fördern und Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen. Wir sind auch offen nach außen und verpflichten uns sogar zu Kooperationen mit Vorständen, Organisationen und Initiativen der Älteren bzw. der Altenarbeit.

Am 14. 6. 1995 fand in Braunschweig unsere 2. Bezirkskonferenz statt. Anlässlich der - wie weiter vor schon berichtet - die Richtlinien für die Arbeit der AG 60 plus auf Bezirksebene beschlossen wurden.

Das Hauptreferat mit dem Thema: „Sozialdemokratische Sozialpolitik“ wurde von dem Bundesvorstandsmitglied der AG 60 plus, Roland Petri, gehalten. Gleichzeitig wurde auch der Bezirkvorstand und 9 Delegierte für den Bundeskongress, der am 12./13. September 1995 in Bonn-Bad Godesberg stattfand, gewählt.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Stellvertreter/in:

Schriftführer:

Beisitzer/in:

Rudolf Liebermann, Salzgitter  
Bernhard Ließ, Braunschweig  
Elisabeth Wagner, Wolfsburg  
Willi Großkopf, Osterode

Gustav Böhm, Gifhorn  
Heinz Bohnstedt, Schöningen  
Kurt Hauschild, Peine  
Werner Otten, Goslar  
Irmtraud Klemmt, Wolfenbüttel  
Günter Stein, Wolfsburg (verz. Jan. 1996)

Im August 1995 verstarb für uns unerwartet und zu früh der stellv. Bezirksvorsitzende unserer AG 60 plus, der Genosse Helmuth Bosse. Mit ihm haben wir einen erfahrenen und umsichtigen Mistreiter verloren, der uns immer mit Rat und Tat zur Seite stand. Wir werden Helmuth Bosse ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 16. 8. 1995 haben wir in Braunschweig eine Regionaltagung mit dem Thema: „Strategien für eine politisch wirksame SPD-Seniorenarbeit“ durchgeführt. Teilnehmerzahl 45 Genossinnen und Genossen,

Eine weitere interessante Arbeitstagung mit dem Thema: „Macht der Medien in der Öffentlichkeit“ fand am 12. 3. 1996 in Braunschweig statt. Referent war das Bundesvorstandsmitglied von AG 60 plus, Alexander von Cube. Teilnehmerzahl 90 Genossinnen und Genossen.

Nach dem Motto „Wir sind der Trend“ wurde in der Zeit vom 13. bis 14. September 1995 der erste ordentliche Bundeskongress in Bonn durchgeführt, an dem unsere 9 gewählten Delegierten aus dem Bezirk aktiv teilnahmen.

Der erste Mittwoch im April eines jeden Jahres ist der Tag der älteren Generation, der in allen Unterbezirken bundesweit als Aktionstag von uns genutzt wird. Im April 1996 befaßten sich die einzelnen Aktionen

vornehmlich mit den Themen: „Sind unsere Renten sicher?“ und „Innere Sicherheit“. Unsere Aktionen finden immer großes Interesse bei den Medien, die diese Veranstaltungen mit Wort und Bild begleiten.

In Abständen von ca. 2 Monaten tagt der Bezirksvorstand der AG 60 plus. Politische Gegenwartsfragen stehen dabei im Vordergrund der Diskussion und Erfahrungen aus den einzelnen Unterbezirken werden getauscht.

Es versteht sich von selbst, daß viele unserer Aktivitäten in 1996 der Vorbereitung und Unterstützung der am 15. 9. 1996 stattgefunden Kommunalwahlen gingen. Rückschauend können wir feststellen, daß der von uns geforderte gesunde Altersmix, auch bei der Besetzung kommunaler Gremien, sich für uns positiv ausgewirkt hat.

Zum Ende des Jahres 1996 hatten wir noch Gelegenheit, auf Einladung unserer Europaabgeordneten Rosemarie Wemheuer, in der Zeit vom 11. - 13. 12. 1996 das Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen. An der Fahrt nahmen 36 Genossinnen und Genossen aus allen Bereichen des Bezirks teil.

Abschließend dieses Berichtes bedanken wir uns bei allen, die unsere Arbeit in der Vergangenheit unterstützt und gefördert haben. Die anfänglichen Probleme sind überwunden und so können wir unsere Arbeit zum Wohle der Partei auch in Zukunft fortsetzen.

Rudolf Liebermann  
Bezirksvorsitzender AG 60 plus



Kurt Hauschmidt, Alexander von Cube, Rudolf Liebermann anlässlich der Veranstaltung am 13. März 1996, im Volksfreundsaal



TeilnehmerInnen der Fahrt nach Straßburg, die auf Einladung der Europaabgeordneten Rosemarie Wemheuer stattgefunden hat.

## **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im Bezirk Braunschweig (ASJ)**

Bilanz der ASJ-Arbeit - Berichtszeitraum : 1995 - 1997 (Januar)

Trotz erhöhter beruflicher Inanspruchnahme der Vorstandsmitglieder gelang es im Berichtszeitraum, aktuelle Themen der Rechts- und Innenpolitik kritisch zu begleiten, wenn auch in eingeschränktem Maße, da die beruflichen Aufgaben auch den Freizeitbereich zunehmend eingenieren, so daß die Zeit für rechtspolitische Aktivitäten knapp ist. In Angriff genommen worden ist mit Beginn des Jahres 1997 ein regelmäßiger Mitgliederstammtisch, der die Idee des bereits vor Jahren „eingeschlafenen“ „Jour Fixe“ wiederbeleben soll. Er findet zunächst in zweimonatlichem Abstand beginnend ab dem 13.02. 1997 in Braunschweig statt. Dieser Stammtisch versteht sich neben den Mitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen als zusätzliche Gelegenheit für Mitglieder und Gäste, in lockerer Atmosphäre rechtspolitische Themen zu erörtern und als Möglichkeit, die in letzter Zeit ausgebliebenen Impulse aus den verschiedenen Tätigkeitsfeldern unserer Mitglieder an den Vorstand heranzutragen mit dem Ziel, diese zum Gegenstand künftiger Arbeit der ASJ zu machen.

Inhaltlich befaßte sich die ASJ 1995 mit einer vielfach beachteten Veranstaltung zu den Möglichkeiten einer umfassenden Justizreform; gemeinsam mit Thomas Oppermann, Rainer Litten, Ulrich Vultejus und anderen Referenten wurden insbesondere die Dreistufigkeit im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit befürwortet und die planlosen Einsparungen im Justizbereich kritisiert, die jegliche Reformpläne und vernünftige Justizarbeit torpedieren. Eine Folgeveranstaltung Ende 1995 befaßte sich mit den Änderungsvorschlägen im strafprozeßualen Bereich. 1996 fand eine Veranstaltung zur Entwicklung der Jugendkriminalität in alten und neuen Bundesländern statt, zu der unser ehemaliges Vorstandsmitglied Klaus Breymann als Referent gewonnen werden konnte.

Vorbereitet werden derzeit u.a. eine Veranstaltung zum Thema Mediation im Familien- und Kindschaftsrecht.

Die Mitglieder der ASJ beteiligen sich selbstverständlich an der Arbeit in den Ortsvereinen und den anderen Parteidivisionen. Sie engagieren sich aktiv und z.T. erfolgreich im Kommunalwahlkampf 1996. Sie stehen als fachkundige Referenten in nahezu allen Bereichen der Rechts- und Innenpolitik zur Verfügung.  
So ist zu wünschen, daß die ASJ künftig mehr und rechtzeitig zu rechtspolitischen Maßnahmen und Plänen der Partei, sei es auf Bezirks- oder Landesebene bzw. im kommunalen Bereich, beteiligt wird.

Die ASJ versteht sich im Interesse einer fortschrittlichen sozialdemokratischen Rechtspolitik als Wahrerin von Menschen- und Bürgerrechten und wird ihre Stimme erheben, um diese Rechte durchzusetzen, selbst wenn sie dabei z.T. innerparteilich „gegen den Strom“ schwimmen wird.

Für den Vorstand

Bernd Kaufmann

## Bericht über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik Berichtszeitraum 1995 - 1997

Der Berichtszeitraum 1995 - 1997 ist für die AfB wiederum durch positive wie auch negative Entwicklungen gekennzeichnet. Das Zusammenfallen von wachsenden Schülerzahlen mit der Krise der öffentlichen Haushalte führte zu weiteren Sparmaßnahmen und Einschnitten im Bereich des Landes aber auch der kommunalen Schulträger. So hat sich die rein rechnerische Unterrichtsvorsorgung an den Schulen deutlich verschlechtert, frei werdende Stellen werden nur zum Teil wiederbesetzt, die Klassenfrequenzrichtwerte werden angehoben, die zunächst zeitlich befristete Arbeitsverlängerung für Lehrer dürfte über das Jahr 1998 hinaus fortgeführt werden. Die Finanznot der Kommunen begrenzt die Möglichkeiten zur Einführung von Halbtagesgrundschulen, von Ganztagsesschulen und den Ausbau von Integrationsmodellen für behinderte Kinder und Jugendliche. Der Mangel an Ausbildungssätzen verstärkt den Druck auf das berufsbildende Schulsystem, von uns für richtig gehaltene Entwicklungen gerade in diesem Bereich drohen zurückgenommen zu werden.

Die Hochschulen, ihre Finanzierung und ihre Personalsituation stehen vor schwierigen Entscheidungen. Die Landesregierung, das Kultusministerium haben gleichwohl versucht, auf wesentlichen Feldern der Bildungspolitik weiterhin Akzente zu setzen, die die AfB unterstützen, aber auch kritisch begleiten kann. Hierher gehören beispielsweise die schwierige Diskussion um eine erweiterte Gestaltungsautonomie der Schulen, Versuche zu einem neuen Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer, die Frage eines veränderten Schulanfangs, die neue Oberstufenverordnung sowie die Frage einer Neugestaltung der Lehrerbildung, der positiven Formulierung eines Lehrerbildes in schwierigen Zeiten. Insbesondere die Schulverwaltungsreform stand und steht dabei im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. So hat die AfB sie in ihren grundsätzlichen Zielen und Absichten immer begrüßt, dort, wo sich diese aber mit eingeforderten Einpareffekten und vorgegebenen Verschlankungen verknüpfen, wo sachfremde Argumente und Vorgaben die Oberhand zu gewinnen drohen, hat sich die AfB versucht mit ihren Argumenten einzubringen. Schulen sind in ihrer Struktur und ihren Aufgaben nicht mit anderen Bereichen der öffentlichen und privaten Verwaltung zu vergleichen, entsprechend sind Konzepte der allgemeinen Verwaltungsreform nicht zu übertragen.

Wie in den vorausgehenden Jahren auch, hat die AfB versucht, durch öffentliche Veranstaltungen, Diskussionsbeiträge, Beschlüsse und Kontakte zu Mandatsträgern der Partei, Ihren Beitrag zur Gestaltung der Politik unserer Partei zu leisten, Foren zu öffentlichen Diskussionen über diese Politik zu schaffen, aber auch aus unserer Sicht negative Entwicklungen deutlich zu machen. Gerade in der Dialogfähigkeit, in der Dauer und Offenheit, in der wir Dialogphasen innerparteilich und mit den Bürgern führen, sehen wir derzeit ein Mangel unserer Politik. In diese Kritik schließt sich die AfB selbst mit ein. Die Denkschrift der Kommission 'Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft' aus NRW und vor allem die Versuche, diesen Bericht zum Motor einer bildungspolitischen Grundsatzdebatte und Grundverständigung zu machen, scheint uns ein gelungener Ansatz zu sein, den wir uns auch für Niedersachsen wünschen.

Vorstandssitzungen fanden regelmäßig in vier- bis sechswöchigem Abstand statt. Dabei wurden die aktuellen bildungspolitischen Themenfelder bearbeitet. Z. T. wurden Fachreferentinnen eingeladen. Es konnte von uns erreicht werden, daß im Bezirksausschuß und im Bezirksvorstand hin und wieder über Bildungsfragen diskutiert wurde.

Die seit 1994 bestehenden Kontakttreffen mit der Schulpolitischen Kommission Hannover und dem Bezirk Nord-Niedersachsen der AfB, bei denen es in erster Linie um Informationsaustausch und Absprachen über Arbeitsschwerpunkte geht, konnten fortgeführt werden. An den Sitzungen der Schulpolitischen Kommission Hannover nimmt jeweils ein Mitglied des Bezirksvorstandes teil. In der Vorbereitung des kleinen Bildungspar- teitages im Juni 1997 sollte sich diese Zusammenarbeit auszahlen.

Die Kontakte zu den Unterbezirken und ihren AfBen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Die Arbeit der AfBen auf Unterbezirksebene ist insgesamt eher noch weiter zurückgegangen. Lediglich in drei Unterbezirken bestehen arbeitsfähige Strukturen. Dies zumindest soweit es uns bekannt ist.

Mehrere Mitglieder des Bezirksvorstandes arbeiten im Landesfachaus- schuß Schule und Berufsausbildung sowie im Asse-Kreis mit. Hier stand die Schulverwaltungsreform deutlich im Mittelpunkt der Arbeit.

Auf zwei öffentliche Bezirkskonferenzen mit Fachreferenten aus Wissenschaft, Ministerien und Partei hat die AfB bildungspolitische Themen erörtert und vorgestellt, ihre Positionen entwickelt. Diese Veranstaltungen waren gut besucht und fanden durch zusätzliche gezielte Einladungen an das je angesprochene Fachpublikum Teilnehmer über den engeren Parteikreis hinaus.

Seit 1994 ist die AfB unseres Bezirks in der Ad-hoc-Gruppe 'Schulautonomie' des Bundesvorstandes vertreten. Zusammen mit Ge- nossen aus Bremen und NRW, die in dieser Frage in der Diskussion und Umsetzung weiter sind, wurden Vorschläge erarbeitet, wie Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden können. Unter dem Stichwort 'Globalhaushalte' für Schulen ist diese Diskussion auch in den Kommunen und bei den Schulträgern in Niedersachsen relativ weit.

Noch am Beginn der Diskussion um dieses Thema in Niedersachsen und während der Beratungsphase der Arbeitsgruppe zur Schulverwaltungsreform im Niedersächsischen Kultusministerium hat die AfB in Braunschweig am 22. 4. 1995 eine ganzjährige Tagung durchgeführt. Kultusminister Prof. Rolf Weinstedt, Prof. Dr. Hans-Günter Roff, der Leiter des Instituts für Schulentwicklungsplanung Dortmund, und MdL Peter-Jürgen Schneider, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, referierten und diskutierten mit über 100 Teilnehmern über Bildungspolitik und veränderten Rahmenbedingungen bzw. 'Gestaltungsautonomie von Schule-Plädoyer für eine zweite Bildungsreform'. In den Arbeitsgruppen mit Fachreferenten wurde über 'Qualitätssicherung und Organisationsentwicklung, 'Neue Arbeitszeitmodelle' sowie über 'Wirtschaftliche Eigenverantwortung von Schule' gearbeitet. Dieses Thema dürfte zunehmend auch für kommunale Mandatsträger unserer Partei wichtig werden und in der politischen Diskussion zunehmend eine Rolle spielen.

Am 13. 11. 1995 fand unsere Konferenz zum Thema 'Zukunft der gymnasialen Oberstufe - Reform, nicht Rückschritt' statt. Referenten waren Rolf Bade, Ministerialrat im Kultusministerium, Referat 303, Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs, und Almut Lüpkins, Berufsschullehrerin, stellv. GEW Landesvorsitzende. Die Organisationsform und die Ziele der gymnasialen Oberstufe standen wieder einmal im Zentrum einer nicht nur bildungspolitischen Kontroverse. Noch in diesem Jahr wollte die KMK über zum Teil weitreichende Veränderungen in der Oberstufe beschließen. Es galt aus unserer Sicht zu klären, welche Anforderungen wir an die Sekundarstufe II künftig stellen wollen und welche Konsequenzen für Ziele, Inhalte und Organisationsstrukturen der Oberstufe gezogen werden müssen.

Mit Rolf Bade hatten wir einen Referenten, der die niedersächsische Position förmlich entwickelt hat und in der Kultusministerkonferenz vertreten. Die für uns wichtige Forderung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wurde von Almut Lüpkins vertreten.

Die Veranstaltung wurde von 60 Personen besucht, die Diskussion war ausgesprochen am Thema orientiert. Es zeigte sich, daß wir mit unseren Veranstaltungen ganz unterschiedliche Kreise ansprechen können und damit insgesamt eine große Zahl an Genossinnen und Genossen aus unserem Bereich erreichen.

Am 19./20. April 1996 fand die Bundeskonferenz der AfB in Bonn statt. Die Konferenz stand unter dem Rahmenthema einer Weiterentwicklung der Bildungsreform unter den veränderten Bedingungen der kommenden Jahre.

Auf Bundesebene war der Bezirk weiter in zwei Fachkommissionen vertreten. Die Arbeit der Gruppe 'Berufliche Bildung' ist mit der abschließenden Vorlage eines Papiers zur Reform der Beruflichen Bildung zu einem Ende gekommen. In der Gruppe 'Autonomie' spielen nunmehr Fragen der inneren Schulverfassung, der Struktur und Aufgabenbeschreibung der Schulaufsicht, der Aufgabe und Stellung der Schulleitung in einer teilautonomen Schule eine Rolle. Die auch in Niedersachsen kontrovers geführte Diskussion um eine Stärkung der Rolle der Schulleitung in sozialem Konzept von Schule spielt eine zentrale Rolle.

Auf zahlreichen Vorstandssitzungen und den letzten beiden Bezirkskonferenzen haben die Problematik der Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer sowie die Sparbeschlüsse im Bildungsbereich eine Rolle gespielt. Der Bezirksvorstand der AfB hat wiederum hierzu mehrfach gegenüber den Abgeordneten des Bezirks, der Landtagsfraktion und dem Bezirksvorstand Stellung genommen und zur Überprüfung bzw. Rücknahme einzelner Beschlüsse aufgefordert. Tenor der Stellungnahme war bei Verständnis für die finanzielle Situation des Landes Kritik an der Gewichtung und der Durchsetzung dieser Maßnahmen. Besonders die mangelnde öffentliche und innerparteiliche Diskussion wurde bemängelt. In der Außenbetrachtung scheint für viele Eltern, Schüler und im Bildungswesen Beschäftigten unsere Politik wenig verlässlich und von einem Konzept getragen zu sein. Hier haben wir alle 'Nachholbedarf'.

Mit Rolf Bade hatten wir einen Referenten, der die niedersächsische Position förmlich entwickelt hat und in der Kultusministerkonferenz vertreten. Die für uns wichtige Forderung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wurde von Almut Lüpkins vertreten.

Die Veranstaltung wurde von 60 Personen besucht, die Diskussion war ausgesprochen am Thema orientiert. Es zeigte sich, daß wir mit unseren Veranstaltungen ganz unterschiedliche Kreise ansprechen können und damit insgesamt eine große Zahl an Genossinnen und Genossen aus unserem Bereich erreichen.

Am 19./20. April 1996 fand die Bundeskonferenz der AfB in Bonn statt. Die Konferenz stand unter dem Rahmenthema einer Weiterentwicklung der Bildungsreform unter den veränderten Bedingungen der kommenden Jahre.

Auf Bundesebene war der Bezirk weiter in zwei Fachkommissionen vertreten. Die Arbeit der Gruppe 'Berufliche Bildung' ist mit der abschließenden Vorlage eines Papiers zur Reform der Beruflichen Bildung zu einem Ende gekommen. In der Gruppe 'Autonomie' spielen nunmehr Fragen der inneren Schulverfassung, der Struktur und Aufgabenbeschreibung der Schulaufsicht, der Aufgabe und Stellung der Schulleitung in einer teilautonomen Schule eine Rolle. Die auch in Niedersachsen kontrovers geführte Diskussion um eine Stärkung der Rolle der Schulleitung in sozialem Konzept von Schule spielt eine zentrale Rolle.

Auf zahlreichen Vorstandssitzungen und den letzten beiden Bezirkskonferenzen haben die Problematik der Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer sowie die Sparbeschlüsse im Bildungsbereich eine Rolle gespielt. Der Bezirksvorstand der AfB hat wiederum hierzu mehrfach gegenüber den Abgeordneten des Bezirks, der Landtagsfraktion und dem Bezirksvorstand Stellung genommen und zur Überprüfung bzw. Rücknahme einzelner Beschlüsse aufgefordert. Tenor der Stellungnahme war bei Verständnis für die finanzielle Situation des Landes Kritik an der Gewichtung und der Durchsetzung dieser Maßnahmen. Besonders die mangelnde öffentliche und innerparteiliche Diskussion wurde bemängelt. In der Außenbetrachtung scheint für viele Eltern, Schüler und im Bildungswesen Beschäftigten unsere Politik wenig verlässlich und von einem Konzept getragen zu sein. Hier haben wir alle 'Nachholbedarf'.

Wir alle wissen, daß Bildungsinvestitionen Zukunftsinvestitionen sind, die öffentliche und veröffentichte Diskussion wendet sich wieder stärker bildungspolitischen Fragen zu, die Sparmaßnahmen der Landesregierung betreffen nunmehr direkt die Interessen der Eltern und Schüler. Bildungspolitik sollen und werden im kommenden Landtagswahlkampf eine große Rolle spielen. Wollen wir auf diesem Feld bestehen und in der Öffentlichkeit nicht nur als 'Bildungsabbauer', sondern auch als Vertreter einer klar akzentuierten sozialdemokratischen Bildungspolitik kenntlich werden - und wir haben auch in den letzten Jahren durchaus in einigen Bereichen die Reformarbeit weitergeführt - müssen wir in unserer Arbeit hier einen deutlichen Schwerpunkt setzen. Die AfB will dazu gerne ihren Beitrag leisten.

Am 7. Juni findet nach vielen Jahren wieder ein Landesparteitag zur Bildungspolitik statt. Auch wenn dieser im unmittelbaren Umfeld der Diskussion um das Wahlprogramm für 1998 stattfindet, müssen wir ihn als Chance sehen, Ziele und Perspektiven unserer Politik zu formulieren, gerade weil die finanziellen Rahmenbedingungen nicht günstig sind. Diese sind freilich nicht als vorgegebene hinzunehmen.

(Informations- und Positionspapier der AfB Niedersachsens und des Bundes zu den Themen Schulstruktur, Berufliche Bildung, Schulzeitverkürzung, Autonomie von Schule etc. sind beim Bezirksvorstand erhältlich)

Edgar Merkel  
Bezirksvorsitzender der AfB

## Bericht des Sportbeirates

Der Sportbeirat hat wiederholt getagt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung der Sportveranstaltung mit Vertretern der Kreissportbunde des Bezirks Braunschweig zum Thema „Sport und Gewalt“
- die Finanzierung des Sports durch das Land
- Freizeit- und Vereinssport

### I. Vorbereitung der Sportveranstaltung „Sport und Gewalt“

Das ursprüngliche Konzept wurde vom neuen Sportbeirat verworfen, nachdem dieser sich intensiv mit dem Film „Gewalterfahrungen in den Lebenswelten junger Menschen“ auseinandergesetzt hat. Der Film war vom Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Frauenministerium, der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Landessportbund Niedersachsen in Auftrag gegeben worden. Inhaltlich ging es:

- um den Gewaltbegriff (nicht nur um körperliche, sondern ebenso um strukturelle und psychische Gewalt)
- um Gewalterfahrungen in den Lebenswelten junger Menschen mit entsprechenden konstruktiven Lösungsbeispielen.

Der Film zeigt, daß es oft keiner großen politischen und finanziellen Kraftakte bedarf, um die Lebenswelten junger Menschen gewaltfreier zu gestalten. Da er aber als Einführung in die Problematik zu lang war, wurde er für die Veranstaltung, die aus terminlichen Gründen jetzt wahrscheinlich erst im April stattfindet, nicht eingeplant. Er eignet sich hervorragend für Diskussionen in kleineren Gruppen. Geplanter Verlauf:

Eröffnung: Gerhard Glogowski  
Einführungsreferat: Dr. Pilz  
Ergänzung durch den Vertreter des  
Landessportbundes  
Diskussion

## **II. Finanzierung des Sports**

Marion Lau berichtet regelmäßig über die Förderung des Sports durch das Land Niedersachsen. Der Sportbeirat bekam Kenntnis über den Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotterie- und Wettbewesen.

## **III. Freizeit und Vereinssport**

Detlef Gleichfeld informierte den Sportbeirat über die Möglichkeit Freizeit- und Vereinssport unter einem Hut zu bringen. Als Leiter des Amtes für Sport und Freizeit in Salzgitter-Lebenstedt, führte er die Sportpolitiker durch die dortige Freizeitsportanlage und schilderte die Entstehung dieser Anlage, die genau zwischen zwei Wohngebieten liegt. Er verdeutlichte dabei die Vision die dahinter gestanden hat. Angefangen hätte es mit dem 1. Bauabschnitt, der Eissportanlage. Daß diese sehr gut von der Bevölkerung angenommen wird, egal ob groß oder klein, davon konnten sich alle persönlich überzeugen. Aber auch der Eishockey- und Schlittschuhverein sind dort zu Hause. Später sind die anderen Sportanlagen hinzugekommen. Die Bevölkerung hat die Möglichkeit zwischen Tennis, Tischtennis, Handball, Basketball, Wassersportmöglichkeiten und Lauftreff zu wählen. Die Kommunikationsmöglichkeiten kommen bei der Anlage auch nicht zu kurz.

Alle Anwesenden waren sich einig, daß diese Freizeitanlage, die gemeinsam von Vereinen, Schule und Nicht-Vereinsmitgliedern genutzt wird, eine hervorragende Idee war. Die Kommunalpolitiker vor Ort haben hier eine sinnvolle Investition für die Freizeitgestaltung ihrer Bevölkerung geleistet. Diese Anlage ist Zentrum für jede Altersklasse. Durch diese vielen Möglichkeiten sind die Vereine kreativ geworden. Schwierig wird es aber, für diese langfristig planen zu können, da Jugendliche nicht mehr so konstant eine Sportart, sondern mehrere gleichzeitig betreiben und öfter wechseln. Dieses wurde am Beispiel mit dem Nachlassen des Interesses für den Tennissport deutlich gemacht. Trotzdem ist den Vereinen für die Zukunft nicht bangt.

Die Freizeitanlage läßt viele Möglichkeiten zu. Die Mitglieder des Sportbeirates waren sich einig: „Diese Freizeitanlage sollten sich Kommunalpolitiker unbedingt ansehen. Sportpolitik in den Kommunen darf sich nicht nur auf das Geldverteilten beschränken. Hier in Salzgitter-Lebenstedt würden die Kommunalpolitiker gute Anregungen bekommen.“

Marion Lau

## **Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses**

Im Berichtszeitraum hat sich der sicherheitspolitische Ausschuß u.a. mit den nachstehenden Problemen der inneren und äußeren Sicherheit befaßt.

### **III. Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Bosnien-Friedenstruppe:**

Ausgehend vom Gesetzentwurf für eine Grundgesetzänderung vom 23. Juni 1992, dem Beschuß des Bonner Parteitages vom 16./17. November 1992 (Sofortprogramm), dem Beschuß des Wiesbadener Parteitages vom 16.-19. November 1993 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 hat sich der Ausschuß intensiv mit der Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Bosnien-Friedenstruppe befaßt und nach einer ausführlichen Diskussion mit Mehrheit beschlossen, den Einsatz zu unterstützen und den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion (Drucksache 13/3135) mitzutragen.

Der Ausschuß stellt u.a. fest,

- daß die Aufgabe der Soldaten nicht Krieg und Kampf ist, sondern der Schutz und die Durchsetzung von Frieden, um auch jenen Werten und Grundvorstellungen des Zusammenlebens zum Durchbruch zu verhelfen, die unser Land auszeichnen und die Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Religionen sind;
- daß Europa in diesem Konflikt weitgehend versagt hat und wir zu lange zugeschaut haben, wie Grenzen mit brutaler Gewalt willkürlich verändert und Menschen zu Hunderttausenden aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, wie große Teile des ehemaligen Jugoslawien mit Krieg, Terror, Tod und damit zusammenhängenden Leiden für die Zivilbevölkerung überzogen wurden;
- daß man in einem solchen Konflikt nicht bei humanitärer Hilfe stehenbleiben kann. Der Krieg hat gezeigt, daß gute Worte, gute Gesten und humanitäre Hilfen alleine Völkermord nicht stoppen können. Der Bosniakrieg ist ein Beispiel dafür, daß Aggression und Völkermord nur durch entschlossenes Auftreten der zivilisierten Welt beendet werden kann;
- daß die SPD eine Partei mit einer langen friedenspolitischen Tradition ist. Deshalb haben in unseren außenpolitischen Zielvorgaben

- Maßnahmen der präventiven Vermeidung von Konflikten und Maßnahmen der friedlichen Beilegung von Konflikten absolute Priorität;
- daß der Entscheidung zugestimmt werden kann, weil alle beteiligten Staaten, weil die Vereinten Nationen, weil die NATO und Russland gemeinsam wollen, daß in einer koordinierten gemeinsamen Anstrengung dieser Staaten ein Beitrag zur Beendigung des Konfliktes, zur Sicherung und Durchsetzung des Friedensabkommens von Dayton geleistet wird;
- daß die SPD weiter am Parlamentsvorbehalt festhält und Maßnahmen grundsätzlich nur beschlossen werden können, wenn ein klares Mandat der Vereinten Nationen und die dazugehörigen sogenannten "Rules of engagement" vorliegen und
- daß der vorgesehene Einsatz der Bundeswehr nur ein Teil deutschen Engagements sein kann, dem ein Bündel wichtiger, längerfristig angelegter Maßnahmen ziviler Art folgen muß.

#### - Besuch der Bereitschaftspolizei

Bei einem Besuch "vor Ort" bei der II. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Braunschweig wurde insbesondere der Stand der Reform der Bereitschaftspolizei diskutiert. Dabei ging es insbesondere um die ständige Präsenz bei Einsätzen in Gorleben, die Staatsvertragsänderung, Ausbildungsprobleme, Verlegung der technischen Einheit nach Hannover, die generelle Finanzsituation, die Beseitigung von Arbeitsfeldern durch Angestellte, die Zusammenfassung der Stäbe und Probleme des Laufbahurrechts.

- Konzept zur Inneren Sicherheit 2000:

Mit dem stellvertretenden innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Günter Graf, MdB, wurde im Juni 1996 das "Konzept zur Inneren Sicherheit 2000" diskutiert. Dabei wurde gemeinsam festgestellt, daß die Kriminalitätsbekämpfung weiterhin eine politische Aufgabe ist, bei der es vor allem darauf ankommt, Ursachen und Strukturen kriminellen Verhaltens zu beseitigen.

Fest steht, daß entgegen ihren Verlautbarungen die Regierungsparteien nichts Ernsthaftes getan haben, um das Gewaltmonopol des Staates zu sichern. Es ist zu befürchten, daß bei Fortsetzung der Koalitionspolitik ein Zweiklassen-Sicherheitssystem entsteht.

Maßnahmen der präventiven Vermeidung von Konflikten und Maßnahmen der friedlichen Beilegung von Konflikten absolute Priorität:

- daß der Entscheidung zugestimmt werden kann, weil alle beteiligten Staaten, weil die Vereinten Nationen, weil die NATO und Russland gemeinsam wollen, daß in einer koordinierten gemeinsamen Anstrengung dieser Staaten ein Beitrag zur Beendigung des Konfliktes, zur Sicherung und Durchsetzung des Friedensabkommens von Dayton geleistet wird;
- daß die SPD weiter am Parlamentsvorbehalt festhält und Maßnahmen grundsätzlich nur beschlossen werden können, wenn ein klares Mandat der Vereinten Nationen und die dazugehörigen sogenannten "Rules of engagement" vorliegen und
- daß der vorgesehene Einsatz der Bundeswehr nur ein Teil deutschen Engagements sein kann, dem ein Bündel wichtiger, längerfristig angelegter Maßnahmen ziviler Art folgen muß.

#### Schwerpunkte politischen Handelns sind für die SPD

- die Bekämpfung der Massenkriminalität, denn das Anwachsen beeinträchtigt erheblich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger;
- die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK), denn die materiellen und ideellen Schäden der OK bedrohen die Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung, denn durch Zunahme der Korruption, des Anwachsens der wirtschaftlichen und politischen Macht der Organisierten Kriminalität und des weiteren Anstiegs sonstiger Kriminalität kann eine erhebliche Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat entstehen.
- die Bekämpfung der Drogenkriminalität durch "Hilfe statt Strafe" und Verbesserung der sozialen Ursachen und
- die Bekämpfung der Ursachen des politischen Extremismus u.a. durch Verbesserung des Vollzugs bestehender Gesetze.

Mit der Neubestimmung der polizeilichen Arbeit, der Verbesserung und Entlastung der Strafrechtspflege und der Gestaltung einer gemeinsamen Politik der Inneren Sicherheit in Europa wird die SPD ihren Beitrag zur Inneren Sicherheit leisten. Das Konzept "Innere Sicherheit 2000" enthält eine Reihe von Ansatzpunkten für eine zukunftsorientierte Kriminalitätsbekämpfung.

Tatsache ist, daß die Bundesregierung im Bereich ihrer Verantwortung und Zuständigkeit nahezu untätig geblieben ist, bzw. in entscheidenden Fragen der Inneren Sicherheit gravierende Fehlentscheidungen getroffen hat und somit hauptverantwortlich ist für viele Mißstände, z. B. hat sie in der Drogenpolitik versagt und damit den gewaltigen Bereich der Organisierten Kriminalität und die Ausbreitung der Organisierten Kriminalität maßgeblich zu verantworten; hat sie die Entwicklung der Organisierten Kriminalität weitgehend ignoriert und mit Rücksicht auf eine bestimmte Clientel (Banken, Rechtsanwälte, Steuerberater) bewußt nur unzureichende Maßnahmen, wie beispielsweise im Kampf gegen die Geldwäsche, eingerichtet; hat sie im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus versagt und durch Nichtanpassung der Besoldungsstruktur der Bundespolizei an die Länderpolicen die Nichtigbesetzung vieler Planstellen beim BGS - und somit einen Teil des Verlustes der Inneren Sicherheit gerade an den Außengrenzen - zu verantworten.

Tatsache ist, daß die Bundesregierung im Bereich ihrer Verantwortung und Zuständigkeit nahezu untätig geblieben ist, bzw. in entscheidenden Fragen der Inneren Sicherheit gravierende Fehlentscheidungen getroffen hat und somit hauptverantwortlich ist für viele Mißstände, z. B. hat sie in der Drogenpolitik versagt und damit den gewaltigen Bereich der Organisierten Kriminalität und die Ausbreitung der Organisierten Kriminalität maßgeblich zu verantworten; hat sie die Entwicklung der Organisierten Kriminalität weitgehend ignoriert und mit Rücksicht auf eine bestimmte Clientel (Banken, Rechtsanwälte, Steuerberater) bewußt nur unzureichende Maßnahmen, wie beispielsweise im Kampf gegen die Geldwäsche, eingerichtet; hat sie im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus versagt und durch Nichtanpassung der Besoldungsstruktur der Bundespolizei an die Länderpolicen die Nichtigbesetzung vieler Planstellen beim BGS - und somit einen Teil des Verlustes der Inneren Sicherheit gerade an den Außengrenzen - zu verantworten.

## - "Lage und Zukunft der Bundeswehr"

Der Verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Walter Kolbow**, MdB, informierte im Oktober 1996 über die "Lage und Zukunft der Bundeswehr". An dieser Veranstaltung nahmen auch Vertreter der Bundeswehr und der Reservistenverbände teil. Dabei ging es im wesentlichen um die Beratung des Verteidigungshaushals 1997, das Versäumnis der Regierung, den Auftrag und die Struktur der Bundeswehr einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu unterziehen, das geltende Dienst-, Status- und Laufbahngesetz der Soldaten, die Forderung der SPD nach einer Wehrstrukturreform, den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht, Frauen in der Bundeswehr und die schwierige Aufgabe der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien und die Osterweiterung der NATO.

## Mitglieder des Ausschusses haben teilgenommen an:

Konferenz der Bundestagsfraktion mit Angehörigen der Bundeswehr:

- 04.12.1995 - "Der neue Auftrag der Bundeswehr - Handlungsbedarf für eine umfassende Reform";
- 11.11.1996 - "Sozialdemokratische Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert";

Informationsfahrten zu Einrichtungen der NATO 1995 und 1996.

Bodo Seidenthal, MdB

## Bericht des kommunalpolitischen Ausschusses im SPD-Bezirk Braunschweig

Der kommunalpolitische Ausschuss des SPD-Bezirks Braunschweig traf sich zu sechs Sitzungen in den Jahren 1995 und 1996. Etwa 5 - 10 Gemeinsinnen und Genossen nahmen regelmäßig an den Treffen teil, die Mehrzahl der von den Unterbezirken benannten Vertreter/innen im kommunalpolitischen Ausschuss erschienen zu keinem Treffen. Gleiches gilt für die Mehrzahl der sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten bzw. Dezernenten.

Zentrales Thema im Jahr 1995 war die Reform der Niedersächsischen Kommunalverfassung (Nds. Gemeinde- und Landkreisordnung) auf der Grundlage des Beschlusses des a.o. SPD-Landesparteitages zu diesem zentralen Reformvorhaben der laufenden Legislaturperiode im Nds. Landtag. Dabei waren die Beschlüsse des SPD-Bezirksparteitages in Gifhorn (1995) sowohl wesentliche Grundlagen für den Leitantrag zum a.o. Landesparteitag als auch für die konkrete Gestaltung des Gesetzgebungsverfahrens.

Neben einer Reihe von Vorschlägen zur konkreten Ausgestaltung der Direktwahl des/der hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeisterin bzw. des/der Landrates/Landrätn gingen vor allem die Vorschläge für die Zuständigkeit des Rates bzw. Kreistages für den sog. „Übertragenen Wirkungskreis“ (Gefahrenabwehr) und für die konkreten Bedingungen des Bürgerantrages bzw. Bürgerentscheides in die Gesetzgebung des Landtages ein.

Weitere Themen in der Arbeit des kommunalpolitischen Ausschusses waren die Situation der kommunalen Finanzen und der Gemeindefinanzreform der kommunalpolitischen Leitlinien zur Kommunalwahl 1996 und die Diskussion über die Entwicklung der Sozialhilfekosten in den Städten und Landkreisen.

Vor dem Hintergrund der Aufgaben und der Arbeit der SPD-Fraktion im Großraumverband Braunschweig und der gewachsenen Belastung der ehrenamtlichen Funktions- und Mandatsträger der SPD in den Kommunalparlamenten stellt sich für die Zukunft die Frage nach den Arbeitsfeldern für einen eigenständigen kommunalpolitischen Ausschuß im SPD-Bezirk Braunschweig. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß eine kontinuierliche Zusammenarbeit in einem derartigen Gremium praktisch nicht möglich ist.

Der kommunalpolitische Ausschuß schlägt dem kommenden SPD-Bezirk vorstand deshalb vor, den ständigen Ausschuß zu gunsten

- einer jährlichen Tagung zu einem zentralen Thema der kommunalen Selbstverwaltung im SPD-Bezirk Braunschweig
- und einer jährlichen Zusammenkunft der SPD-Fraktion im Großraum Braunschweig mit den Fraktionsvorsitzenden, (Ober-) Bürgermeistern/innen und Landräten/Landrätinnen, Hauptverwaltungsbeamten/innen und Dezernenten/Dezernentinnen umzuwandeln.

Sigmar Gabriel  
Mitglied im SPD-Bezirksvorstand  
Vorsitzender des kommunalpolitischen Ausschusses

### Bericht des Arbeitskreises „Ausländer“

- Liebe Genossinnen und Genossen,
- nachdem der Arbeitskreis Ausländer sich zum zweiten Male auf SPD-Bezirksebene konstituierte, war er in vier verschiedenen Bereichen aktiv:
  - regelmäßige Treffen mit Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk
  - Seminare
  - Kommunalwahlen
  - Teilnahme an der Bundeskonferenz für Migrantinnen und Migranten in der SPD
- 1. Bei den regelmäßigen Treffen konnten wir über die folgenden Bereiche zu übereinstimmenden Ansichten gelangen:
  - ◆ Gesellschaftliche und politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten
  - ◆ Migrantinnen und Migranten in der Europapolitik
  - ◆ Einbürgerung
  - ◆ Integration
  - ◆ Migrantinnen und Migranten in der SPD

Gesellschaftliche und politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten. Zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation vertreten wir die Ansicht, daß es ohne wechselseitiges Vertrauen keine Solidarität und keine Kooperation geben kann. Das Ausmaß des Vertrauens in soziale, kulturelle und politische Institutionen sehen wir vor allem als Gradmesser für die Partizipation in einer Gesellschaft. In einer sozial und ethnisch hochgradig differenzierten Gesellschaft bedarf es besonderer Anstrengungen, soziale, kulturelle bzw. ethnische Differenzierungen zu erfassen und in die gesellschaftspolitische Arbeit einzubeziehen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die gesellschaftliche und politische Partizipation wiederum von der strukturellen und sozialen Integration der Menschen in die hiesige Gemeinschaft abhängig ist.

Migrantinnen und Migranten in der Europapolitik. Die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union (EU) ist eines der politischen Schlüsselthemen des ausgehenden und des kommenden Jahrhunderts. Ihre Ausgestaltung beeinflußt bereits heute die Lebens- und

Arbeitsbedingungen der Menschen in jedem einzelnen Mitgliedsstaat – von ihrem Einfluß auf die jeweilige nationale Gesetzgebung ganz zu schweigen. Dabei haben wir festgestellt, daß das vielzitierte „Europa der Bürger“ bisher nur in den Sonntagsreden vorkommt. Dies ist bereits dort verhängnisvoll, wo unter Bürgern nur noch „Unionsbürger“ verstanden werden. Wo aber sogenannte „Drittstaatter“, also Staatsangehörige solcher Staaten, die (noch) nicht der EU angehören, gleichwohl aber ihren rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt in einem EU-Mitgliedsstaat haben, einfach vergessen werden, geraten das Fundament dieser EU und der soziale Frieden in jedem einzelnen Unionstaat ins Wanken. Wenn wir über die Schaffung eines sozialen Europas und eines „Europa der Bürger“ reden, so muß die weitergehende rechtliche Gleichstellung der Drittstaatter, die ständig in der EU leben und arbeiten, sichergestellt werden.

Einbürgерung. Auf einen kurzen gemeinsamen Nenner gebracht, sprechen aus Sicht der Betroffenen zwei Hauptgründe für die Einbürgерung der Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik. Die mittlerweile vierzig Jahre weilende Migration in die Bundesrepublik und die damit einhergehende Integration in die deutsche Gesellschaftsordnung wären mit der Einbürgерung abgeschlossen. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist nicht bereit, ausländischen Bürgern gleiche Rechte – insbesondere politische Rechte – einzuräumen. Das kommende Wahlrecht für EU-Bürger ist nicht ein Ergebnis der deutschen Politik und reicht bei weitem nicht dazu, den Erwartungen der Migrantinnen und Migranten sowie den Notwendigkeiten der Gesellschaft gerecht zu werden. Eine rechtliche Gleichstellung dorer, die Jahrzehnte in diesem Staat leben, arbeiten, Steuern zahlen und sonstige Bürgerpflichten erfüllen, ist nur über den Weg der Einbürgierung möglich.

Integration ist der große gemeinsame Nenner aller, die Ausländerpolitik betreiben. Welche Anforderungen, Erwartungen und Hoffnungen sich dahinter verbergen, bleibt meist unklar. Die Spannweite dessen, was heute von gesellschaftlichen Gruppen unter Integration der ausländischen Bevölkerung verstanden wird, reicht bis zu der Vorstellung, daß jede Integrationspolitik abzulehnen wäre und daß es die Aufgabe des Staates und der ihm tragenden gesellschaftlichen Gruppen sei, den Migrantinnen und Migranten lediglich die Beibehaltung und Pflege ihrer jeweiligen kulturellen Eigenarten zu ermöglichen und eine dazu notwendige Infra- und Förderstruktur zu schaffen.

Unsere Vorstellung ist vielmehr, daß Integration ein zweiseitiger Prozeß ist, der nur gelingen kann, wenn eindeutige und transparente Forderungen „für die Deutschen wie für die Migranten“ formuliert werden.

Integration erfordert gemeinsame Anstrengungen. Sie besteht für die Migrantinnen und Migranten in den an sie gestellten Integrationsanforderungen. Es ist die Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, solche Integrationsanforderungen eindeutig zu formulieren, aber auch entsprechende Möglichkeiten und Kriterien für deren Erfüllung zu schaffen und Grenzen zu definieren.

Migranten in der SPD müssen die Möglichkeit der politischen Partizipation erhalten. Der SPD fehlt eine Konzeption für die Zusammenarbeit mit den Migrantinnen und Migranten. Da die Bundesrepublik langfristig auf die Einwanderung angewiesen ist und der prozentuale Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung steigen wird, muß die SPD auf die Einwanderer/innen zugehen und ihnen in den Parteiorganen eine faire Chance zur Mitarbeit bieten. Die übliche Werbung über Ortsvereine und die Mitarbeit in den Ortsvereinen reicht nicht aus. Wo werden im Slogan: „Rot steht Dir gut!“ Migrantinnen und Migranten angesprochen? Aus diesen Gründen muß die Zusammenarbeit mit den Migrantinnen und Migranten eine eigene Form in der SPD erhalten:

- 1. Mitgliederwerbung**  
Eine gezielte Strategie der Mitgliederwerbung, die konkrete Angebote zur Vertretung eigener Interessen und eine Gesamtkonzeption der Migrationspolitik in Ablösung der bisherigen Arbeit nach dem „Feuerwehrprinzip“ voraussetzt, ist erforderlich.

- 2. Formen der Mitarbeit**  
Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten ist auf allen Parteibetrieben mit Antragsrecht notwendig. Diese wäre am besten durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Migration gegeben.

Zwei Seminare wurden bisher vom Arbeitskreis Ausländer angeboten und durchgeführt. Das erste Seminar hatte die Kommunalwahl 1996 zum Thema. Dabei wurden folgende Bereiche angesprochen:  
 ♦ Handlungsmöglichkeiten und Grenzen in der Kommunalpolitik  
 ♦ Kommunale Selbstverwaltung und das Zusammenwirken von Bund, Land und Kommune  
 ♦ Kommunales Haushaltsrecht

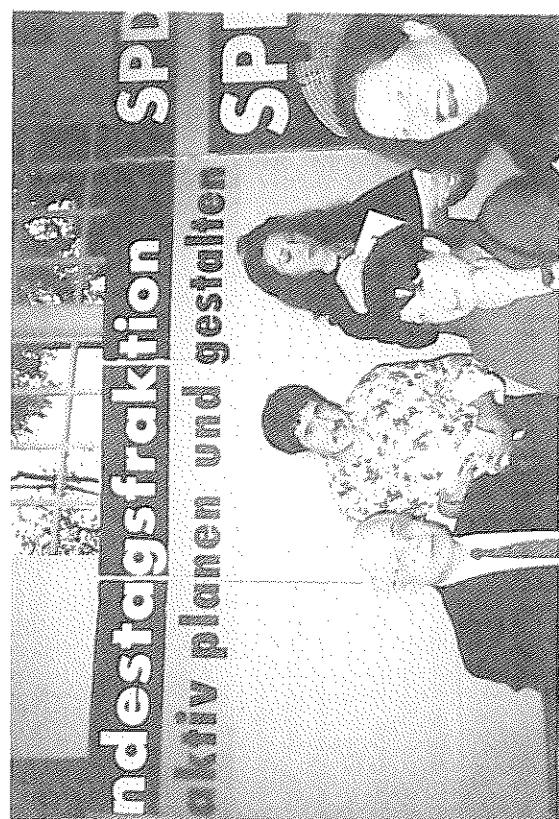
Schwerpunkt des zweiten Seminars war „Europa“. Es wurden die Strukturen der EU durchleuchtet und die Ziele und Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert.

Kommunalwahlen. Mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages und der Schaffung der EU wurde auch die „Unionsbürgerschaft“ mit Wahlrecht eingeführt. Für die Kommunalwahlen 1996 in Niedersachsen bedeutete dies, daß europäische Ausländerinnen und Ausländer aktiv und passiv an den Kommunalwahlen teilnehmen konnten. Seit Jahren fordert die SPD ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aller Staaten. Mit der Umsetzung des Wahlrechts für Unionsbürger ist nunmehr der erste Schritt getan.

Bundeskonferenz sozialdemokratischer Migrantinnen und Migranten. Eine Veranstaltung dieser Art bot den 300 Teilnehmern erstmalig die Möglichkeit, Kontakte zwischen Migrantinnen/ Migranten und Parteifunktionären zu knüpfen. Es wurde von den Teilnehmern einstimmig gefordert, daß regelmäßig Immigrantinnen - und Immigranten-Konferenzen veranstaltet werden. Der erste Schwerpunkt, den die Braunschweiger Delegation einbrachte, war die Forderung an die Partei, eine Arbeitsgemeinschaft für Migrantinnen und Migranten auf Bundesebene zu gründen. Des Weiteren sollten eingebürgerte Migrantinnen und Migranten auf aussichtsreiche Listenplätze bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen gesetzt werden.

In allen Parteigremien müßten Migrantinnen und Migranten ihrem Anteil in der Partei nach vertreten sein. Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine bundesweite Einbürgerungskampagne durchzuführen. Außerdem möge der Parteivorstand darauf hinwirken, daß die Landtage einen Migrationsausschuß nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens einführen. Diese Forderungen sind wichtige Bestandteile der Immigrationspolitik, da die Betroffenen unbedingt ihre Interessen in der Partei selbst vertreten müssen. Weitere Diskussionsthemen waren zum Beispiel ein Antidiskriminierungsgesetz, welches die Handschrift der SPD tragen sollte — sowie die Abschaffung der Ausländergesetze durch von der SPD formulierte Einwanderungsgesetze. Die SPD soll Grundsätze über das Leben von Immigrantinnen und Immigranten in einer demokratischen sozialen Gesellschaft formulieren und so zum Beispiel die Empfehlung für islamischen Religionsunterricht schon ab dem Kindergarten geben. Schulen sollten mehr als bisher zur Chancengleichheit durch Anerkennung der „Muttersprache“ als erste „Fremdsprache“ beitragen. Auf dem Arbeitsmarkt sollten die betroffenen Jugendlichen dadurch eine höhere Konkurrenzfähigkeit erlangen.

Muzaffer Perik  
für den AK-Ausländer



Braunschweiger TeilnehmerInnen der Bundeskonferenz  
sozialdemokratischer Migrantinnen und Migranten:  
Anoir El-Cherkeh, Muzaffer Perik, Leyla Onur, Fatma Ay und Kate Grigat

## Mitgliederkampagne '96

# Die Materialien.



## Bericht des Arbeitskreises Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung

Die Arbeit des Arbeitskreises Mitgliederbetreuung im SPD-Bezirk Braunschweig stand von 1995 bis 1997 ganz im Zeichen der großen Mitgliederwerbeaktion des SPD-Bundesvorstandes. Unter dem Motto „Ja, Rot steht Dir gut!“ wurde auch im Bezirk Braunschweig um neue Mitglieder geworben und vorhandene Mitglieder neu motiviert. Der AK Mitgliederbetreuung, bestehend aus 26 Mitgliedern, nahm das Motto aber nicht nur auf, sondern erarbeitete sich auch eigene Ideen und Inhalte. Diese wurden auch in die Planungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitgliederwerbekampagne eingebracht.

Der wesentliche Arbeitsschwerpunkt lag aber eindeutig in der Erstellung des Handbuchs zur regionalen Umsetzung und Unterstützung der Mitgliederwerbekampagne. Das Handbuch enthält u.a. Hilfestellungen zur lokalen Pressearbeit, sowie zur Durchführung von Veranstaltungen und erläutert die Philosophie und Strategie der Kampagne.

Zur Präsentation und Bekanntmachung der Kampagne und des Handbuches wurde dann am 10. April 96 eine Regionalkonferenz in die Braunschweiger Stadthalle einberufen. Sämtliche Ortsvereine wurden eingeladen und SPD-Bundeschäftsführer Franz Müntefering eröffnete die Mitgliederwerbekktion in Braunschweig vor über 100 interessierten. Jeder bekam dann ein Exemplar des umfassenden Handbuchs.

Unterstützt wurde die Mitgliederkampagne durch materielle Anreize, die vom SPD-Bezirk Braunschweig bereitgestellt wurden. So werden den besten Ortsvereinen ein Finanzzuschuß von 500 DM und dem besten Unterbezirk 2.500 DM Finanzzuschuß gewährt. Die Bekanntgabe der erfolgreichsten OVs erfolgt auf dem Bezirksparteitag 1997.

Auch die örtliche Presse erhielt in diesem Rahmen die Gelegenheit in einem Pressegespräch, sich mit Franz Müntefering, Gerhard Głogowski und Rolf Dieter Backhaus über die Einzelheiten der Aktion zu informieren.

Rolf-Dieter Backhaus

## Bericht der SPD-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Kommunalwahl am 15. September 96 ging die 1. Legislaturperiode des Zweckverbandes Großraum Braunschweig zu Ende. Ich will dies zum Anlaß nehmen, den Rückblick nicht auf die letzten beiden Jahre zu begrenzen, sondern ihn auszudehnen auf die Wahloperiode 92-96. Gleichzeitig möchte ich einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben in 1997 geben.

### Gründungsphase

Bei der Einbringung des Gesetzentwurfes zur Bildung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig verdeutlichte Innenminister Gerhard Glöowski, daß der erste Großraum Braunschweig 1978 - nach kaum 5jährigem Bestehen - von der CDU-Landesregierung nicht hätte aufgelöst werden dürfen. Mit dem Gesetz zur Bildung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, das am 27. November 1991 in Kraft trat, gehe es um mehr, als um die Revision einer Fehlentscheidung der damaligen konservativen Landesregierung. Der Innenminister wörtlich: „... durch den Wegefall der innerdeutschen Grenze ist nicht nur geographisch, sondern auch von den Verkehrsströmen und von der wirtschaftlichen Entwicklung der Raum Braunschweig vom Rand ins Zentrum Deutschlands gerückt. Diese zentrale Lage der Region bedarf nicht nur einer geordneten, auf die bestehenden Verflechtungen abgestimmten Gestaltung. Es gilt auch - und hier ist auch die europäische Dimension zu berücksichtigen - die künftige Entwicklung voranzubringen. Die Bewahrung der Region vor weiteren Entwicklungsschäden und die Notwendigkeit, die qualitativen Potentiale der besonderen Lage optimal zu entwickeln, haben in der Region Braunschweig also letztlich den Zwang verursacht, hier von Landeseite aus handeln zu müssen.“

Die konstituierende Sitzung des Zweckverbandes konnte dann am 24. Februar 1992 in Braunschweig stattfinden.

Dem Verband gehören die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfenbüttel an, sowie die Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel. Da eine freiwillige Erweiterung des Zweckverbandsgebietes um den Landkreis Goslar (das Verbandsgesetz sah dies vor) zum Abschluß der Beratungen doch noch an der CDU im Landkreis Helmstedt

scheiterte, wurde das Verbandsgesetz geändert. Der Landkreis Goslar gehört seit der Kommunalwahl 96 dem Zweckverband an, dies wird von der SPD im Landkreis Goslar wie auch von der SPD im Zweckverbandsgebiet begrüßt.

Das Verbandsgebiet besteht heute aus einer Fläche von etwa 5077 Quadratkilometern und einer Bevölkerungszahl von rund 1.169 (95) Millionen Einwohnern. Die Bruttonwertschöpfung (92) beträgt 40,1 Mrd. Mark.

Der alten Verbandsversammlung gehörten insgesamt 51 Mitglieder an. Davon 23 Mitglieder der CDU, 21 der SPD, 4 dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP 2 und 1 Mitglied der PUG (Parteiunabhängige Gemeinschaft) aus Wolfsburg.

Mit dem CDU Landtagsabgeordneten Helmut Kuhmann aus Gifhorn stellte die Gruppe CDU/FDP und PUG den Vorsitzenden der Verbandsversammlung und die SPD mit Ulrike Block-von Schwartz die 1. stellvertretende Vorsitzende, 2. Stellvertretender Vorsitzender wurde Siegfried Loepke von der FDP.

Durch die Erweiterung des Zweckverbandes um den Landkreis Goslar erhöhte sich die Anzahl der Verbandsmitglieder auf 59, davon 27 für die SPD, 26 für die CDU, 4 für Bündnis 90/Die Grünen und 2 für die FDP. Auf der konstituierenden Verbandsversammlung am 5. Dezember 96 wurde Ulrike Block-von Schwartz als neue Verbandsvorsitzende gewählt. Auch von dieser Stelle aus gratulierte ich Ulrike für das anspruchsvolle Amt der Verbandsvorsitzenden.

### Verbandsaufgaben

Die Aufgaben des Verbandes sind im Zweckverbandsgesetz festgeschrieben. Sie umfassen die Regionalplanung und die Aufgabenträgerschaft des Öffentlichen Nahverkehrs. Dazu wurden zwei Fachausschüsse, der Ausschuß für Regionalplanung und der Ausschuß für Regionalverkehr gebildet. Neben Fraktionsmitgliedern gehören den Ausschüssen noch Bürgermitglieder an.

#### 1. Regionalplanung

Nach Paragraph 2 (Abs. 1) des Zweckverbandsgesetzes ist der Verband Träger der Regionalplanung, der ein Regionales Raumordnungsprogramm aufzustellen hat.

Am 21. März 96 verabschiedete die Verbandsversammlung das Regionale Raumordnungsprogramm, am 1. September 96 erlangte es durch die Bezirksregierung Rechtskraft.

Der Aufstellungsbeschluß gestaltete sich durch die unterschiedlichen Interessen der kreisfreien Städte und der Landkreise recht schwierig. Dazu kam, daß im Zusammenhang mit der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms eine Reihe von Grundlagenarbeiten in den Bereichen Natur und Landschaft, Bodenabbau, Naherholung, Landwirtschaft, Siedlungswesen und Regionalstatistik erarbeitet werden mußten. Weiter kam erschwerend hinzu, daß das Regionale Raumordnungsprogramm auf der Basis des Landesraumordnungsprogramms aufgebaut werden mußte, das aber erst (auch unter Beteiligung des Zweckverbandes) im Sommer 94 vom Landtag verabschiedet wurde.

Trotz der unterschiedlichen Interessenlagen gelang es der SPD-Fraktion, diese in vielen Sitzungen „auszuloten“ (einschl. der Problematik Schacht Konrad). So konnte schließlich ohne große Debatten, die Diskussion mit den Bündnisgrünen um Schacht Konrad einmal abgesehen, in der Beschußsitzung der Verbandsversammlung das Regionale Raumordnungsprogramm beschlossen werden.

Außerdem sind dem Zweckverband die Aufgaben der Unteren Landesplanungsbehörde übertragen worden, soweit die Auswirkungen einer Planung oder einer Maßnahme über den Bereich des Verbandsgliedes hinausgehen.

Durch den Beitritt des Landkreises Goslar zum Zweckverband gilt es jetzt, die Regionalplanung auch für diesen Bereich zu erstellen und in ein überarbeitetes Regionales Raumordnungsprogramm einzuarbeiten.

Nach langwierigen Diskussionen ist es gelungen im Regionalen Raumordnungsprogramm ein Kapitel „Entwicklung der Region“ aufzunehmen, das von hoher politischer Bedeutung ist. Die hohe wirtschaftspolitische Bedeutung des Großraumes Braunschweig soll im Rahmen - und auf freiwilliger Basis - eines regionalen Entwicklungskonzeptes vorgebracht werden. Auf der Regionalkonferenz im Herbst vergangenen Jahres in Peine hat Innenminister Gerhard Glogowski in einer richtungsweisenden Rede auf die Bedeutung und die Notwendigkeit eines regionalen Entwicklungskonzeptes hingewiesen. An diesem Entwicklungskonzept wird sich auch die Regionale Entwicklungssagentur für Südostniedersachsen - „reson“, beteiligen. Die SPD-Fraktion wird sich hier ebenfalls konstruktiv einbringen.

## Regionalverkehr

Durch das Verbandsgesetz erhielt der Zweckverband ihm Rahmen des Regionalverkehrs den Auftrag, bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbandsgebiet und bei der Abstimmung der Interessen der Verkehrssträger mit dem Ziel mitzuwirken, einen Verkehrsverbund zu schaffen. Dies sollte insbesondere durch die Entwicklung einer Nahverkehrskonzeption sowie eines Tarifverbundes erfolgen.

Der gesetzliche Auftrag des Verbandes wurde zunächst dadurch angegangen, die vorhandene Situation mit ihren Unterschiedlichkeiten in der Region (Stadt/Land) zu analysieren und daraus den Handlungsbedarf für eine einheitliche Nahverkehrskonzeption zu konkretisieren. Dafür wurde ein umfassendes Verkehrsgegutachten durch die WVI, Prof. Dr. Wermuth, Verkehrsorschung und Infrastrukturplanung GmbH in Braunschweig vergeben.

Die Analysen und die Auswertung der Prognosen (über das Jahr 2000 hinaus) führt zu interessanten Ergebnissen. Die Mobilität nimmt, wie auch in der Bundesrepublik, im gesamten Verbandsgebiet zu, vorausgesetzt, es erfolgt eine Verbesserung des Angebotes für den Öffentlichen Personennahverkehr.

Neben dieser Arbeit wurde eine einheitliche Haltestellenkonzeption im Verbandsgebiet erarbeitet, dabei ging es um die Funktionalität und weniger um die Frage des äußeren Aussehens.

Durch das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz vom 28. Juni 1995 (trat am 1. Januar 1996 in Kraft) wurde der Zweckverband Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs auf Straße und Schiene, mit dem umfassenden Ziel, die Daseinsvorsorge im Öffentlichen Personennahverkehr nachhaltig zu verbessern.

Die Gesetzesänderung führte zunächst dazu, gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG einen Verkehrsvertrag vorzubereiten und abzuschließen, der das Bedienungsangebot des Fahrplanes 1993/94 absichert, gleichzeitig aber auch die Basis für weitere Verbesserungen darstellt.

Durch die größere Kompetenzzuweisung des Zweckverbandes durch das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz, konnten schwerpunktmäßig und konkretierter die Vorbereitungen für einen Nahverkehrsplan und einen Tarifverbund auf den Weg gebracht, wie aber auch die Schließung des Lückenschlusses Jerxheim - Dedeleben.

Im Berichtszeitraum konnten wesentliche Vorentscheidungen für eine nachhaltige Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs auf den Weg gebracht werden. In diesem Jahr wollen wir den Nahverkehrsplan ins Gesetzgebungsverfahren bringen sowie die Umsetzung eines Tarifverbundes, den Landkreis Goslar immer mit eingeschlossen.

Bei ihren Entscheidungen kommt es der SPD-Fraktion - unter Berücksichtigung des finanziell Machbaren - insbesondere auf die Berücksichtigung der Interessenlage der Kunden an.

Zum Schluß möchte ich allen - insbesondere den Fraktionsmitgliedern - Dank sagen für ihre Arbeit zum Wohle der Menschen in dieser Region. Wir werden nicht nachlassen, diese Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Wolfgang Schneider  
Fraktionsvorsitzender

#### Adressen und Anschriften

Mitglied des Europaparlaments  
Rosemarie Wemheuer, Hangweg 2, 37444 St. Andreasberg

#### Mitglieder des Bundesstages

Leyla Onur, Georg Westermann-Allee 61, 38104 Braunschweig  
Wilhelm Schmidt, Ellerweg 9 A, 38229 Salzgitter  
Bodo Seidenthal, Teichstr. 6 a, 38154 Königslutter-Rhode

#### Mitglieder des Landtages

Klaus-Peter Bachmann, Lüdersstr. 4, 38124 Braunschweig  
Ulrich Biel, Elsterweg 20, 31224 Peine  
Jürgen Buchheister, Thiedestr. 19, 38112 Braunschweig  
Dr. Wolfgang Domröse, v.-Eichendorffstr. 23, 37539 Bad Grund  
Sigmar Gabriel, Kiefenbrink 1, 38640 Goslar  
Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig  
Irmela Hammelstein, Wolfsburg -verstorben 24. 5. 1995  
Gehild Jahn, Kleine Kirchstr. 2, 38300 Wolfenbüttel  
Peter Kopischke, Steinbühlstr. 117, 38723 Seesen  
Marion Lau, Wunderbüttel Nr. 17, 29379 Wittingen  
Karl-Heinz Mühe, Harzblick 10, 38170 Schöppenstedt  
Isolde Saalmann, Am Hohen Felde 7, 38104 Braunschweig  
Peter-Jürgen Schneider, Salzgitter - ausgeschieden 4. 2. 1997  
Rosemarie Timus, Im Schwarzen Kamp 5, 31246 Lahstedt  
Ingolf Viereck, Sohlsträuchen 4, 38442 Wolfsburg  
Hans-Hermann Wendhausen, Sonnenweg 1, 38350 Helmstedt

#### Mitglieder des Landesvorstandes

Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig - stellv. Vors.  
Leyla Onur, Georg Westermann-Allee 61, 38104 Braunschweig - Beis.  
Peter Kopischke, Steinbühlstr. 117, 38703 Seesen - Schatzmeister

#### Mitglieder des Parteirates

Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig  
Ulrike Block-von Schwartz, Altwickerkring 64, 38102 Braunschweig  
Dr. Marianne Horstkötter, Brennerpaß 5, 29386 Hankensbüttel

## Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig  
Postfach 4261, 38032 Braunschweig  
Fernruf 0531 - 48098-0, Telefax 48098-50  
Bezirksvorsitzender: Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig  
Geschäftsführer: Rolf-Dieter Backhaus, Finanzen: Henning Schridde

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig  
Fernruf: 0531- 48098-21

Vorsitzende: Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61, 38102 Braunschweig  
Geschäftsführer: Ralf Gorny

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Braunschweiger Str. 18, 38518 Gifhorn  
Fernruf: 05371 - 3655  
Vorsitzende: Marion Lau, Wunderbüttel Nr17, 293379 Wittingen  
Geschäftsführerin: Helga Brüdgam

SPD-Unterbezirke Goslar und Osterode am Harz, gemeinsames Büro:  
Sägemüllerstr. 42, 38678 Clausthal-Zellerfeld  
Fernruf: 05323 - 40031  
Vorsitzender Goslar: Heinz-Dieter Brandt, Bärenkopfstr. 43, 38704 Liebenburg

Vorsitzender Osterode: Dr. Wolfgang Domröse, von-Eichendorffstr. 23, 37539 Bad Grund  
Geschäftsführer: Volker Taube

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstr. 24, 38350 Helmstedt,  
Fernruf: 05351 - 599827  
Vorsitzender: Uwe Strümpel, Nordstr. 15, 38350 Helmstedt  
Geschäftsführerin: Helga Brüdgam

SPD-Unterbezirk Peine, Kleine Schützenstr. 4, 38224 Peine  
Fernruf: 05171 - 12694  
Vorsitzende: Eva Folta, An der neuen Forst 15, 31226 Peine  
Geschäftsführer: Volker Lagemann

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B, 38226 Salzgitter  
Fernruf: 05341 - 43082  
Vorsitzender: Wilhelm Schmidt, Ellernweg 9 A, 38239 Salzgitter  
Geschäftsführer: Volker Lagemann

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Wullenweberstr. 1 a, 38300 Wolfenbüttel  
Fernruf: 05331 - 46097  
Vorsitzender: Karl-Heinz Mühe, Harzblick 10, 38170 Schöppenstedt  
Geschäftsführer: Volker Lagemann

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Schillerstr. 6 - 8, 38440 Wolfsburg  
Fernruf: 05361 - 15175  
Vorsitzender: Ingolf Viereck, Sohlsträuchen 4, 38442 Wolfsburg  
Geschäftsführerin: Helga Brüdgam

Kommunalwahlergebnis für den Bereich des SPD-Bezirks Braunschweig

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonsstige	Oberbürgermeister Landrat*	Kreisfreie Städte
							Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 15. September 1996
1996	1991	1991					
Wahlberechtigte	997.694	963.505					
Wähler/Wählernnen	642.686	645.563					
Beteiligung	64,4 %	67,0 %	/ . 2,6 %				
gültige Stimmen	1.829.391	1.839.406					
C D U	744.031 40,7 %	800.603 43,5 %	J. 2,8 %				
S P D	772.220 42,2 %	784.388 42,6 %	J. 0,4 %				
Grun*	130.693 7,1 %	103.011 5,6 %	+ 1,5 %				
F D P	70.190 3,8 %	94.335 5,1 %	J. 1,3 %				
Reps**	10.203 0,6 %	-----	-----				
WGR	94.533 5,2 %	54.132 2,9 %	+ 2,3 %				
							* = im Landkreis GS nicht kandidiert (1996 und 1991)
							** = nur in der Stadt BS kandidiert
							20.09.96 14:20:16

Gifhorn	SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonslige	Bürgermeister/Landrat
Stadt Gifhorn	33,2%, 14 S	50,5%, 22 S	8,6%, 3	-	ULG=3,4%, 1 S, JAM=2,6%, 1 S,	CDU Bürgermeister/Landrat
SG-Brome	35,39%, 11 S	46,42%, 15 S	5,5%, 1 S	-	12,8%, 4 S BLU	CDU
SG-Boldeneker-Land	43,0%, 10 S	33,7%, 8 S	-	47%, 1 S	15,6%, 3 S	SPD
EG-Sassendorf	43,8%, 10 S	47,2%, 11 S	8,8%, 2 S	-	20,12% 5 S	SPD
Stadt Willingen	32,2%, 10 S	48,3%, 15 S	-	11,0%, 3 S FWG	CDU	SPD
SG-Wittingen	34,6%, 14 S	51,3%, 20 S	7,9%, 3 S	6,2%, 2 S	-	CDU
Stadt Gifhorn	33,2%, 14 S	50,5%, 22 S	8,6%, 3	-	ULG=3,4%, 1 S, JAM=2,6%, 1 S,	CDU Bürgermeister/Landrat
SG-Bremke	35,39%, 11 S	46,42%, 15 S	5,5%, 1 S	-	12,8%, 4 S BLU	CDU
SG-Hanekenbüttel	19,1% 5 S	50,3%, 13 S	11,2%, 3 S	7,4%, 1 S	11,8%, 3 S FWG	CDU
SG-Meinersen	38,6%, 13 S	49,9%, 17 S	2,9%, 2 S	4,0%, 1 S	1,3%, -	CDU
SG-Iesenbüttel	37,06%, 12 S	41,5%, 14 S	5,5%, 1 S	3,25%, 1 S	10,17%, 3 S FWG	CDU
SG-Papenteich	35,8%, 13 S	45,35%, 15 S	7,5%, 2 S	2,6%, 1 S	3,99%, 1 S FWG/3,8% 1 S/ALP SPD	CDU
SG-Melle	38,1%, 13 S	49,9%, 17 S	2,9%, 2 S	4,0%, 1 S	1,3%, -	CDU
SG-Wesendorf	33,7%, 11 S	59,9%, 19 S	3,5%, 1 S	2,9%, -	1,9%, 1 S	CDU
Landkreis	36,5%, 20 S	48,7%, 28 S	7,8%, 4 S	4,2%, 2 S	2,8%, 1 S	CDU
* Direktwahl	34,9%, 18 S	50,2%, 26 S	7,2%, 3 S	-	7,5%, 4 S	CDU
Goslar	39,5%, 16 S	43,3%, 18 S	7,9%, 3 S	9,3%, 4 S	-	CDU Bürgermeister/Landrat
Stadt Goslar	41,0%, 18 S	37,4%, 16 S	10,2%, 4 S	8,4%, 3 S	6,2%, 1 S ABL	CDU
Stadt St. Andreasberg	35,6%, 5 S	43,7%, 6 S	-	8,3%, 1 S	13,4%, 2 S	CDU
Stadt Bad Harzburg	44,7%, 16 S	43,9%, 15 S	8,4%, 3 S	3,0%, 1 S	2,6%, 1 S	SPD
Stadt Braunlage	34,2%, 7 S	57,4%, 11 S	2,4%, -	6,0%, 1 S Burggr	2,5%, -	CDU
Stadt Langelsheim	36,3%, 18 S	36,1%, 11 S	6,4%, 2 S	1,2%, -	53,7%, 1 S	SPD
Stadt Seesen	48,9%, 18 S	42,9%, 15 S	4,9%, 1 S	3,3%, 1 S	6,3%, 2 S	SPD
Stadt Vienenburg	47,1%, 15 S	40,6%, 12 S	8,9%, 2 S	2,0%, -	11,1%, 3 S	SPD
EGLiebenburg	56,2%, 15 S	37,2%, 9 S	4,4%, 1 S	2,1%, -	57,0%, 1 S	SPD
SG-Lütteler	51,8%, 8 S	40,9%, 7 S	5,5%, -	1,8%, -	45,4%, 7 S	SPD
SG-Oberharz	41,0%, 14 S	42,9%, 15 S	10,2%, 3 S	5,9%, 2 S	10,3%, 4 S	CDU Parteilos
Landkreis	45,1%, 25 S	40,9%, 23 S	8,7%, 4 S	5,3%, 3 S	5,3%, 4 S	SPD
* Direktwahl	44,2%, 24 S	42,2%, 23 S	6,5%, 4 S	7,1%, 4 S	7,1%, 4 S	SPD

SG Wakenried	96	48,6%, 9 S	30,3%, 5 S	-	2,7% -	8,0% 1 SAW	SPD	
SG-Hatendorf	96	62,0%, 13 S	38,0%, 8 S	-	-	-	SPD	
SG Bad Grund	96	57,9%, 8 S	42,1%, 7 S	-	-	-	SPD	CDU dann FDP
Bad Sachsa	96	46,7%, 11 S	34,8%, 8 S	-	16,7% 3 S	1,8% -	SPD+	CDU
Bad Lauterberg	96	55,6%, 18 S	33,7%, 10 S	-	1,5% -	8,8% 3 S	SPD	SPD
Herzberg	96	50,1%, 17 S	39,8%, 14 S	4,5% 1 S	5,6% 1 S	5,5% 2 S	-	CDU
Osterode	96	45,4%, 18 S	35,9%, 14 S	7,0% 2 S	2,9% 1 S	7,4% 2 S	SPD	Bürgerschaft/Landrat

EG Buddensenstedt	96	40,6%, 6 S	46,8%, 7 S	CDU	Grüne	FDP	Sonstige	Bürgerschaft/Landrat
Stadt Helmstedt	96	45,6%, 18 S	52,9%, 8 S	-	12,63% 2 S UWG	SPD		
Stadt Königslutter	96	40,8%, 14 S	39,6%, 14 S	5,4% 1 S	3,3% 1 S	4,8%, 2 S	SPD	
EG Lehe	96	41,4%, 12 S	41,6%, 13 S	5,7% 2 S	3,0% -	5,3% 1 S	SPD	parteilos *
Stadt Schöningen	96	39,7%, 11 S	45,8%, 12 S	4,9% 1 S	4,2% 1 S	5,4% 1 S	SPD	CDU
SG Grasleben	96	37,2%, 6 S	56,6%, 10 S	43,7%, 13 S	3,3% 1 S	2,8% 1 S	SPD	
SG Heeselberg	96	41,9%, 6 S	58,1%, 9 S	-	-	6,16% 1 S	WG	CDU
SG Nord-Eim	96	36,6%, 8 S	43,8%, 9 S	-	-	15,8% 3 S WG	CDU	CDU
SG Velpke	96	42,2%, 8 S	49,2%, 9 S	-	0,8% -	8,98% 2 S WIR	CDU	CDU
* Landkreis	91	57,5%, 17 S	37,1%, 11 S	-	3,4% 1 S	2,7% 1 S	SPD	SPD/CDU
* Direktwahl	91	42,3%, 18 S	39,8%, 20 S	43,5% 19 S	3,0% 1 S	3,8% 2 S	SPD	SPD/CDU
Osterode	96	45,4%, 18 S	35,9%, 14 S	7,0% 2 S	2,9% 1 S	7,4% 2 S	SPD	Bürgerschaft/Landrat

* Landkreis:	96	50,2% 22 S	35,4%, 16 S	5,8%, 2 S	5,7%, 2 S	6,3% 3 S	2,5% 1 S	SPD
Landkreis:	91	48,4%, 21 S	38,8%, 17 S	3,8%, 1 S	3,0%, 1 S	11,7%, 2 S AEW	SPD	
* Direktwahl	91	52,6%, 9 S	32,7%, 5 S	-	3,0% -	10,4%, 2 S BVZ	SPD	
SG Wakenried	96	48,6%, 9 S	30,3%, 5 S	-	2,7% -	8,0% 1 SAW	SPD	
SG-Hatendorf	96	62,0%, 13 S	38,0%, 8 S	43,1%, 9 S	-	-	SPD	
SG-Bad Grund	96	57,9%, 8 S	42,1%, 7 S	-	-	-	SPD	CDU dann FDP
Bad Sachsa	96	46,7%, 11 S	34,8%, 8 S	-	16,7% 3 S	1,8% -	SPD+	CDU
Bad Lauterberg	96	55,6%, 18 S	33,7%, 10 S	-	1,5% -	8,8% 3 S	SPD	
Herzberg	96	50,1%, 17 S	39,8%, 14 S	4,5% 1 S	5,6% 1 S	5,5% 2 S	-	CDU
Osterode	96	45,4%, 18 S	35,9%, 14 S	7,0% 2 S	2,9% 1 S	7,4% 2 S	SPD	Bürgerschaft/Landrat

Wolfsenbuttel									
		SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonslige	Bürgermeister/Landrat		
Stadt Peine	96	51,3 %, 21 S	36,4 %, 16 S	7,0 %, 3 S	2,1 %, -	2,9 %, 1 S	2,6 %, 1 S	SPD	
Hohenhameln	96	48,9 %, 13 S	38,7 %, 10 S	9,6 %, 2 S	2,8 %,-	2,8 %	2,8 %	SPD	
Ilseade	96	56,3 %, 17 S	33,2 %, 10 S	9,0 %, 2 S	7,5 %, 2 S	6,4 %, 2 S	59,8 %, 17 S	SPD	
Lahstede	96	50,4 %, 14 S	38,0 %, 10 S	6,2 %, 1 S	-	7,1 %, 2 S	56,7 %, 14 S	SPD	
Lengeude	96	65,7 %, 18 S	31,5 %, 9 S	-	2,7	2,1 %, 1 S	62,6 %, 17 D	SPD	
Vechelde	96	40,9 %, 14 S	41,6 %, 14 S	11,6 %, 4 S	4,7 %, 1 S	4,7 %, 1 S	37,4 %, 11 S	SPD	
Wendeburg	96	41,0 %, 10 S	49,0 %, 12 S	7,9 %, 1 S	-	-	46,3 %, 10 S	CDU	
Landkreis	96	48,7 %, 25 S	37,7 %, 20 S	8,1 %, 4 S	2,5 %, 1 S	2,3 %, 1 S	49,7 %, 23 S	SPD	
E-G-Cremmingen	96	34,0 %, 10 S	49,2 %, 15 S	12,2 %, 3 S	3,3 %, 1 S	-	52,5 %, 15 S	CDU	
** SG-Schladen	96	33,7 %, 10 S	42,8 %, 11 S	2,9 %, -	1,1 %, -	-	53,2 %, 14 S	SPD	
SG Asse	96	47,7 %, 12 S	46,7 %, 11 S	45,9 %, 11 S	-	-	45,9 %, 11 S	SPD	
SG Baddeckenstedt	96	57,8 %, 17 S	42,5 %, 12 S	39,2 %, 12 S	-	-	56,4 %, 11 S	SG Oderwald	
SG Schöppenstedt	96	47,9 %, 13 S	44,5 %, 12 S	5,6 %, 1 S	-	-	54,7 %, 10 S	SG Oderwald	
SG-Sicke	96	32,5 %, 9 S	46,6 %, 12 S	12,3 %, 3 S	-	-	38,5 %, 7 S	SG Schöppenstedt	
Stadt Wölfenbüttel	96	43,8 %, 19 S	42,0 %, 19 S	8,8 %, 4 S	4,3 %, 1 S	2,3 %, 1 S	47,4 %, 20 S	Landkreis	
SG-Wölfenbüttel	91	42,0 %, 18 S	46,9 %, 20 S	6,3 %, 3 S	4,8 %, 2 S	-	42,3 %, 21 S	Landkreis	
SG-Wölfenbüttel	91	42,0 %, 19 S	46,9 %, 20 S	8,8 %, 4 S	4,3 %, 1 S	6,5 %, 1 S	42,9 %, 20 S	* Direktwahl am 23.2.1997	